



AMZ 467

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Otto Brenner, Dr. Heinrich Deist, Fritz Erler,

Waldemar von Knoeringen, Prof. E. W. Meyer, Prof. Carlo Schmid,

Dr. Carl Schumacher, Herbert Wehner

9. Jahrgang · Heft 1 · Januar / Februar 1962

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH · BIELEFELD

INHALT

<i>Die Bewährungsprobe</i>		
Von Dr. Ilse Eisner, MdB, Hamburg	3	
 Dr. Gerhard Szczesny, München		
<i>Elite und Demokratie</i>	7	
 Prof. Dr. Ralf Dahrendorf, Tübingen		
<i>Sine neue deutsche Oberschicht?</i>	18	
 Dr. Walter Deinzer, München		
<i>Der Utilitarismus im Denken der CDU</i>	32	
 Manfred Turlach, Andernach		
<i>Föderalismus oder Selbstverwaltung?</i>	38	
 Diskussion		
Christian Ferber, Hamburg		
<i>Der Schrittsteller in dieser Zeit</i>	44	
 Dr. Renate Lepsius, München		
<i>Idylle oder Resignation?</i>	53	
 Zeitgeschehen		57
 Berichte und Analysen		
<i>Kosten und Erfolgsaussichten der Entwicklungshilfe</i>		
Von Prof. Dr. Dr. h. c. Fritz Baade, MdB, Kiel	64	
 Kritik		69
 Vorschau		80
 Die Autoren dieses Heftes		81

Redaktion: Ulrich Lehmar, MdB, Bielefeld, Pressehaus, Telefon 631 11
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Ingensand

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GmbH, Bielefeld, Pressehaus, Fernruf Bielefeld 631 11, Fernschreiber Nr. 66-33 542. Postcheckkonto Hannover 9266, Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld.

DER NEUE GESELLSCHAFT erscheint alle zwei Monate. Abonnementpreis Inland: 7,50 DM einchl. Zustellgebühren; Ausland: 9,— DM einchl. Porto bei halbjähriger Bezugszeit. Kündigungen nur zum 1. Januar und 1. Juli möglich, Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Einzelhefte 2,50 DM zuzüglich Porto. — Anzeigenpreisliste Nr. 3. — Umschlag: Eugen Nerdinger, Augsburg

DIE BEWÄHRUNGSPROBE

Perspektiven deutscher Innenpolitik für den vierten Deutschen Bundestag

Von Dr. Ilse Elsner, MdB, Hamburg

Chruschtschow hat mit seiner Bedrohung Berlins erreicht, was er sicherlich nicht erreichen wollte. Er hat einem unpolitisch dahinlebenden Volk die Augen geöffnet und ihm gezeigt, daß es in dieser mit Spannungen geladenen Welt nicht genügt, friedlich seiner Arbeit nachzugehen und privates Glück in den eigenen vier Wänden zu sammeln. Er hat es aus der politischen Lethargie und einem etwas leichtsinnigen Optimismus aufgeschreckt. Das alles mag noch nicht so in die Tiefe gehen, wie es angesichts der Gefahr vonnöten wäre. Aber es wäre falsch, wollte man die Veränderung des politischen Klimas, die seitdem vor sich ging, nicht registrieren. Seit vielen Jahren wurden Bürgersinn und Gemeingeist bei uns nicht so beschworen wie zu der Jahreswende, die gerade vorüber ging.

Auch ohne Chruschtschow würde die Legislaturperiode, die vor uns liegt, anders aussehen müssen als die Jahre hinter uns. Der innere Wiederaufbau, der Weg aus dem Schlamm und den Trümmern der Kriegsverheerung heraus, sind im wesentlichen abgeschlossen. Was in dieser Hinsicht zu tun bleibt, ist übersehbar und übersteigt gewiß nicht, sofern der gute Wille sich dafür mobilisieren läßt, die Kraft der Nation.

Die neue Phase unserer Innenpolitik wird dagegen in weiten Bereichen von Faktoren bestimmt sein, die außerhalb unserer Grenzen liegen. Das liegt nicht nur an dem Herrn im Kreml. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist in ein Stadium getreten, das es nicht länger zuläßt, ihr mit reserviertem Abwarten zu begegnen. Die Geister, die man rief . . . jetzt muß man mit ihnen leben. Und wer steht, wie schlecht wir

uns darauf vorbereitet haben, der stellt bedrückt fest, wie unzureichend bei uns die Kontakte zwischen Regierenden und Regierten sind, und das selbst da, wo, wie in der Landwirtschaft, die politischen Sympathien doch deutlich identisch sind.

Einen noch ungleich größeren Schatten auf die Innenpolitik wirft natürlich die Drohung Chruschtschows gegen Berlin. Sie bindet, und darüber sollte sich niemand täuschen, einen sehr wesentlichen Teil unserer finanziellen Kraft, und sie stützt damit andere Pläne. Es ist fast banal, es zu wiederholen, und doch muß man es tun, daß wir uns dieser Drohung ohne unsere westlichen Freunde nicht erwehren könnten. Aber daraus folgt auch, daß wir jenen nicht die Lasten der Verteidigung allein aufbürden dürfen. Man kann das kaum besser ausdrücken, als es Fritz Erler in seiner Antwort auf die Regierungserklärung tat. „Wir Deutsche“, so sagte er, „können von unseren Verbündeten nicht verlangen, daß sie in einer Frage, in der unser Schicksal so auf dem Spiele steht wie das ihre, für uns Mehrleistungen auf dem Gebiet der Verteidigung erbringen, während wir mit den Händen in den Hosentaschen daneben stehen. Das ist ausgeschlossen. Und darüber herrscht in diesem Hause überhaupt kein Streit.“

Kein Streit sollte auch darüber herrschen, daß die Erhaltung Berlins eine Aufgabe aller freien Deutschen ist. Keine andere Stadt hat in den letzten Monaten so viele Schlagzeilen gefüllt. Keiner Stadt ist eine solche Welle von Sympathie entgegengeschlagen. Dennoch kann man nicht sicher sein, daß das Ausmaß an Hilfe, das Berlin braucht, schon ganz begriffen ist.

Seit dem 13. August erlebt die Stadt einen langsamen, aber anhaltenden Aderlaß. Wer kann — und es sind immer die Begüterten und die Jungen, die den Absprung am leichtesten finden —, zieht ab: Mit dem Verlust an Menschen paart sich der Kaukraftschwund. Während im Bundesgebiet jeder zehnte über 65 Jahre alt ist, sind es in Berlin reichlich 17 Prozent. Ist im Bundesgebiet jeder fünfte unter 15 Jahren, ist es in Berlin nur jeder achte. Die Symptome der Ausdörrung braucht kein Teufel an die Wand zu malen. Sie sind so sichtbar, daß sie jedermann erschrecken müssen. Während wir die freie Welt anrufen, Berlin zu verteidigen und zu erhalten, verdünnt sich der Blutstrom schon gefährlich in seinen Adern, zeichnet die Auszehrung das Gesicht der Stadt.

Was Berlin bisher an „erster Hilfe“ erhielt, waren Mittelchen und keine wirkzame Infektion. Daß man dem Arbeitnehmer, der nach Berlin geht, Reisen ins Bundesgebiet bezahlt — Reisen, die er nicht zu machen hätte, ließe er nicht das Risiko des Aufenthalts in Berlin — dürfte kaum ein Anreiz sein, einen Arbeitsplatzwechsel aus der Bundesrepublik in die Inselstadt vorzunehmen. Wirksame Hilfe wäre, wenn man dafür sorgen würde, daß die Berliner Wirtschaft unter günstigeren Bedingungen produzieren kann als im Bundesgebiet. Das hieße, daß sie steuerlich in einem Umlang, der ins Gewicht fällt, bevorzugt werden muß. Ob eine Lohnsteuersenkung um 20 v. H., wie sie die Bundesregierung jetzt zugestanden hat, ausreicht, um Arbeitskräfte nach Berlin zu ziehen, bleibt abzuwarten.

Damit brauchte das Repertoire der Hilfen nicht erschöpft zu sein. Es gibt genügend Vorschläge, wie man Berlin zu einem kulturellen Zentrum ausbauen, wie man junge Menschen an seine Hochschulen ziehen, ja, dorthin verpflichten kann. Aber es wäre töricht anzunehmen, daß sich das Problem allein mit einem Appell an den Idealismus und die Nation lösen läßt. Die Lebensfähigkeit der Stadt wird auf die Dauer von ihrer Wirtschaftsfähigkeit abhängen. Und diese Wirtschaftsfähigkeit herzustellen, muß für alle Bürger der Bundesrepublik eine zentrale Aufgabe sein.

Es ist das Absonderliche und Schwierige unserer Situation, daß wir unter dem Druck äußerer Ereignisse zur gleichen Zeit zwei völlig entgegengesetzte Gefühle entwickeln müssen: ein nationales Gefühl, das uns zum gemeinschaftlichen Handeln befähigt, Chruschtschows Angriff auf unsere Freiheit trotz und bereit ist, in der Abwehr Opfer zu bringen. Und das andere Gefühl, das sich über die nationalen Grenzen erhebt, sie niederlegt und uns Aufnahme in einer größeren Völkergemeinschaft suchen läßt. In beiden Fällen jedoch diktieren die Umstände die Wege.

Das gilt im gewissen Sinne auch für die nachzuholende Raumordnung, die der Wohnungsbauminister für die nächsten vier Jahre auf sein Programm gesetzt hat. Was seit Jahren schon in dem schmalen Gebilde der Bundesrepublik benachteiligtes Zonenrandgebiet war, gerät in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechis, deren industrieller Mittelpunkt noch weiter nach Westen verschoben liegt, in eine ganz und gar aussichtslose Randlage hinein. Hier zeigt sich, welche Folgen es hat, wenn man die Abneigung gegen jeden Eingriff in das wirtschaftliche Geschehen zum Dogma erhebt, wenn man den Staat zum Nachwächter macht und sich freiwillig der reichlich zur Verfügung stehenden Lenkungsmittel begibt. Was uns heute als Strukturkrise landwirtschaftlicher Gebiete und industrieller Ballungszentren empfindlich belastet, die kulturelle und wirtschaftliche Verödung dort, das Verkehrschaos hier, hat unter den Augen derselben Regierung heranwachsen dürfen, die jetzt händeringend Gesetze und Mittel fordert, um in letzter Minute das Schlimmste abzuwenden. Der Mahner gab es genug, und die Gelegenheit, Industrie und Bevölkerung gleichmäßig über den Raum der Bundesrepublik zu verteilen, bot sich beim Beginn des Wiederaufbaues zweifellos besser und billiger an als jetzt, wo die Fabriken und Wohnsiedlungen stehen. Die Aufgaben, die uns aus der Verteidigung, der Berlinhilfe und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor allem für die Landwirtschaft erwachsen, werden leider den Spielraum für die mögliche innenpolitische Aktivität in einem ganz besonderen Maße belasten. Das gilt finanziell und sachlich. Denn

nicht nur die Anforderungen an den Bundeshaushalt werden erheblich sein, Es wird auch der ganze Bereich der Gemeinde- und Länderfinanzen gesichtet und neu geordnet werden müssen, damit endlich die Gemeinden eine annähernd gleiche Ausgangsbasis erhalten, die ihnen erlaubt, ihren Bürgern ähnliche Lebensbedingungen zu bieten.

Was sich der Regierungserklärung sonst noch an Plänen für die neue Regierungsperiode entnehmen ließ, war zum Teil nur angedeutet und reichlich vage. Wer sich an den erbitterten Wahlkampf zurückerinnert, mußte allerdings nicht ohne Schmunzeln vermerken, daß die Regierung bei diesen Plänen vor einer kräftigen Anleihe im Wahlprogramm der SPD nicht zurückgeschreckt ist. Im Interesse der Bürger in der Bundesrepublik hat niemand Grund, das zu bedauern. Die Probleme, die uns die industrielle Gesellschaft beschert, lassen sich auf die Dauer von keiner Regierung ignorieren. Entscheidend ist nur, wieviel Schaden erst angerichtet sein muß, ehe sie Beachtung finden.

Es ist zu früh, um die Auswirkungen der zum Teil unausweichlich auf uns zukommenden Verpflichtungen auf das Gesamtbudget einer kritischen Beurteilung zu unterziehen. Die Zahlen, die bisher genannt wurden, haben eine schwindende Höhe. Und es ist bezeichnend, daß die FDP ein weiteres ihrer vor der Wahl gegebenen Versprechen fallen ließ, jenes Versprechen, daß sie für Steuersenkungen sorgen würde. Einstweilen sucht der FDP-Minister, dem man listigerweise das Finanzministerium anvertraute, sorgenvoll nach Anleihen, um den voraussichtlich um 7 Milliarden auf rund 55 Milliarden ansteigenden Rekordhaushalt des Jahres 1962 auszugleichen.

Wenn unter solchen Vorzeichen auch kaum an einen Verzicht auf Steuern zu denken ist, so brauchte das unser geltendes Steuerrecht nicht gerade unter Naturschutz zu stellen. Dieses Steuerrecht mit seinen Abschreibungsmöglichkeiten hat weitgehend zu der Verzerrung der Besitzverhältnisse in der Bundesrepublik beigetragen. Es hat einem Teil der Bevölkerung Möglichkeiten der Vermögensgewinnung gegeben, die

der größere, andere Teil nicht hatte. Und es sind auf diese Weise Klassenunterschiede neu entstanden, die erst voll sichtbar werden dürften, wenn der Wirtschaftsaufschwung einmal — und sei es auch nur vorübergehend — zum Stillstand kommen sollte. Denn dann werden die einen auf unbezahlten Raten sitzen, die anderen aber jene Sicherheit haben, die eine Krise wohl leichter überstehen läßt.

Die Möglichkeit eines Steuerumbaus wurde auch im Regierungsprogramm angedeutet. Man müßte jedoch ein großer Illusionist sein, wollte man annehmen, daß die gegenwärtige Regierungskoalition sich zu einem Umbau entschließen könnte, wie ihn etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt: Senkung der Lohn- und Gehaltssteuer für die kleinen und mittleren Einkommen und eine schärfere Progression nach dem englischen oder amerikanischen Beispiel für die hohen. Oder daß Aussicht auf Verwirklichung hätte, was die SPD zusätzlich empfiehlt, um die Lasten, die auf uns zukommen, gerechter zu verteilen: eine höhere Erbschaftsteuer für Großvermögen und eine Art von Gewinnabschöpfung für die überproportionalen Gewinne der Großwirtschaft. Nur auf die Umsatzsteuer vereinigt sich ein gemeinsamer Groll aller Parteien. In ihrer heutigen Form ist sie eine Anforderung zur Konzentration. Sie schafft damit unbestritten sehr ungleiche Wettbewerbsbedingungen, und man kann daher hoffen, daß sich eine Mehrheit der Abgeordneten für eine neue, gleichmäßigere Form der Umsatzbesteuerung findet, zumal die Hilfe für den Mittelstand in allen Parteiprogrammen steht.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache ließ der Auftakt der neuen Legislaturperiode ein Bemühen bei allen Parteien erkennen, der politischen Auseinandersetzung eine neue, erträglichere Form zu geben. Es wäre allerdings wenig gewonnen, bliebe dieser Quasi-Frieden auf den Bundestag beschränkt, und würden nun, außerhalb des Parlaments, die Gewerkschaften in die Rolle des Sündenbocks gedrängt. Die unverhohlene Drohung gegenüber den Gewerkschaften in der Regierungserklärung und die fast unmittelbar folgende Kündigung der Tarifverträge

durch die Arbeitgeber lassen nichts Gutes hoffen.

Die Spannung auf dem Arbeitsmarkt, die sich in naher Zukunft, nachdem der Zustrom aus der sowjetisch besetzten Zone fehlt, wahrscheinlich noch verschärfen wird, ist nicht Schuld der Gewerkschaften. (Daß sie ihnen nützt, liegt in der Natur der Sache.) In aller Welt suchen Wissenschaftler nach einer Lösung des hinter der Vollbeschäftigung lauernden inflatorischen Problems. Aber bisher ist kein brauchbares Rezept gefunden worden, außer man läßt einen bestimmten Prozentsatz an Arbeitslosigkeit zu. Aber gerade das werden wir, an der Nahtstelle zum sowjetischen Einflußbereich, uns zum Glück nicht leisten können.

Ganz sicher findet man die Lösung jedoch nicht, wenn man kurzerhand den Gewerkschaften die kalte Schulter zeigt. Das führt allenfalls zu einer höchst unerfreulichen Belastung unserer innenpolitischen Situation.

Das Mißtrauen zwischen den Tarifpartnern — und darum handelt es sich auch auf Gewerkschaftsseite — ließe sich wahrscheinlich schnell verringern, wenn man endlich in der Bundesrepublik zu einer Offenlegung aller Wirtschaftsfaktoren in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung käme und sich zur Abgabe eines jährlichen Rechenschaftsberichtes entschliesse. Dann handelte jede Seite sozusagen unter dem Zeugnis der Öffentlichkeit und müßte sich ihr verantwortlich fühlen.

Leider ließ bisher nichts den Willen zu einem solchen Schritt erkennen, der Unabhängigkeit in der Beurteilung, Großzügigkeit in der Offenlegung und ein gewisses Maß von Gemeinsamkeit in der Zielsetzung voraussetzen würde. Vielmehr künden sich im Bereich des sozialen Zusammenlebens noch eine ganze Anzahl anderer Konflikte und Schwierigkeiten an. So wird auch der im ersten Anlauf gescheiterte Umbau der Krankenversicherung zu einer Kostenbeteiligung unter dem Schlagwort der „Selbstverantwortung“ wieder hervorgeholt werden, und der Gesetzentwurf für die Unfallversicherung, ungeachtet der ersten Ablehnung, wieder auf den Verhandlungstisch gelangen. Es ist nicht dasselbe, ob man neue sozialpolitische Wünsche zurückstellt,

oder Einrichtungen abbaut, die längst zum Bestand der sozialen Sicherheit gehören. Die Belastung aus der äußeren Sicherheit könnte uns durchaus zwingen, vorübergehend den Ausbau der inneren Sicherheit zu verzögern. Darüber müßte sich reden lassen. Nur jener Vorstellung, daß es ein Optimum an sozialer Sicherheit gibt, und daß dieses Optimum bei uns für alle Zeiten erreicht ist, muß man energisch widersprechen, mag jene Vorstellung auch noch so fleißig von jenem Teil der Koalition verbreitet werden, der in der Sozialpolitik nichts als unnötige Kosten sieht.

Das Bedürfnis der Menschen nach Vermehrung der Einrichtungen, die nur die Gemeinschaft aller schaffen kann, wird mit steigendem Lebensstandard nicht kleiner, sondern größer. Je mehr Einwohner ein Auto besitzen, um so notwendiger wird der Bau von Straßen. Je mehr Menschen dank der verbesserten Hygiene und besserer Ernährung ein hohes Alter erreichen, um so unentbehrlicher werden Einrichtungen der Alterspflege und -vorsorge. Je höher die Einkommen werden, um so dringender wird man gute Schulen für die Kinder fordern. So wächst in einer aufsteigenden Wirtschaft ständig der Bereich, für den der Staat Sorge tragen muß. Es gibt in aller Welt kein Beispiel, das diesen Trend widerlegt. Und nur weil wir uns vorzeitig die Allüren eines reichen Mannes zugelegt haben, ohne zugleich den öffentlichen Bereich in Ordnung zu bringen, macht uns jetzt, da wir eigentlich andere Sorgen hätten, das Fehlen von Schulen, Universitäten, Straßen und Krankenhäusern so zu schaffen.

Somit steht der vierte Deutsche Bundestag ein Paket von Aufgaben vor sich, das zwar anders, aber nicht kleiner ist als in den Jahren zuvor. Es wäre überaus bedauerlich, wenn der gute Wille, mit dem er an die Arbeit ging, gestört würde von einer Unruhe im sozialen Bereich. Denn nur dann werden sich Bürgersinn und Gemeingeist entwickeln lassen, Eigenschaften, die wir dringend brauchen, um in dem Kräftemessen zu bestehen, wenn niemand den Groß der Zurücksetzung spürt und jedermann sich voll beteiligt, angehört und einbezogen weiß in diesen Staat.

ELITE UND DEMOKRATIE

Was heißt „Elite“?

In den dreißiger Jahren erschien ein Buch, das für die deutsche bürgerliche Intelligenz zu einer Art Standardwerk elitärer Weltanschauung geworden ist. Ich meine den „Aufstand der Massen“ des spanischen Philosophen Ortega y Gasset.

Die erste Stelle lautet:

„Um eine Elite — sei sie wie immer — zu bilden, ist es notwendig, daß sich zuvor jeder einzelne aus besonderen, verhältnismäßig persönlichen Gründen von der Menge trennt. . . Dieser eigentümliche Zug, daß die wenigen sich zusammenschließen, gerade um sich von den vielen zu trennen, haftet der Bildung jeder Elite an.“

Die zweite Stelle heißt:

„In der europäischen Geschichte wenigstens hat sich bis zum heutigen Tag das Volk noch niemals eingebil-det, ‚Ideen‘ über irgend etwas zu haben. Es hatte Glaubenslehren, Überlieferungen, Sprichwörter, Denkgewohnheiten; aber es dünkte sich nicht im Besitz theoretischer Einsichten in das Sein oder Sollsein der Dinge — in Politik etwa oder Literatur. Was der Politiker plante oder tat, erschien ihm gut oder schlecht; es stimmte für oder gegen; aber es beschränkte sich darauf, im einen oder anderen Sinn den Resonanzboden für die schöpferische Tat anderer abzugeben. Den ‚Ideen‘ des Politikers seine eigenen gegenüberzustellen, ja sie auch nur vor das Tribunal anderer ‚Ideen‘ zu ziehen, die es zu besitzen glaubte, wäre ihm niemals eingefallen.“

Und das letzte Zitat:

„Charakteristisch für den gegenwärtigen Augenblick ist es jedoch, daß die gewöhnliche Seele sich über ihre Gewöhnlichkeit klar ist, aber die Unverfrorenheit besitzt, für das Recht der Gewöhnlichkeit einzutreten und es überall durchzusetzen.“

Ortega's Aristokratismus ist „Literatur“. Ich habe nicht vor, mich hier mit seinen Thesen im einzelnen auseinanderzusetzen. Ich wollte uns lediglich in Erinnerung rufen, welcher Art jenes Weltbild und Lebensgefühl ist, das den tragenden Grund für die freudige Zustimmung bildet, auf die noch heute bei uns die Forderung nach der „Elite“ rechnen kann.

Es ist ebenso rührend wie entlarvend, daß alle von Ortega enthusiastischen Leser sich allein auf Grund ihrer Fähigkeit, seinen stolzen Thesen folgen und zustimmen zu können, schon zur Elite gehörig und von der Masse weltweit geschieden fühlten. Der psychologische Mechanismus, der von dieser Art von kulturphilosophisch-politischer Literatur in Gang gesetzt wird, unterscheidet sich kaum von der Wirkung bestimmter Werbetexte. Die Zigarette, die den „Duft der großen, weiten Welt“ verbreitet, wird ebenso zum elitären Signum wie die

Armbanduhr XY, die Männer tragen, die „stündlich Entscheidungen zu treffen haben“. Von diesem Aspekt her gesehen gehört das elitäre Denken in den Forschungsbereich jener Psychologie, die es mit dem Bedürfnis des Menschen nach Sozialprestige zu tun hat.

Irgendwelche Schlüsse auf die reale oder auch die wünschenswerte soziale und politische Struktur einer Gesellschaft lassen sich daraus nicht ziehen. Das heißt, zur Verteidigung der Leser des „Aufstandes der Massen“ muß man wohl sagen, daß sich wahrscheinlich nur sehr wenige darüber klar gewesen sind, welche Konsequenzen die pathetischen Aristokratismen Ortigas haben, wenn man darangeht, sie aus der Sphäre einer unverbindlichen Kulturphilosophie in die Sphäre der Politik zu übertragen. Es stellt sich dann nämlich sehr schnell heraus, daß eine Gesellschaft, in der die Masse der „gewöhnlichen Seelen“ darauf verzichtet, eine Meinung zu haben, sie zu äußern und durchzusetzen und in der die Minorität der „außergewöhnlichen Seelen“ allein bestimmt, was gedacht und getan werden muß, sich nur als Oligarchie vorstellen läßt.

Die Anfälligkeit des deutschen Bildungs-Bürgertums für autoritäre Mythen und Ideologien ist in dem Umstand begründet, daß die Forderung nach Abschaffung der repräsentativen Demokratie in jenem Augenblick ihren Schrecken zu verlieren scheint, in dem man sich des schillernden Begriffs „Elite“ bedient. Die Vorstellung, daß die Weisesten und Vornehmsten sichtbarlich an die Spitze der Nation rücken sollten, ist ein so einleuchtender und befriedigender Gedanke, daß die Frage, auf welche Weise dies geschehen könnte und welche verfassungsrechtlich-politischen Folgen sich daraus ergeben, gar nicht mehr recht zum Zuge kommt. Und es ist gar nicht zu leugnen: Wenn es in einer Gesellschaft eine erkennbare Minorität von hervorragenden Köpfen gibt, so ist es eigentlich nur natürlich, daß man diese Elite mit allen Vollmachten ausstattet und sich ihrer Führung anvertraut. Es ist selbstverständlich sinnlos, die allein Mündigen durch die Unmündigen wählen oder auch nur kontrollieren zu lassen. Ein sehr typischer Versuch, das Wesen elitärer Herrschaft zu rechtfertigen, ist die Darstellung des Verhältnisses von herrschender Minderheit und beherrschter Mehrheit nach Analogie der patriarchalischen Familienordnung. Wahrscheinlich ist hier überhaupt das Ur-Modell elitär-autoritären Denkens zu suchen. Alle Herrschaftsformen sind im Verhältnis des Vaters zur Familie vorgebildet und werden von diesem Verhältnis her in jedem Menschen immer wieder neu aktiviert. Das heißt: ein biologisch-soziologischer Sachverhalt wird — wie so oft — zur Rechtfertigung einer ethisch-politischen Heilslehre. Genauso, wie der Vater nicht gewählt wird und seine Entscheidungen nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses seiner Sippe, sondern aus eigener Einsicht und Machtvollkommenheit trifft, genauso hat auch die politische Führungsschicht die Pflicht und das Recht, für die ihr anvertraute Majorität nach eigenem Ermessen zu sorgen. Der Herrschaftsanspruch der Elite leitet sich also nach dieser Theorie aus dem Jedermann bei gutem Willen einsichtigen, naturgegebenen Vorrang der Herrschenden ab und ist nicht etwa — wie bei den Diktaturen — auf Gewalt gegründet.

Der Vater-„Beweis“ jedenfalls findet sich in der Argumentation aller Gruppen, die sich als Elite fühlen und Anspruch auf die gesellschaftliche Macht erheben oder aber an der Macht sind und ihre Weigerung, sie aufzugeben, zu rechtfertigen suchen. Nicht nur der absolute Monarch, sondern auch der Adel und später das Bürgertum halten sich für die von der Vorsehung oder der Natur selbst berufenen Sachwalter des Allgemeinwohls. Und nicht nur die kleine Minorität der Akademiker des ausgehenden Mittelalters, sondern auch die sehr große Minderheit der Wissenschaftler und Intellektuellen des beginnenden Massenzeitalters verstehen sich als Elite, die zur Führung der abendländischen Völker be-

rufen ist. Das Auseinanderfallen, das Nebeneinander und schließlich das Gegen- einander der politisch-ökonomischen und der geistig-kulturellen „Eliten“ bringt dann speziell in Deutschland jenen unglückseligen Antagonismus von Politik und Kultur hervor, der unsere Einstellung bis heute bestimmt. Die Verengung des Kulturbegriffs auf die Sphäre der Künste, der Literatur und der Geisteswissen- schaften führt zur Diskreditierung aller politisch-zivilisatorischen Kräfte und Tendenzen, führt zur Spiritualisierung und Ästhetisierung des Elitebegriffs und zu einem Führungsanspruch der „Kultur“ gegenüber der „Politik“, der mangels Durchsetzbarkeit ein ganzes System von Überwertigkeits- und Minderwertig- keitskomplexen erzeugt.

Dann es ergibt sich, daß die politische Ohnmacht und Unerfahrenheit der „Gei- stigen“ in Deutschland um so größer werden, je höher sie ihre Führungs- ansprüche schrauben. Andererseits aber bestimmt die kultur-aristokratische Wert- igkeitsskala so stark das allgemeine Bewußtsein, daß die politisch und zivili- satorisch führende Schicht in Deutschland immer wieder in die Gefahr gerät, für gewöhnlich, banal und minderwertig zu gelten.

Wurzeln elitären Denkens

Mit den Romantikern — um nur noch einige Linien des elitären Denkens anzu- deuten — entstehen dann die verschiedenen Theorien vom Herrenmenschentum: als Anbetung des starken, gesunden Individuums oder der starken und gesunden Rasse — jenseits von Gut und Böse; in abgemilderter, moralisierter Fassung dann als Glorifizierung der abendländischen Kultur, der Herrschaft der weißen Völker oder auch als Sozialdünkel einer bestimmten Klasse, eines bestimmten Standes: der Offiziere, der Beamten oder der Akademiker. Alle diese Komponen- ten eines elitären hierarchisch-autoritären Denkens sind bis heute lebendig und lassen sich ohne weiteres aus diesbezüglichen Vorstellungen unserer Zeitgenos- sen herauspräparieren.

Romantik, deutscher Idealismus, Hegelscher Weltgeist, Obrigkeitsstaat, die blonde Bestie — ja sogar jene von unserem Thema anscheinend weit abliegende Bewegung des *L'art pour l'art* — alles dies sind Tendenzen, Bewegungen, Begriffe, Stichworte, die in dem gleichen Weltbild und Lebensgefühl enden. Nämlich in dem dumpfen, aber außerordentlich starken Gefühl, daß die Demokratie eine gefährliche Bedrohung aller höheren Werte und Ordnungen, die Diktatur des schlechten Geschmacks, der schlechten Rasse, der niederen Instinkte, der Analpha- beten und Plebejer sei.

Und jede dieser Gruppen und Richtungen empfindet die Demokratie nicht nur als Bedrohung ihres *speziellen* Führungsanspruchs, sondern als Bedrohung eines die abendländische Kultur *ganz allgemein* charakterisierenden Prinzips. Für diesen Kulturbegriff sind Farbigkeit und Vielgestaltigkeit absolute Wertkatego- rien; sie bestimmen nicht nur den Grad der künstlerischen und kulturellen, son- dern auch der *sozialen* Potenz des gesellschaftlichen Lebens. Gerade das Vor- handensein von Reichtum und Armut, von Herren und Knechten beweise die innere Fülle und Reife einer Kultur.

Das vielfältig Gegliederte und Geschichtete ist eine Forderung der sozialen *Ästhetik*, die die soziale *Ethik* in einer Kulturgesellschaft überhaupt erst kon- stituiert. Unter diesen, in einer bestimmten, ungemein starken geistigen Tra- dition begründeten Vorzeichen hat sich die sonst kaum verständliche Vermäh- lung von „Kultur“ und Faschismus vollzogen und kann sich jederzeit wieder vollziehen.

Und auch für das aus antiken und christlich-petrinischen Quellen gespeiste Staatsdenken steht nicht die selbstverantwortliche Existenz des einzelnen Men-

schen, sondern sein Stellenwert im Rahmen einer vorgegebenen sozialen „Ordo“ im Mittelpunkt. Der Staat ist eine im Metaphysischen verankerte Ordnungsform, die die Mitglieder der Gesellschaft nicht etwa zu gestalten, sondern nur noch *auszufüllen* haben.

Zu der traditionellen Verwurzelung und der ästhetizistischen Ausformung der abendländischen Elite-Theorien kommt in der Neuzeit schließlich noch die biologisch-vitalistische Fundierung. Unter diesem Aspekt ist die hierarchische Gliederung einer Gesellschaft eine Forderung, die aus der *organischen* Natur der Sozialität abgeleitet werden muß.

Jedes Volk und jeder Staat ist demnach eine „Ganzheit“, ein Organismus mit vielfältigen Gliedern und Funktionen, die alle in einem analog zum menschlichen Körper vorzustellenden Herrschafts- und Dienstbarkeitsverhältnis zueinander stehen. Die einzelnen Stände und Berufe haben alle ganz spezifische Aufgaben zu erfüllen. Der Organismus „Staat“ ist nur solange lebensfähig, als jeder einzelne und jeder Stand diese seine Aufgabe kennt und vollzieht. Die „Elite“ ist gleichbedeutend mit dem Kopf und Nervenzentrum des Staatsorganismus, von ihr gehen die Befehle aus. Daß Hände und Füße nicht von selbst agieren oder gar ihrerseits dem Kopf sagen können, was er zu befehlen hat, versteht sich von selbst. Die einen haben ein für allemal zu herrschen, die anderen ein für allemal zu gehorchen.

Die Ansprüche des einzelnen und die Rechte der Minderheiten

Daß alle diese Theorien — also nicht etwa nur die ausdrücklich oligarchisch-autoritären — auf die Diktatur hinauslaufen, möchte ich an zwei Fragen nachzuweisen suchen: an der Frage der Vereinbarkeit der pluralistischen Gesellschaft mit einer elitären Staatsverfassung und an der Frage nach dem Wesen der Autorität in der Demokratie.

Wahrscheinlich ist mancher Verteidiger autoritärer Ordnungsformen ernstlich des Glaubens, daß diese sich prinzipiell von jeder Art von Diktatur unterscheiden lassen und zur Konstituierung eines politischen Systems führen könnten, das nur die Mängel der Demokratie, aber nicht diese selbst beseitigt. In Wahrheit müssen aber alle Versuche, die Demokratie durch elitäre und autoritäre Verfassungselemente zu verbessern, im Zeitalter der modernen Massenzivilisation zwangsläufig zur Pervertierung und Aufhebung der Demokratie führen. Da „die gewöhnlichen Seelen“ seit 100 und mehr Jahren nun einmal daran gewöhnt sind, den Anspruch auf Urteilsfähigkeit und Mitbestimmung zu erheben, kann die Herrschaft einer „Elite“ eben nur gewaltsam, das heißt gegen den Willen der Beherrschten, durchgesetzt und erhalten werden. Die Frage der Legitimität des „Aufstandes der Massen“ ist überhaupt nur vom Wesen der *Aufklärung* her, nicht etwa durch das Gegeneinander-Abwägen von Staatstheorien zu beantworten.

Das Charakteristikum des aufgeklärten Menschen ist seine subjektive Überzeugung, urteils- und entscheidungsfähig zu sein. Die Tatsache, daß er objektiv diese Urteils- und Entscheidungsfähigkeit vielleicht nur sehr mangelhaft besitzt, ändert nicht das mindeste an der Unsittlichkeit jeder Gesellschaftsverfassung, die sich über seinen Willen zur Selbstverantwortung hinwegsetzt. Von den erklärten Befürwortern einer Gewaltherrschaft, also den Bolschewisten und Faschisten, unterscheiden sich die Anhänger einer elitär-autoritären Staatsform lediglich dadurch, daß sie sich vormachen, der urteils- und entscheidungsbereite Zivilisationsbürger würde angesichts der überragenden Fähigkeiten der ihm prä-

sentierten „Eliten“ *freiwillig* auf seine mühsam genug erstrittene Mündigkeit verzichteten.

Solange die Menschen ihren minderen rechtlichen und sozialen Status als gottgewollt hingenommen haben, entsprachen autoritär-hierarchische Gesellschaftsordnungen dem gegebenen Zustand und der gegebenen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung und waren prinzipiell legitime Versuche, eine den sozialen Frieden sichernde Ordnung zu konstituieren.

Jeder Versuch jedoch, eine ins Stadium der allgemeinen Bildung, der allgemeinen sozialen Mobilität eingetretene Gesellschaft in das Korsett einer hierarchischen Gliederung zu pressen, ist *eo ipso* ein inhumanes, die Würde der Person verletzendes und den sozialen Frieden gefährdendes Unternehmen.

Wir wollen diesen Sachverhalt an einigen wenigen Beispielen demonstrieren. Wie steht es mit der Möglichkeit, das die Demokratie kennzeichnende Vorhandensein von gleichberechtigt nebeneinanderstehenden Gesinnungsgruppen mit dem Führungsanspruch einer „Elite“ zu vereinbaren?

Das Zustandekommen einer sich aus der Masse heraus- und absondernden Gruppe setzt bei dieser eine starke Homogenität der Interessen und der Gesinnung voraus. Wenn diese Gemeinsamkeit der Anschauung und der Ziele und die Überzeugung, daß diese Anschauungen und Ziele *höchstwertig* sind, nicht gegeben ist, kann es zu einer elitären Gruppenbildung überhaupt nicht kommen. Natürlich besteht ein Unterschied zwischen einer Führungsschicht, die einen Schwur auf das stalinistische Parteiprogramm abgelegt hat, und einer Gruppe von Menschen, die die absolute Wertordnung etwa eines integralen Katholizismus vertritt. In *beiden* Fällen jedoch repräsentiert die zur Herrschaft entschlossene Minderheit immer nur *eine* der in der Gesellschaft lebendigen Glaubensüberzeugungen. Und zwar repräsentiert sie gerade jene Anschauung, die auf die Pluralität keine Rücksicht zu nehmen gewillt ist, da ihr Herrschaftsanspruch ja auf der Überzeugung beruht, im Besitz der *allein richtigen* Maßstäbe zu sein. Das Schicksal der Opposition in Portugal oder der Protestanten in Spanien zeigt, wie schnell die Toleranzgrenze auch jener Systeme erreicht ist, die es lieben, auf den kommunistischen Terror von oben herabzusehen und sich als humane, die Freiheit und Würde der menschlichen Person nicht antastende Ordnungen zu empfehlen.

Die Inhaber der Führungspositionen in einer Demokratie dürfen gerade das nicht, was das eigentliche Ziel jeder elitär-autoritären Herrschaftsgruppe ist: ihre Maßstäbe für *alle* verpflichtend machen. Von den demokratischen Führern muß ganz im Gegenteil verlangt werden, daß sie eine ihrer Hauptaufgaben darin sehen, die Freiheit jener politischen, weltanschaulichen und religiösen Gruppen zu schützen, die sich in der *Opposition* befinden. Das offene Nebeneinander abweichender Meinungen, das freie Gespräch zwischen diesen Meinungen, die Tolerierung noch der abseitigsten Sekte — all dies geht mit der Machtergreifung einer sich im Besitz der Wahrheit fühlenden „Elite“ verloren. Nur eine effektiv monokratische, das heißt auf ein Glaubens- und Wertesystem ausgerichtete Kultur läßt sich „elitär“ führen, ohne inhuman zu werden. Die „Elitisierung“ einer Gruppe in der *pluralistischen* Gesellschaft muß zur Zerstörung dieser pluralistischen Gesellschaft und Kultur führen.

Das Mitglied einer demokratischen Regierung ist nicht ein Mensch, von dem man annimmt, er sei im Besitz unfehlbarer Einsichten, sondern er ist ein fähiger Kopf, dem man die Chance gibt, die Brauchbarkeit seiner politischen, sozialen und ökonomischen Theorien auszuprobieren. Und diese Chance wird ihm nicht deshalb gegeben, weil er einer Minderheit von *Auserwählten* angehört, sondern weil er sich zum Sprecher der *Meinungen einer Mehrheit* macht. In ihm mani-

festliert sich nicht der Weltgeist oder irgendeine geheimnisvolle jenseitige Weisheit, sondern die *grundsätzlich* jedermann zugängliche vernünftige Einsicht in den wünschenswerten Verlauf der irdischen Dinge.

Im übrigen führt jede autoritäre Staatsform nicht nur zur *Einparteiherrschaft*, sondern auch zu einem Primat der *Politik*, wie es die Demokratie niemals kennt. Es entfällt nämlich jene gewichtige Mitbestimmung aller kulturellen und geistigen Kräfte und Gruppen, die durch öffentliche Vertretung ihres Standpunktes meinungsbildend sind und auf dem Umweg über diese Meinungsbildung der Einflußsphäre der rein politischen Kräfte *klare* Grenzen setzen. Das einzige Korrektiv, dem autoritäre Regierungen ausgesetzt sind, ist bezeichnenderweise der Einfluß mächtiger *anonymer* Institutionen, also etwa der Einfluß des Militärs, der Wirtschaft oder der Kirchen.

Autorität und Autorität

Der Unterschied von demokratischer und elitärer Herrschaft läßt sich nun besonders gut verdeutlichen am Wesen der Autorität.

Die Autorität der Mitglieder einer Aristokratie oder irgendeines anderen elitären Standes ist immer *umfassend* gemeint.

Der Anspruch, zu einem Kreis von Auserwählten zu gehören und die Verantwortung für das Geschick aller Nicht-Auserwählten zu tragen, setzt voraus, daß aus den Meinungen und Entscheidungen der Mitglieder dieser Führungsschicht in jedem Fall die höhere Einsicht spricht. Die Autorität des Vaters ist von einer Art, die immer Gehorsam verlangt — gleichgültig, ob es um *alltägliche* Fragen geht oder gar um Entscheidungen, die die *Existenz* der Familie betreffen. Es widerspricht dem Wesen solcher Autoritätsauffassung, daß derjenige, der Autorität hat, diese nur in einigen Bereichen besitzt, in anderen aber nicht, daß er also für eine ganze Reihe von Fragen nicht zuständig ist und sein Urteil dort kein größeres Gewicht hat als das Urteil irgendeines anderen *x-beliebigen* Menschen. Gerade dies aber nun: die *Relativierung* und Teilung der Kompetenz und der Gewalten, macht das Wesen der Autorität in der Demokratie aus.

Mit dieser Einengung der einer Person oder Gruppe zuerkannten Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungsbefugnis hat sich nicht nur der *Umfang* der Autorität verkleinert; sie hat *ihr Wesen* verändert. An die Stelle der Hinnahme von Entscheidungen einer Person auf Grund ihrer *Zugehörigkeit* zu einer „Elite“ ist die Anerkennung der *Kompetenz* einer Person auf *bestimmten* Gebieten auf Grund ihrer *individuellen* Leistung auf diesen Gebieten getreten.

Wenn heute von vielen Seiten der Verlust der Autorität beklagt und ihre Wiederherstellung gefordert wird, so gehen dabei diese zwei *grundlegend verschiedenen* Autoritätsauffassungen ständig durcheinander. Die Autorität, die der in seinem Fach Tüchtige beanspruchen kann, ist etwas ganz anderes als die Autorität, die mit einer gesellschaftlichen oder beruflichen *Funktion* und *Stellung* verbunden ist. Daß die Respektierung der Autorität etwa des Staates und seiner Träger und Funktionäre im Schwinden begriffen ist, hängt meiner Meinung nach ganz einfach damit zusammen, daß die *individuelle* Leistung, auf Grund derer man heute allein kompetent zu werden die Chance hat, in der *Verwaltungsarbeit* am schwierigsten nachweisbar ist. Dem ständigen Zweifel des aufgeklärten Staatsbürgers an der Leistungsfähigkeit der staatlichen Bürokratie entspricht daher die Tendenz vieler Mitglieder dieser Bürokratie, sich wieder mit dem *Nimbus obrigkeitstaatlicher Autorität* zu umgeben. Dieser Nimbus läßt sich jedoch nicht restaurieren, denn es liegt in der Natur der Wertvorstellungen einer demokratischen Gesellschaft, immer und überall die Frage nach der *individuellen* Legitimität des Autoritätsanspruchs zu stellen.

Jedermann wird zwar zunächst bereit sein, den Direktor seines Betriebes oder den Ministerialrat seines Ministeriums zu respektieren, weil er es zum Direktor und Ministerialrat gebracht hat. Wenn aber die von einem solchen Rang geforderte Qualifikation nicht immer wieder neu unter Beweis gestellt wird, geht der Respekt sehr schnell verloren. Bei der Diskussion des Themas „Berufsbeamtentum“ sollte man nicht übersehen, daß die ganze soziale Mythologie des Obrigkeitsstaates, der Kodex verschiedener Stufen von Ehre und Treue und Loyalität für den Angehörigen der industriellen Leistungsgesellschaft nicht mehr verständlich und akzeptabel ist. Die Entmythologisierung und Versachlichung des Staates, das heißt seine Zurückführung auf die tatsächlichen Aufgaben und Bedürfnisse der Menschen, die ihn bilden, macht zwangsläufig alle Berufsstände, die Sonderpflichten und Sonderverantwortungen zu tragen glauben, zu Fremdkörpern in der demokratischen Gesellschaft.

Wir dürfen jedenfalls feststellen, daß der Verlust des Nimbus, der die alte Form der Autorität umgab, nicht gleichbedeutend ist mit dem Verlust von Autorität überhaupt. Auch die einer Person als Person eigene „Autorität“, das heißt die unmittelbare Überzeugungskraft, die einen Menschen nicht auf Grund irgendwelcher „Leistungen“, sondern auf Grund einer schwer zu definierenden geistig-seelischen Überlegenheit auszeichnet, erfährt in der demokratischen Gesellschaft keinerlei Minderung. Im Gegenteil: Die von Besitz, Herkunft und Standeszugehörigkeit gelöste Einschätzung gibt der natürlichen „Autorität“ eines Individuums eine unvergleichlich größere Chance.

Bei der Betrachtung der Rolle, die einerseits der natürlichen Autorität der Person, andererseits ihrer speziellen beruflichen Tüchtigkeit in der zeitgenössischen Demokratie zufällt, stößt man im übrigen auf einen schwerwiegenden Mangel der kapitalistischen Leistungsgesellschaft. In dieser kapitalistischen Leistungsgesellschaft wirkt sich nämlich das sogenannte Prinzip des „freien Spiels der Kräfte“ sehr einseitig zugunsten ökonomisch-materieller Tüchtigkeit aus. Das heißt, eine Fülle von Begabungen, die für das kulturelle und zivilisatorische Niveau einer Gesellschaft ungleich wichtiger sind als Generalvertreter und Industriemanager, wird in die unteren Ränge der sozialen Wertigkeit verwiesen.

Die Demokratie beruht auf einer durchgehend skeptischen Lebenseinstellung und nicht — wie man gelegentlich behauptet — auf einer hemmungslos optimistischen Einschätzung der menschlichen Natur. Eine Geschichte der Demokratie könnte man so beginnen: Als der Mensch entdeckt hatte, daß jeder Mensch — gleich welcher Herkunft, welchen Ranges, welchen Bildungs- oder welchen Besitzstandes — immer unzulänglich bleibt, daß er nur in dieser oder jener Hinsicht „Außergewöhnliches“ leistet, aber ansonsten dem Irrtum, dem Versagen, der Blindheit unterworfen ist, als man dies entdeckt hatte, entschloß man sich, der Gesellschaft eine Verfassung zu geben, in der der einzelne immer nur so weit und so lange Machtbefugnisse erhält, als er sich dieser Macht persönlich gewachsen zeigt.

Dieser skeptischen Mentalität ist jeder Anspruch auf permanente und umfassende Vollkommenheit und Kompetenz von Haus aus unglaubwürdig.

Es läßt sich kaum übersehen, daß unter den Verteidigern des obrigkeitsstaatlichen Autoritätsbegriffes und der Theorien, die die Bildung einer Elite fordern, ein Menschentyp vorherrscht, der keine Kritik verträgt und seine Autorität nur gesichert glaubt, wenn sie von einer *umfassenden Unfehlbarkeit* abgeleitet wird. Da diesen Zeitgenossen die Fähigkeit oder der Mut fehlt, sich als einzelne unter einzelnen durchzusetzen, kultivieren sie weiter einen längst überfällig gewordenen Standes- oder Bildungsdünkel.

Ich fasse unsere bisherigen Überlegungen zusammen: In einem demokratisch-

egalitären Staat ist die herrschende Minderheit Vollstrecker des Mehrheitswillens. In einem autoritär-elitären Staat ist die Mehrheit Herrschaftsobjekt des Willens einer Minderheit. Wenn das Stichwort „Elite“ auf eine ganz bestimmte, institutionell-verfassungsmäßig verankerte Gesellschaftsordnung abzielt, sehe ich also keine Möglichkeit, diese Ordnung mit den Grundprinzipien der Demokratie zu vereinbaren.

Die Frage der Führungsauslese

Ich wende mich nun dem *sachlichen* Aspekt unseres Themas zu, nämlich der Frage der Führungsauslese in der Demokratie. Es ist unmittelbar einleuchtend, daß — da die Demokratie Herrschaft der Mehrheit ist — diese Staatsform nur funktionieren kann, wenn ein *Mindestmaß* von Urteilsfähigkeit der „gewöhnlichen Seelen“ gegeben ist. Wie schwierig — manchmal vielleicht geradezu hoffnungslos — diese Aufgabe auch sein mag, der Mündigkeitsanspruch des aufgeklärten Menschen ist ein *moralischer* Anspruch. Wir können uns dieses Auftrags nicht entledigen, indem wir Gesellschaftsverfassungen für *Unmündige* zu restaurieren versuchen, sondern nur, indem wir alles daransetzen, den *subjektiven Anspruch* des einzelnen auf Urteils- und Entscheidungsfähigkeit mit *objektivem Inhalt* zu füllen. Wenn es überhaupt einen immanenten Sinn der gesellschaftlichen Entwicklung gibt, so liegt er in der Mündigermachung der Unmündigen, nicht in der Entmündigung der langsam Mündigwerdenden.

Jeder von uns fühlt sich gelegentlich imstande, aus der Menge hervorzutreten und etwas Besonderes zu leisten. Jeder von uns hat von Zeit zu Zeit das Gefühl, über sich hinauswachsen zu können und zu müssen — *diese Sehnsucht* nach einer außergewöhnlichen Leistung und Rolle ist der Motor nicht nur des zivilisatorischen und kulturellen, sondern auch des *moralischen* Fortschritts. Tritt nun eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe mit dem Anspruch hervor, die *Inkarnation* des Außergewöhnlichen zu sein, wird sie die elitären Intentionen all derer, die ihr nicht angehören, von vornherein *zweifelhaft* machen. Das heißt, die Fixierung und Institutionalisierung des Elitären verdirbt und zerstört die in jedem Menschen vorhandene *elitäre Dynamik*.

Die Tatsache, daß die Demokratie auf dem Grundsatz des gleichen Rechts und der *gleichen Chancen für alle* beruht — dies nämlich heißt „egalitär“ —, ist die Voraussetzung der *ganz anderen* Tatsache, daß die Demokratie eine *personalistische* und *differenzierte* Gesellschaftsordnung ist. Sie ist, wie keine andere Staatsform sonst, auf den *einzelnen* abgestellt. Die Bildung einer *Elite*, das heißt eines institutionell aus der Masse herausgenommenen Kollektivs von Individuen, liegt nicht in der Absicht der Demokratie. Man kann natürlich abstrahierend und analysierend gewisse Führungsschichten herauslösen und mit dem Etikett „Elite“ versehen. Das aber ist etwas ganz anderes, als wenn man sagt, die Demokratie müsse Eliten „bilden“. Der gesellschaftliche Mechanismus einer Demokratie ist darauf eingestellt, in die einzelne Führungsfunktion in der Kultur, der Politik, der Wirtschaft usw. den *begabten, leistungsfähigen einzelnen* zu bringen.

Die Demokratie ist aber nicht daran interessiert, daß die Inhaber bestimmter Führungsfunktionen autonome und privilegierte Gruppen bilden. Und sie kann auch an einer solchen Gruppenbildung nicht interessiert sein, denn damit ist sofort die Gefahr gegeben, daß das Prinzip der *individuellen Leistungsfähigkeit* durch das Prinzip der *Gruppenzugehörigkeit* ersetzt und unwirksam gemacht wird. Natürlich gibt es Berufsverbände und Genossenschaften, gibt es *Zusammenschlüsse* von leitenden Industrieangestellten, von Nobelpreisträgern, von Parlamentsabgeordneten und Schriftstellern. Aber solche Gruppierungen sind

freie Zusammenschlüsse von *freien* Einzelpersonlichkeiten auf Grund *partieller* Gemeinsamkeiten. Die Autorität des einzelnen innerhalb seines Arbeits- und Aufgabenbereichs beruht nach wie vor auf seiner täglich neu zu erbringenden *persönlichen* Leistung, nicht auf seiner Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Verband.

Bewußtsein und Begabung, Urteilskraft und Verantwortung hat immer nur der einzelne Mensch — diese die Person als Bewußtseinseinheit, Willenseinheit und Wirkungseinheit konstituierenden Qualitäten sind auf kein Kollektiv übertragbar. Daher basiert die Demokratie auf der vollen *Integrität und Souveränität der einzelnen Person*. Diese einzelne Person muß von allen Bindungen an Kollektive, die ihr *mehr oder weniger* Autorität zukommen lassen wollen, als sie wirklich besitzt, *freigehalten* werden.

Es liegt auf der Hand, daß ein politisches System, in dem die Herrschaft durch allgemeine Wahlen in der Hand aller Staatsbürger liegt, nur dann funktionieren kann, wenn alle Staatsbürger über ein ausreichendes Maß von Einsicht in die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Zusammenhänge verfügen. Jeder Unwissende und Unmündige *gefährdet* die Demokratie und jeder, der offen oder versteckt den „gemeinen“ Mann im Zustand der Unwissenheit und Unmündigkeit *halten* will, ist ein Feind der Demokratie. Wenn man die Demokratie beizubehalten wünscht, sind alle Anstrengungen des Staates und der Gesellschaft auf den Ausbau eines Bildungssystems zu konzentrieren, das die Gewähr dafür bietet, daß jeder Bürger — nicht etwa nur die „Elite“ der Besucher von höheren Schulen oder von Universitäten — über den allgemeinen Stand der Dinge in unserer Zeit informiert ist, um bestimmte, alle angehende Grundfragen der gesellschaftlichen Existenz beurteilen und entscheiden zu können.

Ich glaube, daß zur Erfüllung dieser Forderung weder die Einführung der „Staatsbürgerkunde“ noch die Einführung des 9. Schuljahres ausreicht. Das Ziel muß eine Schule sein, die sich darüber im klaren ist, daß zur *politischen Urteilsfähigkeit* und Reife eines Menschen die Kenntnis der Literatur und der Künste, der wissenschaftlichen und industriellen Entwicklung genauso gehört wie die Einführung in die neuere Geschichte und die Kenntnis der Grundzüge einer demokratischen Staatsverfassung. Daß diese Aufgaben von den seit 1945 in Westdeutschland herrschenden Parteien und Gruppen nicht wahrgenommen, ja ganz offenbar überhaupt nicht gesehen worden sind, läßt sich leider kaum bezweifeln. Diese Blindheit ist zweifellos nicht nur auf die Gleichgültigkeit zurückzuführen, die unsere führenden Politiker allen Überlegungen und Forderungen gegenüber an den Tag legen, die sich nicht auf die *unmittelbar* erkennbaren außenpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Bundesrepublik beziehen. Sie ist zurückzuführen auf das in diesen Schichten nachweislich weiterhin vorherrschende Denken in *autoritär-elitären* Vorstellungen. Man *glaubt* im Grunde nicht an die Funktionsfähigkeit der Demokratie und gibt sich deshalb auch nicht die geringste Mühe, diese Demokratie herzustellen. Man glaubt nach wie vor an die *gottgewollte Mündigkeit* derer, die günstige soziale Startbedingungen hatten, und an die *ebenso gottgewollte Unmündigkeit* derer, die ohne ausreichende Bildung und ohne die Förderung durch eine „elitäre“ Gruppe ins Leben entlassen wurden. Und man hält das für „realistisch“. Aber die Demokratie ist Krisensituationen nur *gewachsen*, wenn sie auf ein Minimum von Urteilsfähigkeit und *Vernunft* bei allen Staatsbürgern rechnen kann. Es ist ehrlicher und besser, sich zu einer autoritären Staatsform *offen* zu bekennen, als ein *formales* Bekenntnis zur Demokratie abzulegen, dem dann keinerlei demokratische Taten folgen. Wenn eine so geführte Demokratie eines Tages zusammenbricht, triumphieren nämlich die Anhänger des Anti-Demokratismus nur deshalb, weil auch die Demokraten nur

halbe Demokraten waren. Die westlichen Demokratien werden solange nur *schlecht* funktionieren, als sie von Leuten geführt werden, die im Grunde ihres Herzens Anhänger *elitärer* und *autoritärer* Gesellschaftstheorien sind.

So sehr ich also in Abrede stelle, daß die Demokratie mit der Bildung einer „Elite“ vereinbar ist, so sehr hängt ihr Bestand und ihre Qualität von einem funktionierenden Auslesesystem ab. Daß nicht *alle* Menschen für die *gleichen* Aufgaben begabt sind, ist ebenso eine Binsenwahrheit wie die Feststellung, daß auch in der demokratischsten Demokratie immer nur *einige wenige* die Herrschaftsfunktionen ausüben können.

Nachdem die demokratische Gesellschaft dafür gesorgt hat, daß *jeder* Staatsbürger in den Genuß der gleichen und gleich guten Grundbildung kommt, muß sie Einrichtungen schaffen, die aus diesem möglichst viele umfassenden Reservoir ständig die Fähigsten in die verschiedenen Berufe, auf die höheren Schulen und Universitäten herauslesen. Es ist aber töricht, zu glauben, daß man die schulischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse durchaus beim alten lassen kann und sich die Tüchtigsten dann dennoch im „freien Wettbewerb der Kräfte“ herausmenden werden.

Auf irgendeinem Psychologentag ist vor einiger Zeit berichtet worden, daß etwa 60 v. H. der Bevölkerung der Bundesrepublik den falschen Beruf ergriffen haben. Ich will diese Zahl dahingestellt sein lassen. Daß jedoch die Zahl derer, die eine ihrer Begabung nicht *entsprechende* oder ihre Begabung nur *unzureichend ausschöpfende* Ausbildung erhalten, groß ist, weiß jedermann aus seiner persönlichen Erfahrung. Ich jedenfalls lasse mir nicht einreden, daß man bei sinnvoller Anwendung aller inzwischen entwickelten Prüfungs- und Ausleseverfahren, die natürlich mit einer entsprechenden *finanziellen* Förderung gekoppelt sein müßten, nicht eine *unmittelbar erkennbare* Hebung unseres gesamtgesellschaftlichen Leistungsniveaus erreichen könnte. Zu einer *richtigen* Auslese der Begabungen gehörte die vom Staate garantierte *völlige* Unabhängigkeit der Berufswahl von sozialen und finanziellen Bedingungen (von der längst noch keine Rede sein kann), gehört eine Differenzierung der Berufsschulen und höheren Schulen, gehört auch eine umfassende Universitätsreform. All dies ist *bekannt*, ohne daß jedoch bisher wirklich ins Gewicht fallende Konsequenzen daraus gezogen worden wären.

Es ist ganz gewiß nicht daran zu zweifeln, daß wir alle dem marxistisch-leninistischen Totalitarismus zum Opfer fallen würden, wenn die westliche Welt eine einseitige *Abrüstung* begänne. Aber es ist *genausowenig* daran zu zweifeln, daß der Friede selbst nur gewonnen werden kann, wenn wir uns dem Osten bei der Bewältigung der Aufgaben, die das *friedliche* Zusammenleben der Menschen in der heutigen Welt stellt, überlegen zeigen. Bomben sind gut, um andere Bomben zu neutralisieren. Sie sind aber völlig untauglich, die Gefahr des Überraschtwerdens durch die östliche Technik und Produktivität zu bannen. Und sie sind *auch ungeeignet*, als Argument in der geistigen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur zu dienen.

Die politischen Fähigkeiten

Ein letztes Wort will ich noch zur Frage der Auslese unserer *politischen* Repräsentanten sagen. Hier gilt zunächst die schon vorhin getroffene Feststellung, daß es den in jeder Hinsicht und in allen Fällen zur Entscheidung Berufenen *nicht* gibt. Denn es ist ja nicht nur so, daß der Gute manchmal auch etwas Schlechtes tut und der Klügste sich immer wieder täuscht, sondern noch viel *verwickelter*: Was die politischen Entscheidungen angeht, so gibt es überhaupt nicht ein gutes und richtiges Handeln „*an sich*“, sondern immer nur ein Handeln, das in der

jeweiligen politischen Situation ein *Optimum* an Humanität und Vernunft darstellt. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß ein Mensch vom laueren Charakter des heiligen Franziskus imstande wäre, als Ministerpräsident eines westlichen Landes in der heutigen Situation Entscheidungen zu treffen, die auf lange Sicht das Beste für uns alle ergäben. Und es ist *sicher*, daß für die Führung eines gerade jetzt unabhängig gewordenen asiatischen und afrikanischen Landes *ganz andere* Qualitäten erforderlich sind als für die Führung eines zivilisierten westlichen Staates.

Unter diesen Umständen muß das Auslese- und auch das Ausscheidungsverfahren bei denjenigen, die in die politischen Führungspositionen einer Demokratie kommen, besonders gut und exakt arbeiten. Wenn man vom pluralistischen und personalistischen Prinzip ausgeht, so muß die Auslese eines politischen Führungstyps *anti-autoritärer* Prägung gefordert werden, das heißt solcher Menschen, die bei aller Entschiedenheit ihrer Anschauungen der *Relativität* dieser Anschauungen immer eingedenk sind und ihre *sittlich-politische Aufgabe darin* sehen, die Freiheit derer zu schützen, die gerade *nicht* an der Macht sind.

Was die Frage angeht, wie weit wirklich die politisch *Fähigsten* in die politischen Führungspositionen gelangen, so ist dies weitgehend auch ein Problem der gesellschaftlichen *Reputation* des politischen Menschen. Solange das Vorurteil herrscht, daß sich ein wirklich selbständiger Kopf dadurch auszeichnet, daß er sich von jeder Bindung an eine politische Partei fernhält, solange also immer noch die Meinung grassiert, daß sich menschliche und politische Reife am Grad der *Verachtung* ablesen läßt, die man für die Parteien an den Tag legt, wird eine große Zahl der *fähigsten* Mitglieder unserer Gesellschaft von der Wahrnehmung politischer Aufgaben ferngehalten werden.

Die einerseits idealistisch-schöngeistige, andererseits materialistisch-pragmatische Einstellung des deutschen Bürgertums macht sich sehr deutlich darin bemerkbar, daß sich mit dem Begriff „*Elite*“ entweder die Vorstellung von literarischen Genies und wissenschaftlichen Kapazitäten verbindet oder aber die Meinung zu Tage tritt, daß Macht und Einfluß *eigentlich* nur im Bereich des *Handels* und der *Wirtschaft* zu erlangen sind. Ich glaube, daß solche Vorstellungen der entscheidendste Hemmschuh für eine *positive* Auslese unserer Politiker sind. Ein Staat, der auf Parteien gegründet ist, es aber versäumt, diesen Parteien im Bewußtsein des Volkes die Bedeutung zu geben, die sie verdienen, beraubt sich für die politischen Funktionen der *eigentlichen* Begabungen, die *von vornherein* in die wissenschaftlichen Berufe, in die Wirtschaft und Industrie abwandern.

Und endlich: Wenn man der oft beklagten *Mittelmäßigkeit* des politischen Lebens in der Demokratie ernstlich zu Leibe rücken will, muß man mit der Vorstellung aufräumen, daß die Mängel unseres Parteienstaates durch die Einrichtung und die verfassungsmäßige Verankerung außerparteilicher und außerparlamentarischer Institutionen kompensiert werden könnten. — Unsere „*Geistigen*“, die ihren politischen Unverstand so gerne als politische Unabhängigkeit deklarieren, sollten sich aufgerufen fühlen, ihren Geist nicht über und nicht neben, sondern in den Parteien und großen demokratischen Organisationen zu investieren. Die zu Recht beanstandete *Dürftigkeit* unseres politisch-staatsbürgerlichen Lebens ist unter anderem die unausbleibliche Folge des Elite-Komplexes unserer bürgerlichen Intelligenz, die zwar die Früchte der Demokratie genießen, aber nicht ihre Mühen auf sich nehmen will.

Wer es für unter seiner Würde hält, sich unter die gewöhnlichen Seelen zu mischen, bringt sich im übrigen um die heilsame Erfahrung, daß auch das, was er zum Wohle von uns allen beizusteuern weiß, gar so unerhört und außergewöhnlich nicht ist.

EINE NEUE DEUTSCHE OBERSCHICHT?

Notizen über die Eliten der Bundesrepublik

I.

Wann es richtig ist, daß jede Gesellschaft in dem Licht erscheint, das ihre Führungsgruppen ausstrahlen — und manches spricht für diese Theorie —, dann verlangen die Führungsgruppen das besondere Interesse dessen, der den Charakter seiner Gesellschaft verstehen will. Durch die sozialen Eliten erhält das Recht seine Geltung und gewinnt der breite, politischer Entscheidung zugängliche Bereich des Lebens seine Gestalt, sie geben den jeweils bestimmenden sozialen Werten ihre Färbung und allen sozialen Institutionen ihr Gepräge. Es ist gewiß wichtig und aufschlußreich, sich mit der sozialen Lage und dem Gesellschaftsbild des Arbeiters oder des Angestellten zu beschäftigen; aber die genaue Kenntnis der Führungsgruppen, ihrer Herkunft, Soziallage und Haltung, ist die erste Bedingung der gesamtgesellschaftlichen Analyse. Die deutsche Gesellschaft der Gegenwart erscheint vielen möglicherweise auch darum so undurchsichtig, weil sich bislang nur wenige in Deutschland die Mühe gemacht haben, die Eliten unserer Gesellschaft einer eindringlichen Analyse zu unterziehen.

Die Ausdrücke „Eliten“ und „Führungsgruppen“ sind (auch im Plural noch) vieldeutig¹⁾. Tatsächlich stehen an der Spitze jeder Gesellschaft mindestens drei Aggregate oder Quasi-Gruppen: die Prestige-Oberschicht (upper status group), die wirtschaftliche Oberschicht (upper class) und die herrschende Klasse oder Machtelite (elite, power elite)²⁾. Diese drei Aggregate können in ihrer personellen Zusammensetzung übereinstimmen oder variieren, d. h. eine oder mehrere Gruppen bilden; wahrscheinlich ist der Grad ihrer Identität ein wichtiger Maßstab der Liberalität bzw. Illiberalität einer Gesellschaft³⁾. Jedenfalls aber handelt es sich bei diesen Quasi-Gruppen um drei nach unterschiedlichen Kriterien konstituierte Mengen sozialer Positionen.

Die Prestige-Oberschicht besteht aus denen, die kraft ihrer Positionen das höchste Ansehen in der Gesellschaft genießen. Unter Ansehen ist dabei zunächst („operationell“) jenes Kriterium zu verstehen, das Menschen faktisch zugrunde legen, wenn sie gebeten werden, soziale Positionen — etwa Berufe — in eine Rang-

1) Wobei hier die durch die politischen Konnotationen insbesondere des Begriffes der Elite entstehenden Vieldeutigkeiten als wissenschaftlich belanglos ganz außer acht bleiben sollen. Vgl. im übrigen das informative, wenngleich nicht sehr phantasievolle Buch von U. Jaeger: „Die gesellschaftliche Elite“, Bonn 1960.

2) Die in Klammern aufgeführten Begriffe bezeichnen den (allerdings noch nicht allgemeinen) Sprachgebrauch der angelsächsischen Soziologie. Im Hinblick auf diese Aufgliederung verdanke ich Anregungen der Lektüre der noch unveröffentlichten Londoner Ph.-D.-Dissertation von T. J. H. Bishop über den sozialen Ursprung der Absolventen von Winchester College im letzten Jahrhundert.

3) Im Sinne der Annahme: Je stärker die drei Aggregate an der Spitze der Gesellschaft zusammenfallen, je mehr also Machtelite, wirtschaftliche und Prestige-Oberschicht zu einer Gruppe verschmelzen, desto illiberaler ist diese Gesellschaft (und umgekehrt).

ordnung des sozialen Prestiges zu bringen⁴). In Deutschland gehören zur Prestige-Oberschicht (wenn wir dem übereinstimmenden Zeugnis der vorliegenden Untersuchungen Glauben schenken dürfen) vor allem Professoren bzw. Akademiker überhaupt, die als Träger akademischer Titel erkennbar sind⁵). Die wirtschaftlichen und politischen Führungsgruppen kommen hier erst in zweiter Linie in Betracht⁶).

Über die wirtschaftliche Oberschicht der deutschen Gesellschaft gibt es bisher noch keine deutschen Untersuchungen⁷). Zu dieser Gruppe wären etwa zu rechnen: Vorstände — ob Eigentümer oder Angestellte — größerer Unternehmen einschließlich von Banken und Versicherungen; Kapital- und Anteilseigner, die nicht selbst an der Leitung von Unternehmen teilhaben; Vorstände und Syndici von Wirtschafts- und Unternehmerverbänden, die nicht den vorerwähnten Gruppen angehören; sehr erfolgreiche ganz oder teilweise freiberuflich tätige Ärzte und Anwälte; Eigentümer großer Land- oder Forstbesitzungen und vergleichbare Personen. Entscheidendes Merkmal der Zugehörigkeit zur wirtschaftlichen Oberschicht ist nicht die wirtschaftliche Macht, sondern zunächst das Eigentum bzw. Einkommen, das mit bestimmten Positionen verknüpft ist. Man könnte sagen, daß hier die höchste Steuerklasse gemeint ist — wenn die Möglichkeiten der legalen, halblegalen und illegalen Steuerhinterziehung eine solche Bestimmung nicht allzu ungenau machen.

Die herrschende Klasse oder (wie heute in der Regel⁸) gesagt wird) Machtelite schließlich besteht zunächst einmal aus den Trägern formell mit gesellschaftlicher, also auf den Gesamtbereich der Gesellschaft bezogener Herrschaftsbefugnis ausgestatteter Positionen: Bundesregierung, höchste Beamte, Generalität, Bundestagspräsidium, Fraktionsvorstände und Ausschufsvorsitzende des Bundestages, Parteivorstände, Träger entsprechender Positionen in den Ländern, Oberste Bundesrichter (um die einschlägigen Positionen in der Bundesrepublik aufzuzählen⁹). Daneben muß aber jede Beschreibung der Machtelite formalistisch bleiben, die nicht auch die Führungskräfte der mächtigen Verbände und Lobbies — also der Unternehmerverbände und Gewerkschaften, der Flüchtlingsverbände, der Kirchen sowie von Fall zu Fall auch der Universitäten und kulturellen Organisationen, der Sportverbände, Frauenverbände usw. — einschließt. In diesem weiteren Sinne umfaßt die Machtelite dann alle jene, deren Positionen die Chance in sich tragen, Entscheidungen von Bedeutung für die gesamte Gesellschaft regelmäßig mitzubestimmen.

Im Hinblick auf viele Probleme ist die Machtelite gewiß die aufschlußreichste dieser drei Facetten der Spitzen der Gesellschaft; doch sollte man die soziale und politische Prägekraft von wirtschaftlichen und Prestige-Oberschichten auch dann nicht unterschätzen, wenn ihre Mitglieder nicht zugleich der Machtelite angehören. Für jedes der drei Aggregate lassen sich immerhin mit Gewinn jene

⁴) Es mag sein, daß andere Gesichtspunkte — Einkommen, Ausbildung, Macht — in Prestigeurteile Eingang finden; doch gibt es so etwas wie ein natives Prestigeurteil, zu dem jeder Mensch fähig ist und das daher einen Maßstab abzugeben vermag. Vgl. zur Kritik des Begriffes im übrigen noch immer den Aufsatz von A. F. Davies: „The Prestige of Occupations“, *British Journal of Sociology* III/2 (1952).

⁵) Hier sind für Deutschland vor allem die verschiedenen Veröffentlichungen von K. M. Holte (insbes. „Sozialer Aufstieg und Abstieg“, Stuttgart 1957) zu erwähnen. Vgl. jedoch auch die ganz anders angelegten und möglicherweise noch ergebnisreicheren Arbeiten von H. Moore u. G. Kleinig: „Das Bild der sozialen Wirklichkeit“ und „Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland“ in der *Kölnner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11/3 (1956) und 12/1 (1960).

⁶) Ganz unbeachtet geblieben sind in der Forschung bisher die „Prominenten“ von Theater und Film, Literatur und Kunst, aber auch Sport und Farnsehen. Im Grunde dürfte eine Analyse der Prestige-Oberschicht diese für die moderne Gesellschaft so wichtigen Gruppen nicht auslassen.

⁷) Mit Ausnahme der Bücher von K. Fritzscheit (vgl. Nr. 14 im Literaturverzeichnis am Schluß dieses Aufsatzes). Für ausländische Studien s. jedoch die Nrn. 1, 4, 6, 9, 10.

⁸) Nämlich seit dem einflußreichen Buch von C. Wright Mills: „The Power Elite“, New York 1956.

⁹) Einen detaillierten Katalog der Positionen formeller Autorität in der Bundesrepublik gibt L. Böinger: S. 81, S. 82 f. Hier sind die im folgenden erwähnten Vertreter politischer Interessengruppen eingeschlossen.

Fragen stellen, die ich in den folgenden drei Problembereichen zusammenfassen würde:

1. *Zirkulation der Eliten.* Machteliten, wirtschaftliche und Prestige-Oberschichten lassen sich unter dem Gesichtspunkt ihrer Flexibilität oder Starre untersuchen. Hier geht es vor allem um die Fluktuation, d. h. den Grad des Wechsels der Personen. Wie stark fluktuieren die Mitglieder des Bundeskabinetts, des Bundestages, des Bundesrates? Wie lange amtieren im Durchschnitt die Vorstände großer Aktiengesellschaften? Wir wissen aus der Geschichte, wie rasch Eliten mit geringer Zirkulation erstarren und umgekehrt, wie günstig eine ganze Gesellschaft (England) durch lebhaftige Zirkulation in ihren Führungsgruppen beeinflusst werden kann. Jedenfalls liegt hier ein wichtiger Gegenstand der Forschung¹⁰⁾.

2. *Soziale Herkunft der Eliten.* Dies ist die traditionelle soziologische Fragestellung zu unserem Thema; sie hängt offenkundig mit der Frage der Zirkulation eng zusammen. „Soziale Herkunft“ soll hier im weitesten Sinne der sozial relevanten Biographie der Mitglieder von Führungsgruppen verstanden werden: Beruf des Vaters, der Großeltern, der Eltern der Ehefrau; regionaler Ursprung; Größe und Charakter des Geburtsortes, der Ausbildungsstätten; konfessioneller Ursprung; berufliche Entwicklung; Reisen usw. Da gerade bei den Spitzen der Gesellschaft allgemeine („Wer ist wer?“ u. a.) und spezielle („Gelehrtenlexikon“, „Bundestagshandbuch“ u. a.) Veröffentlichungen über diese Fragen weitgehend Aufschluß zu geben vermögen, ist dies der am besten erforschte Problembereich¹¹⁾.

3. *Gesellschaftsbilder der Eliten.* Interessenlage, Einstellungen und Verhalten der Mitglieder sozialer Führungsgruppen lassen sich aus ihrer Herkunft zum Teil erschließen; doch bedürfen solche Schlüsse stets der Kontrolle durch Analysen des tatsächlichen Verhaltens an Hand publizierter Dokumente (Reden, Aufsätze) oder durch Befragungen. Obwohl man meinen könnte, daß dieser Bereich das eigentlich interessante Thema einer Soziologie der Führungsgruppen ausmacht, sind wir in Deutschland gerade hier fast durchweg auf Spekulationen angewiesen¹²⁾.

Niemand wird erwarten, daß die folgenden Randbemerkungen diese Themen im Hinblick auf die Eliten der Bundesrepublik erschöpfen. Sie sollen nicht mehr leisten, als auf Grund der vorliegenden Untersuchungen einige besonders amüsante oder aufschlußreiche Merkmale der drei Eliten in der Bundesrepublik andeutungsweise darzustellen. Diese Darstellung wird eingeleitet durch die kurze Erörterung einiger auffällig konstanter Züge deutscher Eliten und abgeschlossen durch einige Hinweise auf Wandlungen in ihrer Zusammensetzung und ihrem Verhalten.

II.

In seinen verschiedenen Studien der bundesdeutschen Machtelite vertritt Lewis J. Edinger eine bemerkenswerte These. Er verweist auf die politisch-theoretische Literatur, in der immer wieder die Erwartung zum Ausdruck kommt, daß beim Zusammenbruch totalitärer Staaten die totalitäre Elite durch eine unter ihrer Herrschaft zurückgedrängte Gegenelite abgelöst wird. Edinger gelangt zu dem Schluß, daß diese Theorie durch die deutsche Entwicklung nicht bestätigt

¹⁰⁾ Merkwürdigerweise ist das Problem der Zirkulation von Eliten, nachdem Pareto es eindringlich formuliert hatte, in der Forschung etwas zu kurz gekommen. Nur die Elite Studies des Hoover Institute in Stanford (wozu vgl. Nrn. 11 u. 12) haben auch diesen Aspekt ausdrücklich berücksichtigt.

¹¹⁾ Eine hervorragende vergleichende Sekundäranalyse solcher Untersuchungen aus vielen Ländern gibt D. R. Matthews: „The Social Background of Political Decision Makers“, Garden City, 1954. Diese Studie ist inzwischen allerdings weitgehend veraltet. — Im Übrigen bleibt trotz vieler Forschungen zu diesem Thema noch manches in der Untersuchung des sozialen Ursprunges von Eliten zu tun.

¹²⁾ Die wenigen Daten, die es gibt, sind, insoweit sie deutsche Verhältnisse betreffen, im Literaturverzeichnis aufgeführt und im folgenden berücksichtigt.

worden sei. Man könne von der gegenwärtigen Machtelite der Bundesrepublik¹³⁾ keineswegs behaupten, daß ihre Mitglieder während der Nazizeit einer unterdrückten Gegenelite zugehörten. Tatsächlich finde sich in den Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft ein erhebliches Maß an Kontinuität. „Zumindest im Falle Westdeutschlands erwies sich die These der Gegenelite als Mythos“ (5, S. 76)¹⁴⁾.

Im Hinblick auf die Machtelite wird dieses Resultat unten noch wieder aufzunehmen sein. Hier soll uns zunächst nur die allgemeine Feststellung einer Kontinuität in den deutschen Führungsgruppen beschäftigen, die in der Tat manches für sich hat. Was zunächst die Positionen angeht, deren Träger als solche eine soziale Vorzugsstellung genießen, so gilt in Deutschland heute wie schon vor zwei, vor vier und vor sechs Jahrzehnten, daß eine ungewöhnlich große Zahl von ihnen Beamtenpositionen sind. Die deutsche Oberschicht ist in vergleichsweise erstaunlichem Maße mittelbar oder unmittelbar mit den Einrichtungen des Staates verknüpft. Wenn man unter diesem Aspekt ein Kontinuum konstruieren wollte, das von den Vereinigten Staaten (mit vorzugsweise privaten Eliten) bis zur Sowjetunion (mit ausschließlich staatlichen Eliten) reicht, dann steht Deutschland auch heute noch der Sowjetunion näher als den USA. Nicht nur im politischen und militärischen Bereich, sondern im gesamten Rechtswesen (Staatsanwälte, Verwaltungsjuristen), in den Kirchen, im Bildungswesen und in einigen kulturellen Institutionen (Staatstheater u. ä.) sind bei uns die Führungsgruppen mehr oder minder direkt mit dem Staate verknüpft und von diesem abhängig. Nimmt man noch hinzu, daß dies auch in Teilen der Wirtschaft (Eisenbahnen, Versorgungsbetriebe, öffentliche Wirtschaft) gilt und daß in anderen Wirtschaftszweigen (Bergbau, Bankwesen) quasi-staatsbürokratische Sitten und Gebräuche vorherrschen, so wird deutlich, in wie starkem Maße die Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft durch die Einrichtungen des Staates bestimmt waren und sind¹⁵⁾. Es liegt nahe zu vermuten, daß diese zunächst bloß äußerliche Tatsache nicht ohne Folgen bleibt für das Verhalten der Träger von Elitepositionen.

Es gibt noch einen zweiten Aspekt, unter dem die Stabilität der deutschen Führungsgruppen auffällig und — im Vergleich zu anderen Ländern — erstaunlich ist, nämlich die soziale Herkunft im engeren Sinne der Schichtzugehörigkeit der Väter der Mitglieder der heutigen Führungsgruppen. Nimmt man die verstreuten Materialien, die uns zur Verfügung stehen, zusammen, so hat es den Anschein, daß weniger als 2 v. H. der Träger von Elitepositionen aus jenen Schichten der Gesellschaft stammen, die rund 40 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen¹⁶⁾. Diese Angabe ist einzuschränken im Hinblick auf Kirchenführer (wo der Anteil der sozial Aufgestiegenen, wenn man von der Spitze der Hierarchien absieht, höher ist), auf Bundestagsabgeordnete (insbesondere der SPD) und Gewerkschaftsführer (bei denen der Anteil mit rund 20 v. H. erheblich höher liegt). Im übrigen aber ist das eindeutigste soziale Merkmal deutscher Eliten heute wie vor Jahrzehnten, daß diese sich zum größeren Teil selbst aus einer schmalen Oberschicht und zum geringeren Teil aus den Kadern der nichtakademischen Beamtenschaft rekrutieren, während der Sohn des Industriearbeiters, aber auch des selbständigen Handwerkers und kleinen Geschäftsmannes wenig Aussicht hat, bis an die Spitze der deutschen Gesellschaft vorzudringen.

¹³⁾ Edingers Untersuchungen beziehen sich auf die Jahre 1834—1894; doch dürften seither zumindest unter diesem Gesichtspunkt keine wesentlichen Wandlungen eingetreten sein.

¹⁴⁾ Die erste Zahl der in Klammern gesetzten Seitenverweise bezieht sich hier und im folgenden stets auf die Nummer einer Veröffentlichung im Literaturverzeichnis am Schluß dieses Aufsatzes.

¹⁵⁾ Die Entwicklung der Bundesrepublik ist durch einen gewissen Wandel in Richtung auf eine stärkere Position privater Eliten gekennzeichnet; doch sind diesem Wandel durch bleibende Strukturen der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft enge Grenzen gezogen. Vgl. dazu meinen Aufsatz: „Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland“ in „Gesellschaft und Freiheit“, München 1961.

¹⁶⁾ Vgl. dazu vor allem 4, Tab. 9; 7, S. 138 und 15, Übers. 1 u. 2, S. 266 u. 270.

Zur Erklärung der überraschenden Kontinuität in der Zusammensetzung der deutschen Eliten verweist Edinger auf die Tatsache, daß für die Zugehörigkeit zu Führungsgruppen auch im politischen Bereich in Deutschland weniger die politische Überzeugung als das „know-how“, das Expertentum bzw. die Sachkenntnis, ausschlaggebend ist (vgl. 5, 6). Wenn diese Annahme richtig ist, dann erklärt sie zugleich die erstaunliche Herkunftsschichtung deutscher Eliten¹⁷⁾. Sachkenntnis erwirbt man sich in der modernen Gesellschaft vorzugsweise in den Bildungsinstitutionen. Diese aber sind in Deutschland bis auf den heutigen Tag durch die extreme Sozialschichtung ihrer Bevölkerung ausgezeichnet: Die Chance des Arbeiterkindes, auf die Universität zu kommen, ist in den USA etwa zehnmal und in England mehr als sechsmal so groß wie in der Bundesrepublik¹⁸⁾. Weil also die Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft sich (im Gegensatz etwa zur englischen Gesellschaft) weitgehend aus den Einrichtungen des höheren Bildungswesens rekrutieren, reproduzieren sie in ihrer Zusammensetzung die Sozialschichtung der höheren Schüler und Studenten. Das Bildungsprivileg bestimmter sozialer Schichten (insbesondere der Oberschicht und oberen Mittelschicht) und Gruppen (insbesondere der Beamten) hat also tiefgreifende Konsequenzen für die Zusammensetzung der Führungsgruppen.

Diese Aussage bedarf allerdings ihrerseits der Erklärung. Wie kommt es, daß es unter allen zivilisierten Ländern nur in der Bundesrepublik diese ausgeprägte Sozialschichtung der Bildungschancen noch gibt? Hier ist vor allem eine negative Antwort zur Klarstellung nötig: Der Grund liegt nicht in erster Linie im finanziellen Bereich, also etwa im Fehlen von Stipendien oder anderen staatlichen Zuschüssen oder in unzureichenden Realeinkommen. Mit nur geringer Übertreibung kann man sagen, daß sich in der Bundesrepublik jede Arbeiterfamilie das Universitätsstudium mindestens eines Kindes leisten kann. Das entscheidende Hemmnis liegt vielmehr darin, daß deutsche Arbeiter bis auf den heutigen Tag gar nicht auf den Gedanken kommen, ihre Kinder auf die Universität zu schicken. Zwischen der Kultur des durchschnittlichen Arbeiterhaushaltes und der Einrichtung der Universität liegen Welten — Welten des Mißtrauens, des gegenseitigen Ressentiments, vor allem aber der Unkenntnis. Der letzte Grund für die Sozialschichtung der Bildungschancen in Deutschland ist also die soziale Distanz der Institutionen der höheren Bildung von vielen Familien¹⁹⁾. Nur mittelbar läßt diese Distanz sich überbrücken: Der Sohn des Arbeiters, der Beamter des mittleren oder selbst des unteren Dienstes wird, kennt die höheren Bildungsinstitutionen und ihre „Segnungen“, d. h. den Wert der von ihnen verteilten Berechtigungsscheine, und versucht, seinen Kindern diese Segnungen zugänglich zu machen. Der Weg vom Arbeiterhaushalt zur Eliteposition führt in Deutschland also durch die Beamtenstellung und dauert nach wie vor zwei Generationen.

Die Erklärung der höchst unrepräsentativen Herkunftsschichtung der deutschen Führungsgruppen durch die soziale Distanz der Arbeiter von den Bildungsinstitutionen verweist jedoch zugleich auf die Konsequenzen dieser Herkunftsschichtung. Die soziale Distanz, die Unkenntnis der anderen Seite, ist nämlich durchaus

¹⁷⁾ Außerdem stimmt sie mit der großen Bedeutung des Beamtenstatus für die deutsche Oberschicht überein, wenn man bedenkt, daß Expertentum und Fachprüfungen typische Rollenerwartungen bürokratischer Positionen sind. Das Syndrom Beamtenüberschicht, Expertentum und fehlende politische Prägung ist sicher auch ein Schlüssel zur deutschen Sozialsstruktur.

¹⁸⁾ Vgl. zu diesem Schluß für Großbritannien J. Floud u. A. H. Halsey: „Social Class and Educational Opportunity“, London 1957; für die USA D. Wolfe: „America's Resources of Specialized Talent“, New York 1954; für die Bundesrepublik R. Dahrendorf: „Deutsche Richter“, Gesellschaft und Freiheit, München 1961.

¹⁹⁾ Dies ist das wichtigste Resultat einer von G. Goriely angeregten, unter meiner Mitwirkung an der Universität des Saarlandes durchgeführten Untersuchung. Vgl. dazu S. Korn: „Über die Einstellung von Arbeitern zum Studium“, Zeitschrift für Markt- und Meinungsforschung, Jg. 1, Heft 4.

²⁰⁾ Dies gilt, genauer gesagt, für Berufe von Industriearbeitern. Es gibt natürlich auch allgemein bekannte, weil sichtbare Arbeiterberufe — etwa des Bergwerbes —, die aus diesem Grunde von vielen fälschlich für „typisch“ gehalten werden.

gegenseitig. So wenig die meisten deutschen Arbeiter in der Lage sind, sich irgendeine Vorstellung von dem zu machen, was in einer Universität vor sich geht, so wenig können die meisten Mitglieder deutscher Eliten beispielsweise zehn Arbeiterberufe benennen oder in ihren Aufgaben beschreiben²⁰⁾. Was für die Kenntnis der Berufswelt des anderen gilt, gilt aber auch für die seiner Lebenssphäre überhaupt: In einem bestimmten Sinn ist die deutsche Gesellschaft noch immer eine halbierte Gesellschaft, in der die eine Hälfte nicht weiß, was die andere bewegt. Die Einstellung der deutschen Oberschicht zur deutschen Arbeiterschaft entspricht vielfach etwa der von Eltern zu ihren „halbstarken“ Kindern: Man versteht sie nicht recht, ist froh, wenn sie keine Unruhe stiften, befürchtet aber stets das Schlimmste und tut, wo immer möglich, so, als gäbe es sie nicht; man ist nicht Freund, aber man wagt auch nicht, offen Feind zu sein. Dieses ganz ungelöste Verhältnis ist das größte innere Problem der deutschen Gesellschaft; und wir täten gut daran, ihm offen zu begegnen, denn sonst kann gerade dieses Problem eines Tages unverhoffte Explosivität entwickeln. Doch es hat den Anschein, daß diesem Problem ernstlich nur begegnet werden kann, wenn die Politik den Weg der hier vorgeschlagenen Erklärungen zurückverfolgt: Die soziale Distanz zwischen oben und unten muß verringert werden; dies kann nur geschehen durch einen Abbau der Sozialschichtung der Bildungschancen; dieser wird seinerseits Veränderungen in der Zusammensetzung der Führungsgruppen zur Folge haben.

III.

Die bisherigen Bemerkungen gelten für alle Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft. Doch sind diesem sehr allgemeinen Bild für die einzelnen Aggregate bzw. die Führungsgruppen unter den einzelnen Aspekten hervorragender sozialer Position noch einige Farben hinzuzufügen. Die oben zitierte Analyse Edingers bezieht sich auf die Machtelite der Bundesrepublik in ihrem ganzen Umfang, d. h. unter Einschluß der namhaftesten Interessenvertreter. Für diese glaubt Edinger feststellen zu müssen, daß sie keineswegs aus einer Gegenelite des Nazireiches hervorgewachsen ist, sondern auf ganz undramatischem Wege in ihre heutige Stellung gelangte: „In der deutschen Bundesrepublik wurde die totalitäre Elite nicht von einer Gegenelite abgelöst, sondern von einer Koalition von Eliten, deren Mitglieder sich im wesentlichen aus den Gruppen jener Individuen rekrutierten, die weder starke und ständige Verfechter noch Gegner des totalitären Regimes waren“ (5, S. 76). Unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Vergangenheit ist die Machtelite der Bundesrepublik also — von einzelnen Gruppen abgesehen — ein weitgehend unbeschriebenes Blatt, eine Schicht von Fachleuten, die zumeist während der Nazizeit Spezialberufen nachgingen bzw. in der Ausbildung standen²¹⁾. In diesem Punkt unterscheidet sich die gegenwärtige Machtelite zudem nicht wesentlich von ihren totalitären, republikanischen und kaiserlichen Vorgängern. Doch ist dies nicht das einzige wichtige Merkmal der Machtelite der Bundesrepublik.

In ihrer Analyse des zweiten Bundeskabinetts kommen K. Deutsch und L. Edinger zu dem Schluß: „Es enthielt mehr bekennende Katholiken, mehr Mitglieder des Mittelstandes, mehr hoch ausgebildete Männer und weit mehr Vertreter des industriellen Westdeutschlands als das durchschnittliche Kabinett zwischen 1890 und 1945“ (4, S. 77). Dieser Schluß läßt sich mit gewissen Einschränkungen für die Machteliten der Bundesrepublik verallgemeinern. Dabei bezeich-

²⁰⁾ L. Edinger (S. 80) bringt eine höchst aufschlußreiche Übersicht über das Ausmaß politischer Verfolgung bei verschiedenen Gruppen der deutschen Oberschicht. Hier rangieren zwar die politischen Gruppen (in erster Linie die Bundestagsabgeordneten und Parteiführungen der SPD, aber auch der CDU) an der Spitze, doch steht die Exekutive erst an später Stelle.

net der stärkere Anteil des Mittelstandes eine geringfügige Öffnung der Macht elite nach unten im Sinne der sozialen Schichtung. Diese Öffnung wird im wesentlichen durch die wachsende Bedeutung der akademischen Ausbildung als Selektionsprinzip, daher das gestiegene Bildungsniveau, bewirkt. Wichtiger scheiner im gegenwärtigen Zusammenhang indes die beiden anderen von Deutscher und Edinger erwähnten Merkmale, also die Wandlungen in der konfessionellen und regionalen Zusammensetzung der Machtelite; denn beide sind vermutlich nicht ohne Konsequenzen für Einstellungen und Haltungen.

Was zunächst die konfessionelle Schichtung der Machtelite angeht, so ist deren Ermittlung für Vergangenheit und Gegenwart durch die Tatsache erschwert, daß bei vielen Personen hier keine Angabe vorliegt²²⁾. So ist den Angaben über den Anteil katholischer Mitglieder der Reichs- bzw. Bundeskabinette im folgenden stets der Anteil derer, für die keine Angaben zu ermitteln waren, hinzuzufügen. Unter dieser Einschränkung ergibt sich folgendes Bild: für das Kaiserreich 13,2 v. H. Katholiken (72,3 v. H. keine Angaben), für die Weimarer Republik 25,4 v. H. (31,1 v. H. k. A.), für das Hitler-Reich 9,1 v. H. (45,5 v. H. k. A.) und für das zweite Bundeskabinett 53 v. H. (6 v. H. k. A.)²³⁾. Selbst wenn man erhebliche Ungenauigkeiten hier in Rechnung stellt, kann kaum Zweifel daran bestehen, daß der Anteil der Katholiken an den Mitgliedern der Regierungen wesentlich stärker angestiegen ist als der des katholischen Bevölkerungsteils an der Gesamtbevölkerung (von etwa 33 v. H. im Jahre 1933 auf über 45 v. H. heute). Außerhalb der Bundesregierung ist der vergleichsweise stärkere Einfluß des katholischen Bevölkerungsteils besonders ausgeprägt in der CDU/CSU, im Bundestag sowie im diplomatischen und höheren Verwaltungsdienst (nicht jedoch in der Bundeswehr). Die wenigen statistischen Angaben, die hier vorliegen, bestätigen den allgemeinen Eindruck vieler politischer Beobachter.

Ein ähnlicher Wandel läßt sich im Hinblick auf die regionale Herkunft der deutschen Eliten beobachten. Obwohl auch dieser nicht überrascht, sind seine Ausmaße doch erstaunlich. Um noch einmal mit den Kabinetten (für die die vollständigen Angaben vorliegen) zu beginnen: 63,2 v. H. der Kabinettsmitglieder des Kaiserreiches stammten aus Mittel- und Ostdeutschland einschließlich Berlins; das gleiche gilt aber nur mehr für 34,6 v. H. der Kabinettsmitglieder der Weimarer Republik, 24,2 v. H. derer des Dritten Reiches und 29 v. H. derer der zweiten Bundesregierung. Während in der Weimarer Republik Mittel- und Ostdeutschland vor Westdeutschland und Süddeutschland immerhin noch die wichtigste Ursprungsregion war, nahm im Nazireich Süddeutschland (mit 33,4 v. H.) diesen Platz ein. Heute aber stammt die Hälfte aller Kabinettsmitglieder aus Westdeutschland, d. h. Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Von besonderer aktueller Bedeutung ist vielleicht eine weitere Aufgliederung: Aus Berlin stammten 17,1 v. H. der Kabinettsmitglieder im Kaiserreich, 11,5 v. H. in der Weimarer Republik, aber kein einziger im Dritten Reich und ebenfalls kein einziger im zweiten Bundeskabinett²⁴⁾. Auch diese Tendenzen des Wandels sind naturgemäß nicht ganz so ausgeprägt, wenn wir den Begriff der Machtelite in seinem vollen Umfang nehmen; immerhin gilt auch hier noch, daß der relativ höchste Anteil (34 v. H.) aus den erwähnten Ländern Westdeutschlands stammt und nur etwa ein Fünftel aller Träger von Führungspositionen in Berlin, Mittel- und Ostdeutschland beheimatet sind.

²²⁾ Für den Soziologen ist diese Tatsache zwar bedauerlich, doch wird man es als Staatsbürger begrüßen dürfen, daß die konfessionelle Zugehörigkeit von Menschen in Deutschland nicht ohne weiteres feststellbar ist.

²³⁾ Angaben nach Knight: 11, S. 29, sowie Deutsch und Edinger: 4, S. 135. Es wäre nicht uninteressant (wenngleich schwierig) zu spezifizieren, Mitglieder welcher Konfession zu den verschiedenen Zeiten am meisten Anteil hatten, ihre Religionszugehörigkeit zu verschweigen.

²⁴⁾ Angaben nach Knight: 11, S. 31, sowie Deutsch und Edinger: 4, S. 134.

Gerade angesichts der starken Annäherung der politischen Programme der beiden großen Parteien sei diesen wenigen Zahlen die Bemerkung angefügt, daß die Führungsgruppen von CDU/CSU und SPD unter den erwähnten wie auch anderen Aspekten der sozialen Herkunft verblüffend eindeutig gegenläufige Strukturen aufweisen. Während nahezu doppelt so viele CDU-Führer aus Westdeutschland stammen wie aus Mittel- und Ostdeutschland, sind beide Gruppen in der SPD-Führung etwa gleich groß; während mindestens zwei Drittel der CDU/CSU-Führer Katholiken sind, ist das Verhältnis bei der SPD eher umgekehrt; während 70 v. H. der CDU-Führer akademische Grade haben, gilt dies nur für 30 v. H. der SPD-Führer; während mindestens zwei Drittel der CDU-Führer im letzten Krieg beim Militär waren, haben mindestens zwei Drittel der SPD-Führer nicht gedient... Diese Liste von Kontrasten ließe sich fortsetzen und lohnte gründlicheres Bedenken²⁵⁾.

Es wäre leichtsinnig, aus statistischen Angaben wie den hier vorgelegten allzu weitgehende Schlüsse auf das Verhalten der Machtelite zu ziehen. Immerhin liegt die Vermutung nahe, daß die Wandlungen in der personellen Zusammensetzung der Machteliten Wandlungen ihrer Einstellungen bedingen. Dies gilt wahrscheinlich ebenso für die Grundfragen der deutschen Politik — Deutschlands Verhältnis zum Westen, Deutschlands militärische Entwicklung, die Wiedervereinigung — wie für Einzelprobleme der inneren Situation — Zentralismus und Föderalismus, Ehe- und Familiengesetzgebung, Schulprobleme usw. —. In all diesen Hinsichten ist die Tatsache sicher nicht zu unterschätzen, daß die Machtelite der Bundesrepublik in wichtigen Zügen von ihren historischen Vorgängern abweicht.

Diesen abweichenden Zügen ist eine nicht unwichtige Tatsache noch hinzuzufügen. Die neue Machtelite der Bundesrepublik — denn so darf sie wohl genannt werden — war bisher von außerordentlicher Stabilität. Vor einigen Jahren stellte M. Knight noch mit einem Unterton von Erstaunen und Ironie fest: „Der durchschnittliche Minister in der Hitlerzeit war mehr als sechseinhalb Jahre (79 Monate) im Amt“ (11, S. 14). In der Tat sind solche durchschnittlichen Amtszeiten in demokratischen Ländern ganz ungewöhnlich. Doch beträgt die Amtszeit der Minister der drei Bundesregierungen bis zur Wahl 1961 im Durchschnitt genau sechs Jahre und dokumentiert damit einen fast gefährlichen Mangel an Zirkulation, wie er sonst aus funktionierenden Demokratien nicht bekannt ist²⁶⁾. Es kann nur vermutet werden, daß auch andere Elemente der bundesdeutschen Machtelite eine ähnliche Stabilität aufweisen. Das würde bedeuten, daß sich in der Bundesrepublik nach 1945 (bzw. ausgeprägter nach 1949²⁷⁾) eine zuvor unbeschriebene Führungsschicht gebildet und rasch stabilisiert hat, die in vielem von ihren historischen Vorgängern abweicht — ihnen allerdings darin ähnelt, daß auch sie es nicht versteht, einen normalen Prozeß der Zirkulation zu entwickeln.

IV.

Die unbekannteste Führungsgruppe der deutschen Gesellschaft der Bundesrepublik ist die, die ihr zugleich mindestens äußerlich das Gepräge gibt: die wirtschaftliche Oberschicht, die als Schöpfer und Nutznießer des Wirtschaftswunders die neue Gesellschaft vor allem kennzeichnet. Außer den aufschluß-

²⁵⁾ Wenn die Attribute der sozialen Stellung von Personen für ihr Verhalten irgendeine Bedeutung haben, dann ist auf Grund dieser Tatsache klar, daß es bei aller offensichtlichen Ähnlichkeit der Programme nach wie vor wesentliche Haltungsunterschiede zwischen den Vertretern der beiden großen Parteien der Bundesrepublik geben muß.

²⁶⁾ Diese Angabe beruht auf eigenen Berechnungen. Sie wird übrigens auch durch die Zusammensetzung der vierten Bundesregierung nicht wesentlich korrigiert.

²⁷⁾ Eine gewisse Kontinuität besteht jedoch auch zwischen den ersten Landesregierungen nach 1945, dem Zweizonen-Wirtschaftsrat, dem Parlamentarischen Rat und dem ersten Bundestag bzw. der Bundesregierung. Gerade diese Zusammenhänge, die doch näheren Aufschluß über die Stufen der Ausbildung einer neuen deutschen Machtelite geben, sind noch weitgehend unerforscht.

reichen, aber unsystematischen Büchern von Pritzkoleit beschäftigen sich nur die (in nicht ganz leicht durchschaubarer Weise voneinander abhängigen) Veröffentlichungen von vier amerikanischen Sozialwissenschaftlern — G. A l m o n d, K. D e u t s c h und L. E d i n g e r, H. H a r t m a n n — mit der wirtschaftlichen Oberschicht der Bundesrepublik. Obwohl diese Studien sämtlich auf einer an sich methodisch glücklichen Verbindung von Befragungen mit der Auswertung sonst verfügbarer Materialien beruhen, lassen sie doch viele Fragen offen.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Oberschicht ist weder das Problem der Elitenzirkulation noch das der sozialen Herkunft von vordringlichem Interesse. Hartmanns Untersuchungen zeigen, daß deutsche Unternehmer sich in ihren äußeren Merkmalen nur wenig von denen anderer Länder mit einer ausgeprägten Privatwirtschaft unterscheiden: Auch in der Bundesrepublik sind die „Erben“ und die „Bürokraten“ gegenüber den eigentlichen „Unternehmern“²⁹⁾ im Vordringen. An die Stelle des eigentlich selbständigen Unternehmers tritt also in wachsendem Maße der angestellte Direktor oder Abteilungsleiter, der „Manager“. Da dieser sich seine Stellung nicht auf Grund von Eigentum oder Herkunft erwerben konnte, spielt zugleich die Ausbildung auch bei der Rekrutierung von Wirtschaftsführern eine wachsende Rolle. Der bevorzugte Weg in die wirtschaftliche Oberschicht führt durch das Studium der Ingenieurwissenschaften, der Jurisprudenz und in neuerer Zeit vor allem der Wirtschaftswissenschaften (vgl. 9). Der Übergang von einer unternehmerisch-kapitalistischen zu einer Managerschicht hat viele Wandlungen in der Einstellung und dem Verhalten der wirtschaftlichen Führungsgruppen mit sich gebracht, doch sind diese keine spezifisch deutsche Erscheinung.

Dagegen sind sich alle nichtmarxistischen Forscher darin einig, daß die wirtschaftliche Oberschicht Deutschlands sich historisch in entscheidenden Punkten von der anderer privatwirtschaftlich industrialisierender Länder unterschied. A l m o n d versucht diese Eigenart deutscher Unternehmer der Vergangenheit in fünf typischen Einstellungen zur Politik zu resümieren: 1. Die deutsche wirtschaftliche Oberschicht betrachtete politische Dinge mit dem Respekt dessen, der etwas außerhalb seiner Reichweite steht. 2. Sie erwartete vom über ihr stehenden Staat und seinen Trägern vorwiegend wohlwollende Förderung und soziale Anerkennung. 3. Zugleich waren ihr parlamentarische Institutionen höchst unheimlich. 4. Mit einem gewissen „Betriebsfanatismus“ konzentrierte sie sich auf den unmittelbaren Bereich der Wirtschaft. 5. Im internationalen Bereich vertrat sie eine militant-nationalistische Politik (vgl. 1, S. 196 f.).

A l m o n d kommt zu dem Schluß, daß die Nachkriegsentwicklung keine wesentlichen Änderungen in dieser Haltung mit sich gebracht habe. Er sieht die Kontinuität vor allem in der Tatsache, daß es deutschen Unternehmern auch heute noch an Sinn für „politische Teilnahme und Verantwortung“ fehle (vgl. 1, S. 238). D e u t s c h und E d i n g e r übernehmen diesen Schluß ohne Zusatz oder Korrektur (vgl. 4, S. 101). H a r t m a n n ergänzt ihn um die Feststellung, daß die Dominanz der wirtschaftlichen Oberschicht in der Bundesrepublik täusche, da diese auf dem politischen Markt mit anderen Interessen auf das schärfste konkurrieren müsse (vgl. 10, S. 248 ff.). Alle diese Autoren jedoch konzentrierten sich allzu stark auf die unmittelbare politische Teilnahme der wirtschaftlichen Oberschicht und übersehen dadurch wesentliche Wandlungen ihrer sozialen Stellung und Haltung, die sich dem Beobachter aufdrängen, wenn schon sie noch der gründlichen Erforschung harren.

Die erste dieser Beobachtungen ist, daß der Staat und vor allem die staatstragende Schicht, der die deutschen Unternehmer sich in der Vergangenheit beugten, heute

²⁹⁾ Ich entnehme diese Begriffe dem Buch von R. Bendix: „Herrschaft und Industriearbeit“, Frankfurt 1960.

nicht mehr existiert. Die wirtschaftliche Oberschicht ist selbst zur tonangebenden Schicht einer Gesellschaft geworden, in der niemand sich mehr guten Gewissens als „Oberschicht“ beschreibt. Das ist für die Betroffenen eine historisch neue Situation, und Hartmann zitiert mit Recht Belege dafür, daß Unternehmer selbst nach „Leitbildern“ suchen, da niemand anders sie ihnen mehr liefert (vgl. 10, S. 252). Doch ändert ihre eigene Unsicherheit nichts an der gesellschaftlichen Wirkung dieser wirtschaftlichen Oberschicht: Der (zu Unrecht) vielgeschmähte „Materialismus“ des Verhaltens vieler Bundesbürger, die Konzentration auf höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, protzigere Autos und weitere Ferienreisen ist ein Abbild des natürlichen Verhaltens einer wirtschaftlichen Oberschicht, die nicht durch eine über ihr stehende bürokratisch-militärische Elite gezügelt wird. Im alltäglichen Verhalten der Menschen in der Bundesrepublik wird also sichtbar, daß sich das Wertsystem oder zumindest der Stellenwert der wirtschaftlichen Oberschicht in der Bundesrepublik gegenüber früheren Epochen der deutschen Geschichte erheblich gewandelt hat.

Diese Wandlung findet nun aber durchaus auch im politischen Bereich ihren Ausdruck. Almond beschreibt die traditionelle Einstellung deutscher Unternehmer zur Politik als eine der Rückversicherungen ohne eigentliches Interesse an politischen Entscheidungen. Eine solche Haltung kennzeichnet jedoch heute allenfalls noch die etatistische Einstellung des Bergbaus (in der Unternehmer und Gewerkschaften sich treffen). Im übrigen aber ist die wirtschaftliche Oberschicht der Bundesrepublik auf einen sehr viel aggressiveren (wenngleich häufig indirekten, nämlich durch Verbände vermittelten) Einfluß auf politische Entscheidungen eingestellt: personelle Identität, einflußreiche Kontakte, wie die von Adenauer zu Pferdenges und Abs, Geldspenden an politische Parteien (und deren Sperrung) und das wirksame Mittel der Drohung aus der Ferne haben die Politik der Bundesrepublik in einem Maße geprägt, das wohl erst spätere Historiker ganz zu entwirren vermögen²⁹⁾. Allerdings würde ich Hartmann gegen Almond zustimmen, daß die wirtschaftliche Oberschicht als politische Vetogruppe mit zahlreichen anderen Gruppen konkurrieren mußte und muß, daß sie also nicht allein steht unter den außerparlamentarischen Kräften, deren Widerspiel sich heute in den personellen und sachlichen Entscheidungen der deutschen Politik niederschlägt.

Dies sind jedoch Vermutungen, denen das Merkmal der Ungesicherheit nur allzu sichtbar anhaftet. Das relative Gewicht von alten Namen und von Homines novi in der wirtschaftlichen Oberschicht, die typischen Einstellungen dieser Oberschicht, ihre direkten und indirekten Verbindungen zu den Entscheidungsinstanzen der deutschen Politik — diese und viele andere Fragen warten noch auf das Interesse der sozialwissenschaftlichen Forschung. Mag diese Forschung auch die These vom „Unternehmerstaat“ widerlegen, so wird sie doch wahrscheinlich die Vermutung bestätigen, daß die westdeutsche Gesellschaft weithin in das Licht ihrer wirtschaftlichen Oberschicht getaucht ist.

V.

Wenn es überhaupt einen Bereich gibt, an dem die Wandlungen der deutschen Gesellschaft in den letzten anderthalb Jahrzehnten scheinbar nahezu spurlos vorübergegangen sind, dann ist dies der Bereich der traditionellen Prestige-Ober-

²⁹⁾ Erst neueste Forschungen (der amerikanischen Historiker D. Landes und P. Stern) bringen Licht in das Dunkel des Verhältnisses zwischen Bismarck und Bleichröder, also die Beziehungen von Staat und Wirtschaft im Kaiserreich. Die einschlägigen Dokumente für die Bundesrepublik werden sicher erst in zwei Generationen Historikern zugänglich sein. Doch sind soziologische Untersuchungen zum Problem der Wechselbeziehungen von Staat und Wirtschaft auch heute schon möglich und sinnvoll.

schicht, also der Universitätslehrer, der Richter und Pfarrer, dann auch der „Akademiker“ allgemein. E d i n g e r stellt die auffälligste „Kontinuität zwischen totalitärem und nachtotalitärem Beruf und selbst Elitestatus“ für „die katholische Hierarchie und, in geringerem Maße, die protestantischen Bischöfe und die Bildungsführer“, also Universitätsprofessoren, fest (S. 68). Hier ist vor allem eine Tatsache gemeint, die in der Tat nachdenklich stimmt: Unter allen Eliten der Bundesrepublik verliefen nur bei den akademischen und kirchlichen Führungsgruppen Aufstieg und Karriere auch in den letzten Jahrzehnten relativ ungestört von den politischen Ereignissen²⁰). Das muß nicht heißen, daß diese Gruppen ihren Frieden mit dem Naziregime gemacht hatten, wenschon die Bemerkung von D e u t s c h und E d i n g e r über die Mitglieder der Rektorenkonferenz von 1956, daß „nicht eine Person in der akademischen Elite eine antinationalsozialistische Tätigkeit nachweist“ (4, S. 123), nachdenklich stimmt. Jedoch steht hinter solchen Kennzeichen der Prestige-Oberschicht auch die Tatsache, daß Kirchen und Universitäten während der Nazizeit teilweise Inseln der „inneren Emigration“, also des Rückzuges in eine zwar armselige, aber immerhin nicht nazistische Politikferne waren. Wie immer man indes die jüngere Geschichte der deutschen Prestige-Oberschicht interpretieren mag — sicher ist, daß sie sich in ihrem sozialen Ursprung und ihrer Zirkulation weniger gewandelt hat als die übrigen deutschen Eliten. Damit bleibt die Frage zu stellen, ob die Kontinuität der sozialen Situation auch eine Kontinuität der Haltung mit sich gebracht hat.

Der unpolitische Deutsche ist wohl immer in erster Linie der „gebildete“, nämlich mit einem akademischen Grad versehene Deutsche gewesen²¹). Insoweit dies der Fall war, lag die Reaktion des Rückzuges in die unpolitische Welt der Bildung bei den deutschen Universitäten während des Naziregimes durchaus auf der Linie einer einflußreichen Tradition der deutschen Intelligenz. Zugleich ist wahrscheinlich diese Tradition selbst einer der Gründe für das unvermindert hohe Prestige der akademischen Eliten: Wer sich nicht engagiert, kompromittiert sich nicht — und in diesem zweifelhaften Sinne sind nur die akademischen und Teile der kirchlichen Führungsgruppen von jedem Makel frei²²). Tatsächlich scheint eine solche Haltung des Nicht-Engagements auch heute noch viele deutsche Professoren zu bestimmen. Im Rahmen einer soziologischen Erhebung bei Hochschullehrern vor einigen Jahren kam die Rede auch auf den politischen Bildungsauftrag der Universität. Dabei waren zwar 59 v. H. der befragten Professoren der Meinung, daß sich Studenten mit politischen Problemen beschäftigen sollten (und 9 v. H., daß sie dies nicht tun sollten), aber nur 34 v. H. bejahten einen politischen Erziehungsauftrag der Universität als Institution, und nur 27 v. H. einen solchen Auftrag für den einzelnen Hochschullehrer (vgl. 2, S. 344). Natürlich verweisen solche Prozentangaben die vorhandene Vielfalt von Auffassungen und Gruppierungen. Zudem ist die Einstellung zum politischen Bildungsauftrag der Universität nur einer von vielen Aspekten des Gesellschaftsbildes der Prestige-Oberschicht. Immerhin, und trotz aller Wandlungen im Detail, spricht doch manches für den Anschein, daß der Kontinuität in den objektiven Aspekten der Soziallage der Prestige-Oberschicht zumindest bei den Älteren auch eine gewisse Kontinuität der Meinungen und Haltungen entspricht.

Die Einschränkung „bei den Älteren“ ist hier keine Floskel. Die aufschlußreiche

²⁰) Diese These ist natürlich eine Verallgemeinerung, von der einzelne Gruppen ausgenommen sind. Im übrigen sind viele akademische Karrieren durch Kriegsteilnahme und Gefangenschaft verzögert, unterbrochen oder abgebrochen worden. Doch unterscheidet sich die akademische Elite hier nicht von der übrigen Bevölkerung.

²¹) Vgl. dazu jetzt das wichtige Werk von F. Stern: „The Politics of Cultural Despair“, Berkeley 1961.

²²) In diesem negativen Faktum liegt wohl die Erklärung für das anscheinend außerordentliche Prestige deutscher Professoren: Wo Politiker und Militärs, Wirtschaftsführer und auch Richter sich diskreditiert haben, ist der Professor in den Augen vieler Deutscher von allem politischem Wandel unberührt und damit makellos geblieben.

Untersuchung über das Gesellschaftsbild deutscher Studenten (also der zukünftigen Prestige-Oberschicht der Bundesrepublik), die Habermas und Mitarbeiter vorgelegt haben, erlaubt für die Jüngeren einen etwas anderen Schluß. Bis zu einem gewissen Grade bestätigt diese Untersuchung zunächst die hier vorangestellte Vermutung einer für alle deutschen Eliten geltenden Halbierung der Gesellschaft sowie auch die Tendenz eines Rückzuges von der Politik zu dem, was Habermas die „inneren Werte“ nennt (wenngleich Studenten in dieser Hinsicht etwas besser abzuschneiden scheinen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung). Doch ist das auffälligste Resultat der Untersuchungen von Habermas die Unsicherheit der Studenten bei der Orientierung in der Gesellschaft. Vielfach fehlt es an Kategorien oder Ideen, um den eigenen Standort im sozialen Zusammenhang zu bestimmen. Habermas erklärt diese Unsicherheit (sicher mit einem gewissen Recht) vor allem durch zwei Faktoren: einmal durch die sehr allgemeine Tendenz eines „Zerfalls der Ideologien“, zum anderen durch die sehr spezielle „Aufstiegssituation“, die gerade Studenten zwingt, „die Kluft zwischen ihrer Herkunftsschicht und der, zu der sie durch ihre Ausbildung aufsteigen, zu überbrücken“ (7, S. 202, S. 203). Nun wäre immerhin denkbar, daß es zwischen diesen beiden Erklärungen noch etwas Drittes gibt, das das Gesellschaftsbild der Studenten bestimmt. Unter den veränderten Eliten der deutschen Gegenwart ist die Prestige-Oberschicht in gewissem Sinne ein Anachronismus. Ihre Haltungen und Orientierungen entstammen einer durch andere wirtschaftliche und politische Eliten geprägten Gesellschaft. Die Unsicherheit der heutigen Studentengeneration könnte daher zumindest teilweise darauf beruhen, daß diese Generation sich gegen ihre akademischen Lehrer ein eigenes, neues Verhältnis zur Gesellschaft sucht. Auch diese Vermutung bedarf allerdings gründlicher Prüfung.

VI.

Es ist tunlich, an diesem Punkt daran zu erinnern, daß es sich bei den in den letzten drei Abschnitten erörterten sozialen Gruppen in Wirklichkeit um Quasi-Gruppen, nämlich um abstrakte soziale Einheiten, handelt, die tatsächlich nur Aspekte des einen Phänomens der Oberschicht bezeichnen. Die Frage also, ob denn die Machtelite, die wirtschaftliche und die Prestige-Oberschicht der deutschen Gesellschaft der Gegenwart tatsächlich drei identifizierbare soziale Gruppen sind oder ob sie sich vielmehr weitgehend überlagern und eine einzige Gruppe bilden, bleibt noch zu stellen. Da die Antwort auf diese Frage zugleich eine Teilantwort auf die andere Frage nach den Chancen der deutschen Demokratie ist — wenn wir nämlich annehmen, daß eine in sich vielfältige Oberschicht Voraussetzung des Funktionierens der repräsentativen Institutionen sei —, mag man meinen, daß hier eine besonders wichtige Frage liege.

Nun liegt zunächst auf der Hand, daß jener Aspekt, den wir durch den Begriff der Prestige-Oberschicht beschrieben haben, zumindest dann keine eigene soziale Gruppe bezeichnet, wenn wir alle Akademiker in diese Kategorie einschließen. Es bezeichnet vielmehr die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, daß der Anteil der Akademiker in sämtlichen Elementen der Oberschicht — nicht nur (wenngleich besonders ausgeprägt) in Deutschland — stark anwächst. Für den wirtschaftlichen Bereich hat Hartmann dies in mehreren Studien eindringlich dargelegt (vgl. 8, 9, 10). Für die Machtelite gilt selbst in dem relativ weiten Umfang, den Deutsch und Edinger dieser Gruppe geben, daß weit über zwei Drittel ihrer Mitglieder in Deutschland gegenwärtig eine abgeschlossene akademische Ausbildung haben (4, S. 136). Vergleichszahlen für die Bildungsstruktur deutscher Reichskabinette in Kaiserreich, Weimarer Republik und Hitler-Reich legen

den Schluß nahe, daß auch hier der Anteil der akademisch Ausgebildeten ständig (und kontinuierlich!) angewachsen ist (vgl. 11, S. 36). Abgesehen von der relativ kleinen Gruppe der Hochschullehrer also gibt es ohne Zweifel mancherlei Überschneidungen zwischen der Prestige-Oberschicht und den wirtschaftlichen und politischen Eliten³³).

Doch ist in allen industriellen Gesellschaften das eigentlich brennende Problem das des Verhältnisses zwischen Machtelite und wirtschaftlicher Oberschicht. In meiner Studie „Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft“ habe ich die These entwickelt, daß in allen entwickelten Industrieländern eine Tendenz der institutionellen Isolierung der Industrie, d. h. der Trennung der Bereiche und Eliten von Politik und Wirtschaft, spürbar sei³⁴). Diese These ist vielfach bestritten worden³⁵). Es gibt noch aus jüngster Zeit soziologische Untersuchungen, die im Gegenteil eine zunehmende Verschmelzung von Wirtschaft und Staat feststellen zu müssen glauben³⁶). Auch für die Bundesrepublik wird immer wieder behauptet, sie sei ein „Unternehmerstaat“, d. h. ein Staat, in dem die wirtschaftliche Oberschicht gewissermaßen kraft ihrer Position schon einen sogar beherrschenden Teil der Machtelite bilde. Es ist nicht ganz leicht, diese Kontroverse verbindlich zu entscheiden. Ohne Zweifel gibt es vielfältige Wechselbeziehungen zwischen der wirtschaftlichen Oberschicht und der Machtelite der Bundesrepublik (und anderer Länder). Diese Wechselbeziehungen umfassen die ganze Skala von personeller Identität (z. B. Bundesminister, die zugleich Vorstände oder Aufsichtsräte privater Unternehmen sind) bis zu unausgesprochenen Drohungen (der antizipierten Reaktion der Geldgeber bei politischen Parteien). Aber bei der Bewertung dieser Wechselbeziehungen kann nicht eindringlich genug an Hartmanns Warnung erinnert werden, daß „Macht, die man ohne Rücksicht auf Konkurrenz und Einschränkungen betrachtet, wie monopolistische Macht aussieht“, obwohl sie tatsächlich nur eine von mehreren konkurrierenden Kräften darstellt (10, S. 248). Die wirtschaftliche Oberschicht ist heute in der Bundesrepublik und anderswo keineswegs die einzige Vetogruppe, die auf die Machtelite einwirkt. Vielmehr muß sie stets mit anderen, zuweilen unterlegenen, zuweilen aber auch überlegenen Gruppen konkurrieren: mit den Kirchen, mit den Verbrauchern, mit den Militärs, mit den Berufsverbänden und zuweilen sogar mit den Wählern und ihrer präsumptiven Reaktion auf politische Entscheidungen³⁷). Solche Konkurrenz ändert zwar wenig an der Tatsache, daß die beiden Quasigruppen der wirtschaftlichen Oberschicht und der Machtelite sich tatsächlich in der Bundesrepublik in nicht unerheblichem Maße überschneiden, nimmt jedoch diesen Überschneidungen die Ausschließlichkeit, die ihnen häufig fälschlich zugeschrieben wird.

Die hier vorgelegten Bemerkungen liefern kaum genug Material, um die Themafrage zu beantworten, ob die deutsche Gesellschaft der Bundesrepublik eine neue Oberschicht entwickelt hat. So ist zunächst nur eine vorsichtige und eingeschränkte Antwort möglich. Es hat den Anschein, daß die Oberschicht der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft manche Züge mit ihren historischen Vorgängern teilt (wie überhaupt die soziologische Analyse mehr Kontinuitäten in der deut-

³³) Hier ist natürlich auch zu berücksichtigen, daß die Kirchenführer kraft Amtes zur Machtelite im weiteren Sinne gehören. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob die Zahl der politisierenden Professoren in der Bundesrepublik größer ist als in früheren Phasen der deutschen Geschichte.

³⁴) Vgl. dazu vor allem die englische Version des Buches: „Class and Class Conflict in Industrial Society“, Stanford-London, 2. Aufl., 1961.

³⁵) In mehreren Rezensionen des Buches. Für eine zusammenhängende Kritik vgl. jetzt J. Rex: „Key Problems in Sociological Theory“, London 1961.

³⁶) Vor allem in dem oben (Anm. 8) erwähnten Werk von C. Wright Mills.

³⁷) Darüber hinaus wird auch die Interessenhomogenität der wirtschaftlichen Oberschicht vielfach überschätzt. Es gibt erhebliche Unterschiede in den Interessenlagen und Auffassungen der Vertreter verschiedener Wirtschaftszweige, verschiedener Betriebsgrößen, verschiedener Eigentumsformen.

schen Geschichte enthüllt als die rein politische Entwicklung vermuten ließe). Trotz ihrer Radikalität lassen sich die Wandlungen auf Grund des Zusammenbruches von 1945 also nicht als revolutionär beschreiben. Andererseits enthalten die politischen und auch die wirtschaftlichen Eliten der Bundesrepublik nicht unwesentliche neue Elemente — selbst wenn sie nicht jene Gegenelite bilden, die die politische Theorie in nachtotalitären Gesellschaften vermuten läßt. Entscheidend ist jedoch wahrscheinlich weder der Anschein der Kontinuität noch der des Wandels in der Zusammensetzung und den Einstellungen der deutschen Oberschicht. Vielmehr gibt letzten Endes der Wandel im sozialen Kontext dieser Oberschicht den Ausschlag. Die Gesellschaft der Bundesrepublik unterscheidet sich nicht nur in ihren Grenzen, sondern auch in ihren Werten, Institutionen und Kräfteverhältnissen von der deutschen Gesellschaft der Vergangenheit. In dieser neuen Konstellation könnte auch eine unveränderte Oberschicht nicht die gleiche soziale Wirkung wie in der Vergangenheit entfalten. Die Frage an die Zukunft ist also weniger, ob wir eine neue Oberschicht haben, sondern in welchem Maße und zu welchen Zielen hin die politische, wirtschaftliche und akademische Oberschicht diese neue deutsche Gesellschaft zu prägen vermag. Diese Frage aber ist nicht nur für die Wissenschaft eine ganz offene Frage.

Literatur

- 1) G. Almond: „The Politics of German Business“. In: *West German Leadership and Foreign Policy*, hg. von H. Speier u. W. P. Davison, Evanston 1957.
- 2) H. Anger: „Probleme der deutschen Univerzität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten“, Tübingen 1960.
- 3) J. F. V. Danke: „Die freien Berufe“, Stuttgart 1946.
- 4) K. W. Deutsch u. L. J. Edinger: „Germany Rejoins the Powers. Mass Opinion, Interest Groups, and Elites in Contemporary German Foreign Policy“, Stanford 1950.
- 5) L. J. Edinger: „Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic“. *American Political Science Review* LIV/1 (1960).
- 6) L. J. Edinger: „Continuity and Change in the Background of German Decision-Makers“. *The Western Political Quarterly* XIV/1,1 (1961).
- 7) J. Habermas, L. Friedeburg, Ch. Oehler, F. Weltz: „Student und Politik“, Neuwied 1961.
- 8) H. Hartmann: „Unternehmer-Ausbildung. Die Rolle der deutschen Hochschulen“, München 1958.
- 9) H. Hartmann: „Der zahlenmäßige Beitrag der deutschen Hochschulen zur Gruppe der industriellen Führungskräfte“. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 112/1 (1956).
- 10) H. Harbmann: „Authority and Organization in German Management“, Princeton 1959.
- 11) M. E. Knight: „The German Executive 1890—1933“, Stanford 1952.
- 12) D. Lerner: „The Nazi Elite“, Stanford 1951.
- 13) H. Plesner (Hg.): „Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer“, Göttingen 1956.
- 14) K. Pritzkeleit: „Die neuen Herren. Die Mächtigen in Staat und Wirtschaft“, München 1955.
- 15) W. Richter u. R. Dahrendorf: „Deutsche Richter. Zwei Beiträge zur empirischen Untersuchung der Herkunft und sozialen Stellung der Richter der Oberlandesgerichte der Bundesrepublik“. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 5. Jahr (1960).

DER UTILITARISMUS IM DENKEN DER CDU

Wenn die CDU/CSU seit langem der SPD eine materialistische Grundhaltung beizulegen trachtet, indem sie auf die marxistischen Anfänge der sozialistischen Parteien Bezug nimmt, leistet sie sich einen bösen Bluff; denn sie geißelt mit dem, was man unter dem marxistischen Materialismus zu verstehen hat, eine Einstellung, der sie im Verlauf ihrer relativ kurzen Geschichte näher stand als die SPD seit 1945.

Wenn man hier falsch gesetzte Akzente zurechtrücken will, ist es unumgänglich, einige methodische Probleme anzusprechen und sich Klarheit über gängige, aber recht verschwommen gebrauchte Begriffe zu verschaffen. Daß die CDU mit ihren Behauptungen selbst bei — wie es scheint — recht kritischen Leuten Glauben finden konnte, liegt auch an dem heillosen Begriffswirrwarr, der aus der unerhört vielfältigen, aber vom Methodischen her nicht immer glücklichen Beschäftigung mit der Lehre von Marx entstanden ist.

Es ist ja verwunderlich, wieviel einander widersprechende Darlegungen für sich in Anspruch nehmen, das Wesen des Marxismus erfaßt zu haben. Die methodischen Fehler, die dieses Ergebnis ermöglicht haben, lassen sich auf einen Generalnennen bringen: Man hat Marx ausgelegt, statt seine Anschauungen zu beschreiben. Die Terminologie, ja überhaupt alle rein verbalen Äußerungen eines Denkers dürfen aber nur daraufhin untersucht werden, was sie gemeint haben, nicht aber auf das, was sie bedeuten könnten.

Wenn man in dieser Weise den Inhalt in den Vordergrund stellt, ist auch die praktische Verwertbarkeit der zusammengefaßten Ergebnisse, also der Abstraktionen aus den Beschreibungen, gewährleistet. Erst wenn man sich von der Terminologie eines Denkers gelöst hat, kann seine Meinung mit den Aussagen anderer verglichen werden.

Der Utilitarismus bei Marx

Wenn man in diesem Sinne an Marx herangeht und sich unter Verzicht auf seine Terminologie vergegenwärtigt, was er eigentlich inhaltlich gemeint hat, kommt man zu dem manchmal überraschenden Ergebnis, daß sein Materialismus etwas anderes meint, als man üblicherweise darunter versteht. Ich lasse mich bei der Beschreibung dieses „Materialismus“ von Walter Theimer leiten, der in seinen verschiedenen Werken die wesentlichen Marx'schen Aussagen sehr klar herausgearbeitet hat¹⁾.

¹⁾ W. Theimer: „Geschichte der politischen Ideen“, Bern 1955. Beim besten Willen kann ich nicht sagen, ob mich ein anderes Werk von Theimer („Der Marxismus“, Bern 1956), das ich vor etwa fünf Jahren gelesen habe, unbewußt beeinflusst hat.

Der ökonomische Materialismus von Marx fußt auf drei Prämissen; sie lauten:

1. Der Mensch ist vernünftig.

Wenn Theimer hierzu noch den Satz nimmt: „Die Geschichte verläuft vernünftig“, bezeichnet er damit eine Aussage, die den Marx'schen historischen Determinismus spezifiziert. Immerhin ist das Nennen in einem Atemzug dadurch gerechtfertigt, daß beide Sätze die für das 19. Jahrhundert so typische rationalistische Komponente des ökonomischen Materialismus meinen.

2. Der bekannte Satz „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ kehrt mit Feuerbach den Hegelschen Idealismus um. Es ist der eigentliche materialistische Satz.

3. Den Feuerbach'schen Materialismus engt Marx dadurch ein, daß er als das eigentliche Sein des Menschen seinen wirtschaftlichen Status ansieht; etwa in dem Sinn: Die Welt stellt sich für den Menschen so dar, wie es seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht.

Von hier ab sind die Folgerungen Marx's schlüssig: Die Vernunft des Menschen ist ökonomisch; das bedeutet für sein Denken: Der Mensch kann seinen wirtschaftlichen Vorteil immer erkennen. Das bedeutet für seine Motive: Alle Strebungen des Menschen lassen sich auf sein Nützlichkeitsstreben zurückführen. Das bedeutet für sein Handeln: Der Mensch ist fähig, alles für seinen wirtschaftlichen Vorteil Mögliche zu tun. Kurzum: Der Mensch ist ein ökonomisches Wesen.

Hieran knüpft Marx's historischer Determinismus an. Eigentlich müßte der Politiker gar nichts tun; er müßte nur die ökonomische Vernunft des Menschen walten lassen, die dann von selbst dafür sorgen würde, daß, dem jeweiligen wirtschaftlichen Status entsprechend, die bestmöglichen Verhältnisse für die meisten Menschen erreicht werden²⁾.

Man muß Theimer recht geben, der meines Wissens die offensichtliche Analogie zu den Utilitaristen entdeckt hat, wenn er feststellt, daß man den ökonomischen Materialismus eigentlich als eine Art des Utilitarismus bezeichnen müßte. Auf eine kurze Formel gebracht, sagt der Utilitarismus eben das aus: Das Nützlichkeitsstreben des Menschen regelt automatisch das soziale Leben in bestmöglicher Weise.

Vielleicht geht es manchem Leser wie mir: Sobald ich derartige utilitaristische Gedankengänge formuliere, meine ich, sie seien doch gar nicht so unrichtig. Das ist möglicherweise ein Hinweis darauf, daß wir uns von den im 19. Jahrhundert gültigen Prämissen noch gar nicht so weit gelöst haben, wie wir wähnen; es könnte aber auch bedeuten, daß es ganz speziell Marx war, der unser Denken allenthalben bis heute unterschwellig beeinflusst. Tatsächlich sind die Aussagen des Utilitarismus falsch. Man kommt zu diesem Ergebnis, wenn man seine Prämissen auf ihre Haltbarkeit überprüft; noch unmittelbarer wirkt der Beweis, wenn man seine Ergebnisse empirisch kontrolliert.

Das Bewußtsein Marx's muß durch das Bestreben, sein System auf jeden Fall schlüssig sein zu lassen, schon sehr stark eingeengt gewesen sein; sonst hätten ihm seine historischen Betrachtungen zeigen müssen, daß seine Thesen unhaltbar sind. Es gibt einen deutlichen Hinweis auf seine Voreingenommenheit: daß er im Gegenteil die Geschichte sogar noch zum Beweis seiner Thesen heranzog. All die Kriege, die nur um des Prestiges willen geführt worden sind, die blühende Staaten in den Bankrott geführt haben, die immer wieder zutage tretende Bereitschaft andererseits, um der Bequemlichkeit willen selbst auf unabdingbare wirtschaftliche Maßnahmen zu verzichten, haben mit wirtschaftlicher Vernunft aber bestimmt nicht viel zu tun

²⁾ Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß man gerade bei Marx von vielen Widersprüchen abstrahieren muß.

Vielleicht war es Marxens Mißgeschick, daß ihm damals die Erkenntnisse der Tiefenpsychologie noch nicht zur Verfügung standen. Eines ihrer Anwendungsgebiete, die Werbungswissenschaft, zeigt es deutlich: Geltungsbedürfnis und Gewohnheiten etwa, rational unbegründbare Abneigungen und Vorlieben bringen den Menschen oft genug von den Erwägungen seines wirtschaftlichen Vorteils ab. Der Mensch ist eben kein ökonomisches Wesen.

Aber er ist, von den Fähigkeiten zur Selbstbehauptung her gesehen, nicht nur weniger als ein ökonomisches Wesen, sondern in bezug auf seine Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung auch viel mehr: Freiheitsstreben und soziale Antriebe, Bedürfnis nach Schönheit und Verlangen nach Wahrheit — darüber ist die Psychologie sich heute klar — sind ebensolche Realitäten wie das Besitzstreben. Man muß zum Beweis gar nicht das Beispiel von den Protestanten anführen, die während der Gegenreformation in Frankreich und in den österreichischen Ländern Hab und Gut um ihres Glaubens willen im Stich ließen. Die heutige Zeit führt uns deutlich genug vor Augen, wie oft etwa Menschen ihre wirtschaftliche Existenz um der Freiheit willen aufgeben.

Wiederum zeigt die praktische Politik der SPD, daß sie längst von den utilitaristischen Anschauungen Marxens abgegangen ist. Als Beweis dafür muß man nicht erst das Godesberger Programm bemühen. Bernstein stellte schon vor 1900 die staatsbürgerlichen Freiheiten über wirtschaftliche Postulate, und die SPD erkannte im ersten Weltkrieg die Vaterlandsliebe als eine ebenso unbestreitbare Realität wie etwa das Klassenbewußtsein an.

Um das Menschenbild der CDU

Auch der CDU wird — bei aller Wohlstandspropaganda — kein vernünftiger Mensch eine nur utilitaristische Grundhaltung zu unterschleiben trachten. Aber während die Stellung der SPD zum Utilitarismus heute eindeutig negativ ist, verhält sich die CDU dazu ambivalent. Die Ursachen dafür, weshalb sie hier einmal nicht auf eine klare Stellungnahme festzulegen ist, auf der anderen Seite aber sich für den Utilitarismus doch recht anfällig zeigt, lassen sich herausfinden, wenn man sich klarmacht, was eine Stellungnahme zum Utilitarismus eigentlich voraussetzt.

Die Frage nach dem Utilitarismus in einer Partei ist die Frage nach ihrem Menschenbild. Diese Einordnung freilich genügt nicht, denn im üblichen Sprachgebrauch versteht man unter Menschenbild zweierlei: Einmal bezieht sich dieser Begriff auf das Sosein des Menschen, das andere Mal darauf, wie der Mensch sein sollte. Die Definition muß einmal lauten: Das Menschenbild ist das Wissen um die Art des Menschen; das andere Mal: Das Menschenbild ist die Vorstellung von dem, was man aus dem Menschen auf Grund bestimmter Wertanschauungen machen kann.

Wenn man sich die Wirkungen eines Menschenbildes in der Politik klarmacht, wird man das Dilemma der CDU verstehen.

1. Einer wirklich demokratischen Partei, das sei nur am Rande vermerkt, würde es genügen, sich an einem Menschenbild des Soseins zu orientieren; ob dieses Menschenbild nun wirklich formuliert ist oder nur als Leitvorstellung eine durchgehende Linie der Politik ermöglicht, ist dann von zweitrangiger Bedeutung.
2. Selbst ein Menschenbild des Seinsollens, das in einem verschwommenen Sinn auch der CDU vorschwebt, wird sich immer auf ein Menschenbild des Soseins beziehen müssen.
3. In eine ausweglose Situation, in einen Zustand der Richtungslosigkeit verfällt eine Partei, wenn sich eine Übereinstimmung zwischen ihren beiden Men-

schenbildern nicht mehr herstellen läßt. Bei aller Sympathie für eine pragmatische Politik: Wenn man in dieser Situation als Leitvorstellung eine Politik des Pragmatismus postuliert wie die CDU, ist das nur eine Verschleierung dieses Zustandes.

Auch in der CDU scheint man sich allerdings darüber klar zu werden, daß eine „christliche Politik“ in einer Gesellschaft betrieben werden muß, deren christlicher Charakter nur „fiktiv“ ist. Das entnehme ich einem Aufsatz eines CDU-Bundestagsabgeordneten³⁾; es heißt dort: Die Nichtchristen, die die CDU wählen, würden von einer christlichen Politik eben „andere“ Vorteile erwarten. In schöner Offenheit wird zugegeben, wie wenig Wunsch und Wirklichkeit in den Menschenbildern der CDU übereinstimmen.

Man mag es bedauern, daß die heutige Gesellschaft nicht mehr christlich ist. Es ist jedenfalls ein Unsinn, dann eine Politik, noch dazu in einem demokratischen Staat, nach nur „christlichen“ Gesichtspunkten treiben zu wollen, weil das Menschenbild des Soseins und das Menschenbild des Seinsollens unverknüpfbar auseinanderklaffen; an die Möglichkeit, Staatsbürger wieder christlich machen zu können, was allein eine Rechtfertigung bedeuten könnte, glaubt man in der CDU selber nicht. Die Überlegung, daß das Christentum durch die Verquickung mit der Politik Schaden leidet, ist da schon eher begründet. Uns genügt hier die Feststellung, daß eine Partei, bei der Wunschvorstellungen und Realität so stark divergieren, nicht imstande ist, vor allem für die Innenpolitik eine einheitliche Zielvorstellung zu entwickeln.

Aber nicht nur zwischen der CDU und der Gesellschaft, die sie regieren möchte, besteht eine Diskrepanz. Auch innerparteilich wird die CDU niemals zu einem einheitlichen Menschenbild kommen können. Den Theologen z. B. möchte man sehen, der es fertig brächte, ein Menschenbild zu formulieren, das die wesentlichen Inhalte des evangelischen und des katholischen Menschenbildes enthielte. Der Ausweg liegt nah und wurde von der CDU gewählt: Man verzichtet darauf, sich hierüber Klarheit zu verschaffen und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen; so kommt man freilich nicht zu Grundsätzen, hat es aber wenigstens leicht, über Grundsatzdiskussionen anderer den Kopf zu schütteln.

Der Utilitarismus in der CDU

Über das Menschenbild der CDU lassen sich also keine allgemeingültigen Aussagen machen. Wenn man deshalb dem Utilitarismus im Denken der CDU nachgeht, hat man ihn bei einem Teil ihrer Politiker zu suchen und wird man ihn in einem Teil der politischen Äußerungen der CDU feststellen können. Immerhin ist er hier auffällig genug.

Genau die gleiche utilitaristische Prämisse, auf der Marx aufbaut, ist z. B. auch der Ausgangspunkt für die altliberale Wirtschaftskonzeption des „laissez-faire“. Marx befürwortet im Grunde genommen ja auch den „laissez-faire“-Standpunkt. Was ihn und die Liberalen unterscheidet, ist die Tatsache, daß beide Richtungen sich vom gleichen Mechanismus entsprechend ihren Wunschvorstellungen verschiedene Ergebnisse erwarteten. Marx erhoffte die Diktatur des Proletariats als Überleitung zur bestmöglichen Lebensform, die Liberalen einen Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise als der damals schon bestmöglichen Lebensform. Der Druck der wirtschaftlichen Bedürfnisse sollte als selbsttätiger Regulator beides schaffen.

In dem Maße, in dem sich die CDU von der Konzeption der Volkspartei, deren

³⁾ Der Aufsatz mit dem Titel „Wie soll (oder muß) es weitergehen?“ steht in: Die politische Meinung, Heft 52, Juli-Nr. Der Verfasser, ein MdB, der sich als Filialbankier bezeichnet, verzichtet darauf, seinen Namen zu nennen; ist übrigens wohlwollend kritisch und objektiv.

Ziele sich im Ahlener Programm manifestierten, fortentwickelte zur rechtsbürgerlichen Partei mit betont „liberaler“ Wirtschaftspolitik, machte sie sich die Grundzüge der liberal-utilitaristischen Anschauung zu eigen. So wie Marx durch Bernstein revidiert wurde, ist der altliberale Bentham freilich im Laufe der Zeit durch die späteren Liberalen kritisiert und modifiziert worden. Es ist heute klar, daß ein Sichttreibenlassen ebensowenig wie Zwang in der Wirtschaft und erst recht nicht in den übrigen Lebensbereichen die bestmöglichen Ergebnisse erzielen. Entscheidend ist hier das Setzen der Akzente, und da ist deutlich: Während man sich in der SPD darüber Gedanken macht, wie man die wirtschaftliche Vernunft des Menschen in bestmöglichem Maß sich auswirken lassen kann, ohne der wirtschaftlichen Unvernunft allzuviel Spielraum zu geben, ging man in der CDU von dem manischen Optimismus aus, der für das 19. Jahrhundert so typisch war und den Utilitarismus überhaupt erst möglich gemacht hat. Nun kann man natürlich das, was die CDU soziale Marktwirtschaft nennt, nicht mehr als liberale Wirtschaft bezeichnen. Interessant ist, daß aus dem Vorsatz, mit einem Mindestmaß von staatlichen Maßnahmen auszukommen, ganz allmählich eine Steuerpolitik geworden ist. Bezeichnend für die Haltung, für den Glauben, die hinter dieser Politik stehen, ist jedoch die Tatsache, daß die CDU selber diese Politik immer als liberal bezeichnet wissen will. Es entgeht ihrer Aufmerksamkeit, daß sie dabei notwendigerweise von utilitaristischen Vorstellungen ausgeht, deren Widerspruch zu anderen christlich-demokratischen Auffassungen nur deshalb nicht zutage tritt, weil man sich die innere Auseinandersetzung versagt.

Jeder, der Sinn für die Tragik menschlicher Schicksale hat, wird Mitleid mit Ludwig Erhard empfinden. Nicht nur, weil der idealistische Wirtschaftler von dem „Realisten“ Adenauer an die Wand gedrückt worden ist; viel trauriger ist das Ergebnis in seinem ureigenen Fachgebiet: Eine Konzeption, die von einem sympathischen Glauben an die allumfassende wirtschaftliche Vernunft getragen war, ist durch die Praxis widerlegt worden. Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen des imponierenden deutschen Wirtschaftswunders zu untersuchen. Sicher ist, daß es nicht das Ergebnis der wirtschaftlichen Vernunft des Menschen ist. Wie sehr es an dieser fehlt, wird heute offenkundig. Wenn Erhard immer wieder vor Maßlosigkeiten warnen muß, ficht er einen verzweifelten Kampf aus gegen die Geister, die er selbst gerufen hat. Die Erklärung für das Dilemma ist einfach: Hemmungsloser Egoismus hat immer die Tendenz zur Unvernunft.

Daß die utilitaristischen Überzeugungen der CDU keineswegs oberflächlicher Art sind, sondern tiefer sitzen, zeigt sich an den stillschweigenden Voraussetzungen, von denen aus die CDU ihre Gesetzentwürfe formuliert. Wenn es richtig wäre, daß alles menschliche Handeln auf das Nützlichkeitsstreben zurückzuführen ist, hätte beispielsweise das Gesetz über die Mietbeihilfen nicht zum Mißerfolg werden dürfen. Prestigebedürfnis und Bequemlichkeit haben verhindert, daß die Mietbeihilfen in Anspruch genommen wurden. Daß von den Möglichkeiten des Grünen Planes diejenigen, denen er zugeordnet war, sehr oft keinen Gebrauch machen, weist in die gleiche Richtung.

Am deutlichsten werden die falschen Voraussetzungen am Gesetz über die Privatisierung des VW-Werkes. Das schlaue Geschäftemacher hier viele Träger kleiner Einkommen übervorteilen konnten und daß viele der Berechtigten ihre Chance nicht wahrten, war ein Mißerfolg. Man unterstelle einmal, daß die CDU tatsächlich soziale und nicht wahlpropagandistische Ziele dabei verfolgt hat: dann ist das Ergebnis enttäuschend. Die Ziele der CDU konnten deshalb nicht erreicht werden, weil Nützlichkeitsstreben und wirtschaftliches Denken bei einem Teil der Menschen viel stärker angelegt sind als bei anderen, weil die ökonomische Veranlagung eben nur eine neben anderen ist.

Eine Unterlassung der CDU spricht für sich: Die Vernachlässigung der Wissenschaftsförderung insbesondere dort, wo es um die nicht unmittelbar „praktischen“ Wissenschaften ging, läßt vermuten, daß man im Geistigen keinen eigentlichen Wert erblickt oder ihm doch aber einen minderen Wert beimißt. Utilitaristische Vorstellungen haben hier mitgespielt.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auf die besonders bedenkliche Seite des Utilitarismus einzugehen, wie er sich in der CDU darstellt. Ganz wie Marx ist man in dieser Partei immer geneigt, die ökonomischen Fähigkeiten des Menschen zu überschätzen, seine moralischen Qualitäten aber — von unserem Wertsystem aus — zu unterschätzen. Der Stil ihrer Wahlkämpfe mit dem Appell an Wohlstands- und Sicherheitsdenken (womit ja wohl immer zuerst an die Wahrung des wirtschaftlichen Status gedacht war) verrät viel. Mehr noch wird dadurch offenkundig, daß die CDU den angeborenen Sinn für Fairneß im Menschen so unterschätzt hat, daß sie von ihren Verleumdungskampagnen nichts befürchten zu müssen glaubte.

Schlußfolgerungen

Sowenig man der SPD trotz des leider sehr lange gebrauchten marxistischen Vokabulars nachweisen kann, daß sie marxistisch sei, sowenig ist zu erwarten, daß der Utilitarismus zum allein herrschenden Standpunkt in der CDU wird. Das eine aber dürfte klar sein: Wenn entschieden werden müßte, welche der beiden großen deutschen Parteien eher zum Utilitarismus neigt, würde man immer auf die CDU hinweisen dürfen. Man kann noch weiter gehen: Die praktische Politik und die propagandistischen Äußerungen lassen vermuten, daß ein großer Teil der Politiker der CDU sich stets, ohne das nachzuprüfen, von einem utilitaristischen Menschenbild leiten läßt.

Für die SPD ist diese Feststellung ein Hinweis darauf, daß sie es nicht nötig hat, sich auf ihre Vergangenheit festlegen zu lassen. Wenn sie gängig gewordene Schlagwörter auf ihren Inhalt hin prüft, wenn sie nach dem Menschenbild der CDU fragt und nach den Kriterien, mit denen diese Partei die Vergangenheit betrachtet, wird sie es bestimmt im wissenschaftlichen Bereich, wahrscheinlich auch im propagandistischen Raum erreichen können, daß die CDU auf ihre unaufrichtige Taktik verzichten muß. Wer selbst im Glashaus sitzt, wird nicht mehr mit Steinen werfen, wenn sich der andere sowieso im Freien bewegen kann. Jede Diskussion über Marx wird ergeben, daß dieser dynamisch-dämonische Denker — ob seine Ansichten nun falsch oder richtig waren — die nachfolgende Zeit stark beeinflußt hat; die Grenzen des Einflusses der Ideen, auf die er sich gestützt hat, verlaufen nicht parallel zu den Grenzen, die die Anhängerschaft der beiden großen Parteien in der Bundesrepublik voneinander trennen. Die SPD hat sich sehr lange auf seine Terminologie gestützt, aber weiten Kreisen der politischen Rechten ist der Inhalt seiner Darlegungen schon so selbstverständlich geworden, daß er nicht mehr als fremd und schon gar nicht mehr als marxistisch erkannt wird.

FÖDERALISMUS ODER SELBSTVERWALTUNG?

Solange Demokratie mit Volkssouveränität und Gleichheit aller Staatsbürger identifiziert wird, kann das demokratische Prinzip — wenn es nicht nur im Hinblick auf den Staat formuliert wird, sondern für jede beliebige Gesellschaftsgruppe gelten soll — als Bestreben einer Gemeinschaft, sich selbst zu regieren, umschrieben werden. Darum wird der Gedanke vertreten, der Bundesstaat sei eine besonders glückliche Staatsorganisation zur Verwirklichung der Demokratie. Föderalismus und Demokratie werden gelegentlich als Synonyme behandelt. Denn hier habe man den glücklichen Fall, daß kleinere Einheiten ihr Leben innerhalb eines größeren Verbandes selbst gestalten können. Es bedarf jedoch durchaus einiger Überlegungen, ob diese Gleichung wirklich aufgeht oder ob hier ein Trugschluß vorliegt.

I.

Wenn wir in die deutsche Verfassungsgeschichte zurückgehen, müssen wir feststellen, daß zum Beispiel 1871 die bundesstaatliche Organisation in Wirklichkeit den Zweck verfolgte, die demokratische Willensbildung des Reichsvolkes zu verhindern. Bei dem Bundesrat des Kaiserreiches waren — nach Bismarck — die eigentlichen Souveränitätsrechte konzentriert. Der Reichstag konnte, weil der Bundesrat der „verbündeten Regierungen“ seinem Wirken in beinahe jedem Falle erfolgreich entgegenzutreten vermochte, nicht viel mehr als die Rolle eines demokratischen Feigenblattes spielen. Charakteristisch für die damalige Konstruktion des Föderalismus als antidemokratische Bremse war die „rechtsstaatliche“ Fixierung des Bundesrates als Vertretung der nicht demokratisch legitimierten Länderregierungen — und nicht als Vertretung der einzelstaatlichen Parlamente oder Wählerschaft (wie in den USA). Hier erscheint der Föderalismus darum geradezu als Antipode der Demokratisierung (Parlamentarisierung), und er konnte sie auch wirklich über vierzig Jahre aufhalten, was für Deutschland eine politisch-demokratische Unterentwicklung gegenüber den übrigen modernen Industriegesellschaften bedeutete. Die antiföderalistische Einstellung der liberalen und sozialdemokratischen Parteien — mit Ausnahme einiger süddeutscher, die im Schutze ihrer Regierungen eine größere Bewegungs- und Betätigungsfreiheit genossen als die Bürger im übrigen Reich — ist also durchaus verständlich und in der Erfahrung im Bismarck-Reich begründet.

II.

Nun wird das Bismarck-Reich 1962 kaum noch als Beweis dafür angesehen werden, daß sich Föderalismus und Demokratie nicht miteinander vertragen. Doch ist das Problem nicht einfach mit dem Hinweis auf die heutige demokra-

tische Legitimierung der Landesregierungen gelöst. Um das zu erkennen, müssen wir, da der Föderalismus seit 1945 schlechthin als demokratisches Gegenbild des nationalsozialistischen „Zentralismus“ akzeptiert wird, auf die Diskussion der Weimarer Zeit zurückgreifen, als der Unitarismus noch nicht durch das Dritte Reich denaturiert war.

Schon in der Nationalversammlung entwickelte sich das Streitgespräch über den Sinn der Bundesstaatlichkeit. Hugo Preuß, der noch ganz in der Tradition liberaler und demokratischer Bewegungen der Vorbismarckzeit stand, sah sehr wohl die Gefahr der partikularistischen Kräftezersplitterung für den Gesamtstaat und versuchte in seinen ersten Verfassungsentwürfen, dem Reichsrat nur eine beratende Stimme bei der Gesetzgebung zuzugestehen, damit dieser zwar auf die verwaltungsmäßige Durchführbarkeit der Gesetze Einfluß nehmen konnte, aber darauf auch beschränkt blieb. Dafür sollte neben dem Volkshaus (Reichstag) ein echtes Staatenhaus aus Vertretern der Landesparlamente an der Gesetzgebung beteiligt werden, das die regionalen Interessen hätte wahren können. Dieser Konstruktion lag der Gedanke zugrunde, in einem demokratischen deutschen Verfassungsstaat einerseits die Gesetzgebung allein dem Staatsbürger sowie seinen gewählten Vertretern in die Hand zu geben und andererseits eine möglichst einheitliche Gesetzgebung für das Gesamtstaatsgebiet, die nicht dem Einfluß der Ministerialbürokratien der Länder ausgesetzt war, zu erreichen. Auf diesem Wege sollte eine Herrschaft der Gesetze (rule of law) in Deutschland angestrebt werden, die die für die Demokratie notwendige Gleichheit aller vor dem Gesetz auch territorial verwirklichen und der Selbstverwaltung in Gemeinde und Kreis mehr Raum gegenüber größeren Gebilden geben sollte.

1919 wurde von den Kritikern dieser ersten Verfassungsentwürfe erkannt, daß diese Konzeption eine im wesentlichen einheitsstaatliche Lösung der Staatsorganisation anstrebte. Doch war es ein schwerwiegendes Mißverständnis, diesen Unitarismus als Zentralismus aufzufassen. Heute ist das Bewußtsein von der grundsätzlichen Verschiedenartigkeit der Begriffe Zentralismus und Unitarismus ganz geschwunden, und weithin werden unzutreffend Föderalismus und Zentralismus statt Föderalismus und Unitarismus als gegensätzliche Staatsorganisationen aufgefaßt. Es kennzeichnet die Situation, daß sich SPD und FDP jetzt weitgehend ohne Widerstand für ihre frühere Geschichte eine zentralistische Staatsidee unterschrieben lassen und — statt sich auf ihre wahre dezentralistische Tradition zu berufen — gelegentlich versuchen, ihre föderalistische Auffassung bis in die Anfänge der liberal- und sozialdemokratischen Bewegungen in Deutschland zurückzudatieren.

Die deutschen Länder konnten 1919 noch einmal im freien Ringen der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte eine quasi bundesstaatliche Organisation der Reichsverfassung durchsetzen, weil sie dank der Struktur des alten Reiches und der regional vollzogenen Revolutionen von einer sicheren Machtbasis aus — den funktionierenden Länderverwaltungen — verhandeln konnten. Das war aber lediglich eine politische Entscheidung, die keine theoretische Klärung bedeutete.

Für eine endgültige Klärung des Verhältnisses des Föderalismus zur Demokratie genügt es nicht, die konkreten Entscheidungen unserer Verfassungsgeschichte aufzuzählen — sie lassen sich in ihrer Entstehungsgeschichte eher auf Machtverhältnisse und Vorurteile als auf sinnvolle Grundsatzentscheidungen zurückzuführen —, sondern es müssen neben den Begriffen Föderalismus (Bundesstaatlichkeit) und Unitarismus (Einheitsstaatlichkeit) auch die Begriffe Zentralismus und Dezentralismus diskutiert werden. Die Preußischen Entwürfe strebten 1919 zwar einen Einheitsstaat an, jedoch einen streng dezentralisierten.

Dezentralisation in einem demokratischen Staat bedeutet aber regionale und lokale Selbstverwaltung möglichst vieler Lebensbereiche und eine möglichst weitgehende Schwächung der Zentralverwaltung und ihrer Machtpositionen. Der dezentralisierte demokratische Einheitsstaat unterscheidet sich vom Bundesstaat im wesentlichen dadurch, daß in ihm bei Kompetenzstreitigkeiten im Falle der Gesetzgebung die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Zentralgewalt spricht, in der Verwaltung aber zugunsten der kommunalen und regionalen Verbände, während im Bundesstaat in Zweifelsfällen die Vermutung beide Male für die Gliedstaaten spricht. Ein dezentralisierter Einheitsstaat kann, wenn er konsequent gestaltet wird, sehr viel weniger zentralistisch sein als ein Bundesstaat wie die Bundesrepublik. So etwa könnten der Grenzschutz sowie die Aufstellung der militärischen Territorialverteidigung und des Luftschutzes trotz — oder: gerade bei — einheitlicher Gesetzgebung für den Gesamtstaat Ländersache sein.

III.

In der Tat ist der dezentralisierte Einheitsstaat das einzige Staatsgebilde, in dem sich weitestgehende Gleichheit und Einheitlichkeit der Gesetze und möglichst ausgedehnte Selbstverwaltung miteinander verbinden lassen. Selbst der bayerische Staatsrechtler *Nawiascky*, ein glühender Verteidiger des Föderalismus, hat 1926 im Widerstreit der Meinungen zugegeben: Es sei „gar nicht ausgemacht, ob nicht eine weitgehende Selbstverwaltung die tatsächliche Bewegungsfreiheit der räumlichen Gebiete größer gestalten könnte, als der zusammengesetzte Staat es regelmäßig tut“¹⁾. Damit ist den übertriebenen Föderalisten, die meinen, nur in einem Bundesstaat ließe sich die Demokratie wahrhaft verwirklichen, schon der Wind aus den Segeln genommen.

Föderalismus und Zentralismus sind eben keine Widersprüche, wie z. B. die starke Zentralisierung innerhalb des Landes Bayern in der Weimarer Republik oder auch die Machtverteilung innerhalb der Bundesrepublik zeigen. Es gibt sogar ein Beispiel für die Vereinbarkeit eines weitgehenden Föderalismus mit einem totalitären Zentralismus: die Sowjetunion. Also denken diejenigen falsch, die mit dem Hinweis auf den totalitären Zentralismus unter Hitler den Föderalismus verteidigen wollen. Dagegen ist der dezentralisierte demokratische Einheitsstaat das konsequentere Gegenbild. Ich will allerdings nicht bestreiten, daß auch der Bundesstaat den „räumlichen Gebieten“ eine größere Selbstverwaltung einräumen kann, als er es in der Gegenwart meistens tut. Als vorläufiges Ergebnis können wir aber festhalten: Demokratiefördernder Dezentralismus mit ausgeprägter Selbstverwaltung und demokratiehemmender Zentralismus mit verwaltungstechnischen Instanzen sind gegenüber Föderalismus und Unitarismus gleich neutral und mit beiden organisatorisch vereinbar.

IV.

Die eigentliche Frage zielt jedoch auf die Überlegung, ob es Gründe gibt, den Bundesstaat im Gegensatz zum Einheitsstaat in ein besonders enges Verwandtschaftsverhältnis zur Demokratie zu bringen oder ob im Gegenteil föderalistische Prinzipien demokratischen widersprechen.

Um dieses Kernproblem zu lösen, müssen wir zunächst fragen: Welche Legitimation können die Staaten für ihren Ursprung aufweisen? Die Geschichte kennt drei Rechtsbegründungen für die Existenz der Staaten: 1. die dynastische (Herrschergeschlechter haben den Staat kraft eigener Machtpolitik gegründet, sie

¹⁾ Hans Nawiascky: „Grundprobleme der Reichsverfassung“, Verlag Springer, Berlin, Bd. 1, 1926, S. 6.

erheben ursprünglich Anspruch auf Privatbesitz am Staat, wie heute noch der Kapitalbesitzer am Industriepotential), 2. die föderalistische (mehrere Staaten „verbünden“ sich zu einem neuen Staat, die neue Zentralregierung wird unter Beibehaltung der einzelstaatlichen Regierungen als mitbestimmenden Organen von diesen durch Vertrag, der zur Verfassung erhoben wird, zum Handeln ermächtigt) und 3. die demokratische Begründung (wie auch immer der historische Weg zum Staat war: Das Staatsvolk wird als Souverän anerkannt und kann sich sein Schicksal, seine Verfassung durch seine Vertreter selbst wählen). Kompromisse zwischen den verschiedenen Legitimationsmöglichkeiten gibt es nicht, weil sie jeweils auch angeben, bei wem die Souveränität, die unteilbar ist, liegt. So sind in der preußischen Verfassung bis 1918 letzten Endes immer das monarchische (dynastische) und in der Bismarck'schen Reichsverfassung das föderalistische Prinzip — trotz parlamentarischer und demokratischer Bemäntelung — entscheidend geblieben. In der Weimarer Reichsverfassung haben wir dagegen eine klare demokratische Legitimierung des Staatswesens (Art. 1), verbunden mit einem Scheinföderalismus, vor uns. Zwar wichen die Verfassungsgeber 1919 vor den Ansprüchen der einzelstaatlichen Regierungen zurück und gestanden den Ländern und dem Reichsrat weitgehende Kompetenzen zu, doch war dies eindeutig ein „Bundesstaat“ von Gnaden der Nationalversammlung. Denn die Verbindung von Demokratie und bundesstaatlicher Organisation führt schließlicly nur zu einem eigenartigen Zwittergebilde: dem Bundesstaat ohne bündische Grundlage²⁾.

Die Konstruktion des Bundesstaates ist in der Demokratie also durchaus fragwürdig und läßt sich nur künstlich aufrechterhalten. Sie belastet eigentlich nur den demokratischen Staat, der wegen seiner geringeren Bewegungsfreiheit schon ohne bundesstaatliche Aufgliederung gegenüber den ihn bedrohenden totalitären Regimen benachteiligt ist. Denn die bundesstaatliche Machtverteilung „ist eher eine Garantie für eine untüchtige und teure Regierung als für eine liberale. Liberalismus und Verantwortlichkeit müssen in anderen Vorrichtungen gefunden werden“³⁾. Auch Eschenburg konstatiert, daß sich „große Schwierigkeiten der Verbindung einer föderalistischen Gliederung mit demokratischer Herrschaftsform“ gezeigt haben⁴⁾.

Diese Feststellungen mögen den deutschen Ideologen des Föderalismus nicht behagen, sie haben aber ein großes Gewicht. Denn speziell in der deutschen bundesstaatlichen Tradition behindern zwei Tatsachen immer wieder die demokratische Willensbildung des Gesamtvolkes: die Ratsverfassung des bundesstaatlichen Gesamtstaatsorgans als Vertreterversammlung der einzelstaatlichen Regierungen und das Ringen um die sogenannte Eigenstaatlichkeit der Länder, die bestimmte Hoheitsrechte (Gesetzgebungskompetenzen) für die Gliedstaaten reserviert und damit eine Gesamtwillensbildung häufig nicht nur erschwert, sondern sogar verhindert. Nun kann im ersten Fall zwar erwidert werden, die Länderregierungen seien heute auch demokratisch legitimiert. Doch auf die Entscheidungen des Bundesrates üben die Länderbürokratien einen erheblich stärkeren Einfluß aus als auf die Beschlussfassung in rein parlamentarischen Kammern. Die verhängnisvolle Einschränkung der Demokratie durch das Ansehen des „Sachverständes“ der Bürokratie sehen auch überzeugte Föderalisten⁵⁾. Wenn die Länder im zweiten Fall im Streit untereinander oder mit dem Bund auf ihre Hoheitsrechte pochen, werden gewöhnlich längst fällige Entscheidungen über Jahre verschleppt.

²⁾ Vgl. auch C. Schmitt: „Verfassungslehre“, München 1923, S. 389.

³⁾ Hermann Finer: „Der moderne Staat“, Bd. I, S. 370. (Dort auch gründliche Auseinandersetzung mit der Problematik des Föderalismus.)

⁴⁾ Theodor Eschenburg: „Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte“, Bd. 9, 1951, S. 152.

⁵⁾ Heinrich Landahl in: DIE NEUE GESELLSCHAFT, 1/1939, S. 13 ff.

V.

Der Fernsehstreit hat jedoch gezeigt, daß die im Grundgesetz verankerten demokratisch-liberalen Freiheitsrechte heute nur noch durch die gleichen rechtsstaatlichen Verfassungsregeln, die auch die Bundesstaatlichkeit der Bundesrepublik schützen, gesichert und derart gering im Bewußtsein der Führungsschichten der seit 1949 regierenden Mehrheitsparteien verankert sind, daß wir befürchten müssen, sie nicht im gleichen Umfang bei einer möglicherweise anzustrebenden neuen einheitsstaatlichen Verfassungsgebung retten zu können. Aus diesen Gründen ist es nicht sinnvoll, gegenwärtig eine entsprechende Verfassungsänderung anzustreben. Denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zeigt das Paradoxon, daß heute die liberaldemokratische Grundordnung der Bundesrepublik auf dem Umweg über die rechtsstaatlich gesicherten föderalistischen Elemente des Grundgesetzes gerettet werden mußte, während 1949 in der provisorisch konstituierten Bundesrepublik die föderalistischen Institutionen zunächst einen rein restaurativen Charakter hatten oder als Diktat der Besatzungsmächte gelten mußten.

VI.

Trotzdem haben wir Grund, uns mit der Frage des Föderalismus und Unitarismus zu beschäftigen. Obgleich wir die Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik nicht mehr zu ändern vermögen, hoffen wir, einst eine gesamtdeutsche Verfassung schaffen zu können. Deswegen müssen wir unsere Begriffe klären, um zu wissen, ob wir später einen dezentralisierten Einheitsstaat oder einen Bundesstaat errichten wollen. Nichts ist schädlicher, als eine Institution zu errichten, deren Gefahren man nicht vorher erwogen hat.

Der dezentralisierte demokratische Einheitsstaat hätte gegenüber dem Bundesstaat folgende Vorteile für eine neue gesamtdeutsche Verfassung:

1. Große Übersichtlichkeit, weil nur ein Zentralparlament für die Gesetzgebung zuständig ist. Dieses Ziel ist für die demokratischen Massengesellschaften unbedingt anzustreben. Wenn der Staatsbürger am öffentlichen Leben teilnehmen soll, dann darf sein Urteilsvermögen nicht durch zwölf verschiedene Verfassungen, elf verschiedene Gemeindeordnungen und viele Schulsysteme unnötig belastet werden. Welcher Aufwand, sich beim Umzug von einem ins andere Bundesland wieder in einen anderen Verwaltungsaufbau hineinzufinden! Leitfäden für den Gemeinschaftskundeunterricht in Schulen betonen, daß der bundesstaatliche Aufbau zu kompliziert sei, um in seiner Bedeutung auf der Schule erörtert werden zu können.

2. Stärkere Selbstverwaltung im regionalen und lokalen Bereich. Heute wird im Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände — nur hier findet der einfache Staatsbürger noch ein übersichtliches politisches Betätigungsfeld für eigene Initiativen — zu sehr durch die Aufsicht des Bundes und der Länder beschnitten. Wenn das Zentralparlament in einem Einheitsstaat die Gesetze verabschiedet, dann muß in den meisten Fällen der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung die Durchführung überlassen werden. Die heute übliche Behördenaufsicht der „übergeordneten“ Behörden — aus der Zeit des Obrigkeitsstaates stammend — nimmt unserer Selbstverwaltung ja weithin die Möglichkeit eigener Verantwortung. Es dürfte für die Zentralregierung nur den Weg der gerichtlichen Klage geben, um die Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden und Regionalverbände zur Gesetzestreue anzuhalten. Nur so kann eine Reglementierung der „unteren“ Organe von „oben“ verhindert werden. Die Gesetze müssen freilich auch so

gefaßt werden, daß sie den Selbstverwaltungen Raum für die Regelung regionaler Belange lassen. So könnte ein einheitliches Schulgesetz für das ganze Staatsgebiet jeder Gemeinde die Entscheidung für Konfessions-, Simultan- oder weitanschaulich ungebundene Schule überlassen, doch auf Grund seiner Allgemeingültigkeit in ganz Deutschland eine größere Rechtsverwirrung vermeiden.

Nur mit diesen beiden Grundtendenzen — verstärkte Selbstverwaltung sowie Rechteinheitlichkeit und -übersichtlichkeit — können wir hoffen, mehr Staatsbürger an die Demokratie heranzuführen. Die moderne Industriegesellschaft bringt eine so verwirrende Vielzahl sozialer Probleme mit sich, daß wir uns nicht zusätzlich noch föderalistische Unübersichtlichkeit im Staatsaufbau und eine allmächtige Bürokratie leisten können. Das hemmt nur die Bereitschaft des einzelnen zu verantwortlicher Mitarbeit, weil ihm die Übersicht erschwert wird.

3. Noch einen dritten Vorteil hat der dezentralisierte Einheitsstaat: Das Zentralparlament ist für den staatlichen Gesamthaushalt verantwortlich. Es kann sich daher nicht den Verpflichtungen der Kulturpolitik so weit entziehen, daß es sie der Militärpolitik gegenüber hoffnungslos benachteiligt und damit die Zukunft der Gesellschaft in Frage stellt, wie es gegenwärtig bei der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik trotz der beachtlichen Leistungen der Länder und der Ständigen Konferenz der Kultusminister geschieht.

Aber auch ein gut organisierter Bundesstaat kann mit gutem Willen zur Zusammenarbeit in der Gesetzgebung und starker Dezentralisation der Verwaltung dem hier gezeigten Bild eines dezentralisierten demokratischen Einheitsstaates sehr nahe kommen. Solange die Föderalisten jedoch eigensüchtig auf die Eigenstaatlichkeit der Länder pochen, werden sie sich immer in Widersprüche zu den demokratischen Verfassungsprinzipien der Gleichheit der Gesetze für alle Staatsbürger und der konsequenten Selbstverwaltung verwickeln. Darum sollte sich die deutsche Politik der grundsätzlichen Schwierigkeiten, die in der Verbindung von Föderalismus und Demokratie liegen, wieder bewußt werden.

Es kommt nicht auf „Eigenstaatlichkeit“, „Hoheitsrechte“ oder gar „Souveränität“ für die Länder an, sondern auf eine weitestgehende Selbstverwaltung und eine weitreichende Gültigkeit gleicher Gesetze, die nur von einem Zentralparlament verabschiedet werden, um auf demokratischem Wege die Aufgaben eines modernen großräumigen Staates zu bewältigen. Nicht historische Reminiszenzen sollen wir pflegen, sondern nach einer vernünftigen und rationalen, aber widerspruchslosen demokratischen Ordnung müssen wir suchen.

Christian Ferber

DER SCHRIFTSTELLER IN DIESER ZEIT

I.

Als ich anfang, darüber nachzudenken, was im allgemeinen oder auch im einzelnen wir hier besprechen wollen, da kam mir zunächst ein einigermaßen ketzerischer Einfall: wie merkwürdig es nämlich sei, so klipp und klar nach dem zu fragen, was man „Die Aufgabe des Schriftstellers in dieser Zeit“ nennen kann — so, als ob diese Zeit wirklich eine besondere Aufgabe für den Erzähler, Lyriker oder Dramatiker stelle, eine Aufgabe zudem, die nicht allgemein bekannt zu sein scheint, denn sonst würde man sie ja nicht zu besprechen brauchen. Es gibt schließlich allerlei provokante Aussprüche über des Schriftstellers Aufgaben — und zwar dort, wo man sie am wenigsten vermuten würde.

„Der Dichter“, so heißt es beispielsweise, „auch wenn er die vollkommensten sittlichen Muster vor unsere Augen stellt, hat keinen anderen Zweck und darf keinen anderen haben, als uns durch Betrachtung derselben zu ergötzen.“ Das hat Schiller gesagt,

Der Autor legt Wert auf die Feststellung, daß dieser Vortrag, gehalten vor Oberschülern, als Grundlage für ein Informations- und Streitgespräch mit jungen Lesern kopiert wurde.

und zwar ausgerechnet in einer Schrift über das Pathetische.

Des Schriftstellers Aufgabe in dieser Zeit aber — ist sie nun eigentlich anders, ungewöhnlich, neu zu formulieren, oder ist sie die gleiche wie zu allen Zeiten? Ist sie allein von den einigermaßen ehernen Gesetzen der Kunst bestimmt? Ist sie notwendig auch politisch zu interpretieren? Ist sie überhaupt politisch zu interpretieren? Und, wenn ja, was heißt dann „politisch“?

So etwa müßten die Fragen heißen, Fragen, die sich nicht nur in dieser Zeit, sondern zu allen Zeiten vorfinden — ebenso wie Antworten darauf. Diskutiert wurden Fragen und Antworten aber immer nur in politischen Krisenzeiten, in Epochen außerordentlicher Unruhe, wenn die Bevölkerung ihren Priestern ebenso zu mißtrauen begann wie ihren Staatsmännern und sich auf der Suche nach — sagen wir einmal — „Leitbildern“ eben den ortsansässigen Schriftstellern zuwandte. Die Schriftsteller waren dann meistens nicht darauf vorbereitet, Leitbilder zu liefern, da sie selber eben erst aufgebrochen waren, welche zu suchen.

Nach diesem Vorspruch dürfen wir uns

erlauben, die Frage noch einmal und noch dümmere zu stellen: Ließe sich nicht mit dem gleichen Recht wie nach der Aufgabe des Schriftstellers nach der Aufgabe des Steuerberaters oder des Südfuchthändlers in dieser Zeit fragen? Wo steht geschrieben, daß der Schriftsteller eine besondere, eine im Wortsinn außer-ordentliche Aufgabe hat? Wer, bitte, hört denn auf den Schriftsteller, wenn er den Mund auf tut und sich grundsätzlich zu Fragen äußert, die von Männern der Politik oder der Wirtschaft entschieden werden? Hat der Geschichtenerzähler, der Gedichtemacher, der Szenenschreiber wirklich den Rang eines Trösters, eines Erzpriesters und Propheten — und damit auch die bitteren Pflichten dieses Rangs?

II.

Offenbar hat er die Pflichten, wenn auch nicht unbedingt den Rang. Der Schriftsteller unserer Tage — ich spreche hier nur von unserem Land, obwohl es auch für manch anderes Land gelten mag — ist im allgemeinen auf der Leiter sozialer Wertschätzung ziemlich weit unten zu finden, auch der Schriftsteller von Ruf und nachgewiesenen Fähigkeiten. Aber trotzdem erwartet jedermann von ihm, daß er jederzeit nackt und nur mit einem Küchenmesser bewehrt in die Arena der Öffentlichkeit trete, wenn hinter dem schon halb hochgezogenen Gatter die reißenden Raubtiere der Weltprobleme knurrend die Zähne fletschen. Von Steuerberatern, Südfuchthändlern wird dergleichen ebensowenig erwartet wie von Konzernherren oder Kernspaltern, auch Komponisten oder Maler haben diese peinliche Pflicht nicht.

Es wird gut sein, diesen Hinweis mit einem Beispiel anzureichern. Als über das deutsche Volk auf leider sehr legale Weise die Barbarei des Nationalsozialismus in der Maske einer nationalen Wiedergeburt kam — da erkannte nur ein Teil der wesentlichen deutschen Schriftsteller die Barbaren unter der Maske. Diese Autoren, unter ihnen auch nichtjüdische, also nicht unmittelbar bedrohte Schriftsteller, nahmen Stellung, opferten ihre Existenz, wanderten aus oder fielen den Mördern im Inland in die Hände. Ein ande-

rer Teil der deutschen Schriftsteller aber, im Bürgertum verwurzelt und politisch nicht hellhörig, erkannte seinen Irrtum über die Absichten Hitlers erst, als die Diktatur offen aufgerichtet war und Hitler zum Krieg trieb. Es gab keinen nennenswerten deutschen Schriftsteller, der nach 1938 mit dem Nationalsozialismus gemeinsame Sache machte — aber da war es bereits zu spät. Diese deutschen Schriftsteller nahmen zum mindesten die Schuld des Irrtums auf sich, genauso wie neun von zehn Deutschen in jedem anderen Beruf. Diese deutschen Schriftsteller haben später ihren Irrtum durchweg offen bekannt, was jene neun von zehn Deutschen in anderen Berufen nicht so offen taten, denn sie mußten es auch nicht tun. Die neun von zehn Deutschen, in ihren Meinungen gewandelt, von ihren Irrtümern geheilt, sie sind längst absolut geachtete Bürger eines demokratischen Staates; nur jene Schriftsteller, wie etwa Gottfried Benn, wie Hans Carossa — sie tragen bis auf den heutigen Tag einen Makel. Sie waren Schriftsteller. Ihnen untersagte zum mindesten ein Teil der öffentlichen Meinung, daß sie jemals irren durften. Ihnen wurde dort Hellsicht abverlangt, wo man jedem anderen Bürger verzieht.

III.

Dieses Phänomen muß doch wohl seine Rolle spielen bei dem, was wir die Aufgabe des Schriftstellers nennen. Und dies, obwohl es nicht unmittelbar mit dem Bemühen des Schriftstellers sich zu decken scheint, nach bestem Können im Wortkunstwerk auszudrücken, was ihn bewegt. Freilich, es läßt sich eine ganz einfache, sozusagen berufsbedingte Brücke schlagen zwischen dem Gebot politischer Hellsicht und jeglicher Schriftstellerei. Ein Mann, der aus Worten ein Kunstwerk zu schaffen sich bemüht, dieser Mann kann nur dann arbeiten, wenn er weiß, daß niemand ihm dreinreden darf, was auch immer er sagt. Die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist einfach die Vorbedingung für jegliches Mühen um schriftstellerische Kunst — und alles, was diese Freiheit bedroht, bedroht unmittelbar die Be-

rufsausübung des Schriftstellers. Nun ist diese Vorbedingung für den Schriftsteller auch eine der unveräußerlichen menschlichen Grundrechte. Hier deken sich wie bei kaum einem anderen Beruf die Bestrebungen des einzelnen mit den edelsten Bemühungen der Menschheit, und darum, einfach darum ist der Schriftsteller verpflichtet, zum Kampf gegen jeden Tyrannen anzutreten, wenn beispielsweise der Gelehrte noch seelenruhig und ahnungslos in seiner Studierstube Atome spaltet.

Man sieht: Wie alle heiligsten Gesetze hat auch diese mystische Kampfverpflichtung des Schriftstellers einen nüchternen, praktischen Grund, und dieser Grund stammt nicht aus Hitler-Deutschland oder der Sowjetzone, sondern er ist so alt wie die Menschheit. Möglicherweise ist der erste Tyrannenmörder ein Lagerfeuersänger gewesen, dem der Herdenälteste seine frechen Reden untersagt hatte. Dichtern den Mund zu verbieten, war immer eine gefährliche Sache, und nicht nur für die Dichter. Einsperren nutzte wenig. Dann sangen sie im Käfig, bis die Wächter unruhig wurden. Umbringen nutzte auch wenig, dann lebten ihr Wort und ihr Nachruhm fort. Natürlich konnte man ihnen die Lippen mit Gold versiegeln, das ist oft geschehen und scheinbar auch mit Erfolg, Dichter sind schließlich Menschen, aber der Erfolg hielt nicht vor: Entweder standen andere Dichter auf, oder aber des gekauften Posten Wort bekam einen Sinn, der dem Tyrannen zum Unheil gereichte.

IV.

Damit gelangen wir zum zweiten Bestandteil, der mit der Aufgabe des Schriftstellers zu tun haben muß, zum unheimlichen, bedrohlichen Bestandteil, zum Unkontrollierbaren, zum Explosivstoff: Im Wort des Schriftstellers, das mehr oder minder Künstlers — in diesem Wort liegt eine Gewalt, die sich nicht vorausberechnen läßt. Wortkunst, scheinbar durch die gedruckten Buchstaben so leicht festzulegen, ist immer noch die Kunst mit der stärksten Dämonie. Ein Vers kann die Welt verwandeln, ein Gedanke, den ein Autor auf seine Art in die Welt setzt, kann eine Epoche zerstören. Es sind freilich, dies ist meine Meinung, nie-

mals die Schriftsteller gewesen, die das Dasein der Menschen ursprünglich veränderten. Nahezu alle bewegenden Ideen der Menschheit sind in den Stuben der Philosophen geboren worden. Die Welt war bereits verändert, wenn ein entscheidender Gedanke gedacht worden war, aber daß die Welt von ihrer Veränderung erfuhr und sich darauf einrichtete: das geschah in neun von zehn Fällen durch den Schriftsteller, der den Gedanken mit zwingenden Worten versinnlichte.

An diese Magie des Worts hat sich die Öffentlichkeit im Lauf der Jahrhunderte gewöhnt, sie hat ihre Macht zur Kenntnis genommen, und obwohl sie mit den Magiern nicht allzuviel im Sinne hat, verlangt sie doch von ihnen, daß sie in strenger Verantwortung für diese Magie leben. Darum ist, wenn es darauf ankommt, jedermann mit menschlichen Schwächen zu entschuldigen, auch der höchste Staatsmann noch — nur der Schriftsteller nicht.

Das ist für den Schriftsteller auch darum recht unangenehm, weil ja nur einer unter tausend wirklich magische Wirkung ausübt — und weil auch dieser eine noch wie die anderen neunhundertneunundneunzig zunächst einmal ganz andere Absichten hat, die seine ganze Kraft fordern. Er will eine Geschichte, ein Gedicht, ein Drama aus sich entwickeln, wie es ihm seine spielende Phantasie, sein ordnender Verstand und seine formende Begabung vorschreiben. Er will sich mit sich selber auseinandersetzen, er will die tausend kleinen Teufel in sich kleinkriegen und den einen Engel bannen, der ihm in einer rasch verfliegenen Sekunde erschien, er will für sich die Zeit ausschöpfen — für sich zunächst einmal, wohlgemerkt, nicht für geneigte Leser. Und erst dann will er natürlich auch ein Exempel schaffen, an dem die Welt sich in seinem Sinne orientieren kann. Zunächst ist der Schriftsteller mit sich ganz allein, dann denkt er an die kunstkonsumierende Umwelt (bei Fällen, in denen es umgekehrt ist, hat die Umwelt meistens keinen Gewinn). Ein Schriftsteller kann auch Publizist sein, das heißt, mit einer bestimmten Absicht einem bestimmten Publikum hier und jetzt etwas mitteilen. Wenn

ihm aber der Publizist in die Schriftstellerei hineinzupfuschen beginnt, dann wird weder die publizistische Absicht — die der präzisen Mitteilung — noch die schriftstellerische oder, wenn man will: dichterische Absicht — die der Kunst — erreicht. Auch das macht die Aufgabe des Schriftstellers in dieser Zeit nicht eben einfacher.

V.

Sehen wir nun zu, um was für eine Aufgabe es sich vermutlich handelt.

Es ist die deutsche Literatur der Zeit, die uns interessiert. Man könnte eine solche Betrachtung natürlich an jedem anderen Zeitpunkt als 1945 beginnen. Der Gegenstand wäre ein literarhistorisches Kolleg eigener Art wert, aber dazu fehlt es uns nicht nur an Zeit. Die Beunruhigung oder Beruhigung, von der wir handeln wollen, geht für uns von den Schriftstellern aus, die im Schatten einer Katastrophe kümmerlich genug begannen und es mittlerweile zu wenigstens einigen deutlichen Äußerungen gebracht haben. Die deutschen Schriftsteller aus der Ära vor 1933, auch wenn sie heute noch leben und wirken, gehören mit ihrer Leistung bereits in das jüngste, vorliegende Kapitel der Literaturgeschichte. Ricarda Huch, Hermann Hesse, Thomas Mann, auch Bergengruen, Benn, Jünger: sie bewegen uns noch sehr nachdrücklich, sie verändern auch das Bild der Literatur in unseren Tagen noch, und mancher tut es vielleicht mehr als eine ganze Handvoll der Jüngerer zusammengenommen. Aber für den Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist es einfach praktisch, sie auszuklammern.

Als im Jahre 1945 die Feuer gelöscht waren und noch kaum eine Setzmaschine in Gang gebracht, wurde überall im Lande die dringende Frage nach jener Literatur laut, die doch in den Schubladen der Schriftsteller auf die Stunde der Freiheit gewartet haben mußte. Prall gefüllt, so meinte man, würden diese Laden überall sein, ein neuer Frühling freier deutscher Literatur würde sogleich anbrechen. Das war ein Irrtum. Die Schubladen der deutschen Schriftsteller waren leer. Es gab auch in der Literatur keine selbst-

gemachte deutsche Revolution, und die Freiheit im Wortkunstwerk wurde ebenso von den Alliierten importiert wie die politische Freiheit eines demokratischen Staatswesens: wobei die Kunstimporte allerdings den Vorzug hatten, daß sie nicht einer herben Aufsicht durch Militärgouverneure bedurften — eine Aufsicht übrigens, die sich politisch nach meiner Meinung auch für den Schriftsteller segensreich ausgewirkt hat. Man hat uns aus Amerika, England und Frankreich in den ersten Jahren nach 1945 die Achtung vor dem unabhängigen Schriftsteller diktieren müssen — und das war notwendig, mögen auch die Barden von Lippoldsberg mit düsterem germanischem Murmeln darüber anderer Meinung sein. Auch diese Barden haben längst die absolute Freiheit wieder, sich zu äußern, das sogenannte Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes hält unter einer selbstgebastelten Weltenecke seine Leseabende ab — doch der Zuspuch ist gering: sei es, weil die Barden nichts Wesentliches zu sagen haben, sei es, weil sie nicht Schriftsteller, sondern Dilettanten sind.

Ich spreche hier von der Literatur im freien Teil Deutschlands. Die Arbeit der staatlich reglementierten Autoren in der Zone ist gewiß eine eigene Untersuchung wert, interessiert aber hier nur am Rande. Dem Schriftsteller unter der Diktatur bleiben ohnehin nur zwei Möglichkeiten: für eine gewisse Zeit die des heimlichen Widerstandes — aber er wird gewiß erwischt. Dann als zweite Möglichkeit das Schweigen. Zwischen diesen Möglichkeiten gibt es noch ein paar Variationen. Die Möglichkeit der offenen Rebellion scheidet auf jeden Fall aus. Sie kommt dem Selbstmord gleich, und ich meine, wir sollten uns abgewöhnen, vom sicheren Port aus einen Peter Huchel oder einen Arnold Zweig aufzufordern, öffentlich anderer Meinung zu sein als seine Staatspolizei. Entweder halten wir den Betreffenden für einen Ehrenmann — dann müssen wir ihn machen lassen. Oder wir halten ihn nicht für einen Ehrenmann — dann ist er auch kein Adressat für Aufrufe. Der Rebell Georg Büchner riskierte allenfalls auf Zeit seine

Freiheit, wenn er gegen Fürstenwillkür aufstand. Die Zeiten sind brutaler geworden. Man kann einen Schriftsteller auffordern, seine Existenz zu riskieren. Ob er aber auch sein Leben riskieren will, muß jedem Menschen, auch jedem Schriftsteller, anheimgestellt werden.

Nach dieser grundsätzlichen Abschweifung zurück zum Nullpunkt 1945. Es gab damals keine Literatur, die befreit werden konnte, es gab offenbar auch keine neuen Schriftsteller. Warum das so war, wird niemals genau festzustellen sein. Sicher ist, daß im Jahrgang von 1933 bis 1945 kaum ein neuer, ernst zu nehmender deutscher Schriftsteller auftrat — auch keiner, der der Diktatur gegenüber die Gelassenheit aufbrachte, für die Schublade zu arbeiten. Ein Mann wie Wolfgang Koeppen etwa legte wohl um 1935 zwei Romane vor, wandte sich dann aber unter dem Druck der Zeiten anderen als schriftstellerischen Aufgaben zu. Auch die älteren Schriftsteller, die in Deutschland geblieben waren, hatte der Krieg schweigen gemacht.

Ein Jahr verging und noch eines. Man hungerte sich erbärmlich durch, es war eine sehr trübe Zeit, aber eines geschah immerhin: In allen kleinen Zentren des vielfach geteilten Landes bildeten sich Zirkel, die die neu gewährte Freiheit des Geistes und der Kunst in vollen Zügen genossen. Aus der halben Welt strömten zu uns Anregungen und Zeugnisse der Kunst herein, die wir zwölf Jahre lang hatten entbehren müssen. Es war in diesen Jahren, daß sich erste Dokumente einer neuen, eigenen Literatur zeigten. Aber erst um 1950 herum schien es möglich, über diese ersten Resultate nachzudenken. Es waren immer noch dürftige Resultate von zwei ganz verschiedenen Sorten. Zum einen fand sich da einige achtenswerte, aber konservative Lyrik, etwa die von Holthusen, dazu zwei oder drei Romane, die deutlich an Kafka erinnerten — nur daß es damals noch keine Kafka-Ausgabe in Deutschland gab. Diese Art Literatur wurde darum als Novum gefeiert und überschätzt, die Gedichte pries man allzu hoch, weil es bisher die einzigen nennenswerten Gedichte waren, und an diesem Lob aus Irrtum krankt

unsere Literatur noch heute ein wenig. Aber es wurde nicht nur diese Scheinblüte zu freundlich betrachtet — ein armer Mann preist sein einzig Stühlchen natürlich auch dann, wenn es nur drei Beine hat —, auch die Sorte Nummer zwei wurde zunächst positiv aufgenommen. Es waren jene Romane und Geschichten, mit denen neue deutsche Schriftsteller hart zupackend und oft sehr klobig Bestandsaufnahme machten, Bestandsaufnahme über die Verbrechen des Krieges und über das Leben in den deutschen Trümmerfeldern. Ein Abklatsch von Hemingway's aussparendem Stil kam in Mode, Trümmerliteratur oder Kahlschlagliteratur nannte man das später — und so, wie diese Arbeiten damals gelobt wurden, so wurden sie wenig später von den ersten Teakholzschreibtischen herab allzu bitter getadelt.

Dabei war diese Trümmer- und Kahlschlagliteratur, vital und biswellen grob formuliert, in Wirklichkeit der erste Ansatz zu einer neuen, diskutablen deutschen Literatur. Das mußte erst einmal sein: Die sogenannten jungen Schriftsteller, oft schon an die vierzig Jahre alt, sie mußten zunächst einmal ihres Volkes Gewissen prüfen, die Wahrheit sagen, das Feld bereinigen, kurzum, Voraussetzungen schaffen. Mochten sie es nun mit Härte und Realismus tun wie Richter oder Kolbenhoff, mochten sie es mit dem Denkspiel versuchen wie Walter Jens oder mit nachexpressionistischem Gedicht wie Wolfgang Weyrauch — sie wußten natürlich nicht, daß sie Vorarbeit taten, sondern sie waren mit aller Leidenschaft dabei, zu bilden, nicht zu reden. Ältere, konservative Literaturkritiker haben all diese Bemühungen als frech und unanständig verdammt. Aber gäbe es heute überhaupt nennenswerte deutsche Literatur, wären nicht zuvor die massiven Gewissensprüfungen der Jahre etwa von 1947 bis 1953 geschrieben worden? Das war damals die Aufgabe des Schriftstellers in seiner Zeit — und ein Teil dieser Aufgabe war's, überhaupt erst einmal Schriftsteller zu werden.

VI.

Die Jahre dieses primitiven Sturms und Drangs sind vorüber. Mittlerweile gibt es eine ziemlich ausgebreitete deutsche Literatur, vom Moralismus Heinrich Bölls bis zum Vitalismus von Günther Grass. Wir lesen Koepen und Eich, wir lesen Ingeborg Bachmann, Ernst Schnabel, Wolf Dietrich Schnurre, Ilse Aichinger, Siegfried Lenz, Uwe Johnson — und in schwachen Stunden auch Alfred Andersch. Wir lesen natürlich ebenso Neumann und Bergengruen, und Jünger und Benn, und die Brüder Mann, wir rühmen uns eines gewissen Reichtums unserer deutschen Welt- und Provinzialliteratur und beklagen bereits, daß man im Ausland sowenig davon kennt. Wir wollen hier nur nebenher vom Rang dieser Literatur im Jahre 1961 sprechen, weil dieser Rang für des Schriftstellers Rolle nur eine Nebenrolle spielt. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir uns trotz aller Vielfalt und mancher nennenswerter Bücher heute nicht wesentlich besser befinden als im Jahre 1861. Auch damals waren die Goethe und Heine gestorben und die Fontane oder Hauptmann noch nicht herangewachsen. Mir scheint, daß wir auch ohne die Weltkatastrophen der jüngsten Vergangenheit uns mit der deutschen Literatur der Gegenwart in einem Wellental befinden. Wir sollten uns — Böll hin, Johnson her — davor hüten, unsere Literatur der Zeit allzu hoch zu bewerten. Sie wirkt nicht besser als ein eben gerade ganz braver Versuch. Da kann man nichts machen, da heißt es Geduld haben, die Qualität der Kunst ist nun einmal Wellenbewegungen unterworfen, und die deutschen Schriftsteller unserer Tage werden hoffentlich die ersten sein, die zugeben, daß sie nicht auf einem Wellenkamm reiten.

VII.

Trotzdem: Der deutsche Schriftsteller unserer Tage ist heftig an der Arbeit, er ist innerhalb unserer Landesgrenzen eine Figur unseres öffentlichen Lebens und hat gewiß auch seine öffentlichen Aufgaben. Zur Ermittlung dieser Aufgaben muß man überlegen, was der

Schriftsteller denn im Hauptberuf seiner Schriftstellerei eigentlich tut, und darum habe ich die Anfangszeit skizziert und werde mich weiter ein wenig bemühen, den Gegenständen und Verhaltensweisen der deutschen Schriftsteller hier und heute nachzuspüren.

Wir leben in einer Zeit, in der — auch ganz abgesehen von der Staatsform — keine Norm mehr stimmt, die noch vor zwei oder drei Jahrzehnten gültig angewendet wurde. Zerfallen ist in einer industriellen Weltrevolution die gesellschaftliche Ordnung, auf die sich der deutsche Schriftsteller Jahrhunderte stützen konnte. Es gibt nicht mehr die abgezielten Stände der Arbeiter, der Bauern und der Bürger. Aus dem Chaos der Katastrophe und aus dem Chaos des Wiederaufbaus gingen die Deutschen im freien Teil des Landes als Mitglieder einer neuen, aber bis auf den heutigen Tag noch nicht übersichtlichen Gesellschaft hervor — als sogenannte Arbeitsbürger. Dieser Arbeitsbürger ist vielgesichtig: Er kann noch Züge des Bürgers und Großbürgers tragen wie ehemals, er kann aber auch das typische Verhalten des Kleinbürgers an den Tag legen, und mir scheint, daß der Kleinbürger mit allen seinen Verklemmungen heute das Gesicht unserer Öffentlichkeit ebenso bestimmt wie in der Epoche des Nationalsozialismus — nur, daß der Kleinbürger namens Arbeitsbürger heute anderen Einflüssen ausgesetzt ist als ehemals der Kleinbürger namens Volksgenosse.

An die Stelle des chauvinistischen Drills ist das von den Massenproduzenten aller erdenklichen Artikel — von der Waschmaschine bis zum Groschenblättchen — geförderte Konsumbedürfnis getreten. Konsumiert wird nicht nur Coca-Cola, sondern auch ein Massenartikel namens Kultur.

Verschwunden ist gewiß aus unserer Gesellschaft das, was man das Proletariat nannte, im Verschwinden begriffen sind die typischen Bauern und die typischen Arbeiter. Verschwunden sind aber auch weithin die ehemals kulturtragenden Schichten der Akademiker, der Ärzte, Lehrer, Pfarrer und so weiter. Das heißt: Sie leben alle noch mitten unter uns, aber sie haben

einfach nicht mehr die Zeit und die wirtschaftlichen Möglichkeiten, um sich so mit kulturellen Hervorbringungen aus Vergangenheit und Gegenwart zu beschäftigen wie ehemals. Mit allem Vorbehalt und jenen Ausnahmen, die die Regel bestätigen: Sie spielen, eingespannt in den allgemeinen hektischen Produktionsprozeß für Güter aller Art, ebenso wie ein Punktschweißer oder ein Elektronenhirn-Programmierer die Rolle von perfekt ausgelasteten Angestellten.

Unsere Gesellschaft hat zur Zeit kein Gesicht. Sie wird erst wieder eines bekommen, wenn nach Abschluß der zweiten industriellen Revolution auch die neue Verteilung der Aufgaben abgeschlossen sein wird. In diesem Punkt ähneln einander übrigens die Gesellschaften der östlichen, diktatorisch regierten Welt und der westlichen freien Welt. Die wirtschaftlichen Methoden sind grundverschieden, aber die Umwälzung der Wirtschaft formt in beiden Welthälften eine Massengesellschaft, deren charakteristische Züge sich noch nicht abzeichnen.

Aber das nur nebenbei. Wir haben von unserer Gesellschaft zu reden, die natürlich bei aller Gesichts- und Hilflosigkeit ein starkes Bedürfnis nach Entspannung und jenen Werten entwickelt, die mit Geld nicht zu kaufen sind. Sie konsumiert diese Werte weithin vom Straßenkehrer bis zum Generaldirektor durch die gleichen Vermittler: Fernsehen, Rundfunk, Film, Presse — und schließlich auch Buch. Dieser Konsumwunsch hat zum Aufbau einer gigantischen Kulturmaschine geführt, die Tag für Tag deutlich vernehmbar klappert und gegen deren Geräusch die Stimme der eigentlichen Schöpfer, also auch der Schriftsteller, kaum noch ankommt. Vor lauter Akademien und Dichterpreisen, vor lauter Feuilletonkommentaren und Rundgesprächen, vor lauter Frankfurter Buchmesse und Fernsehtheater weiß der Leser kaum noch, wie er dem Schriftsteller begegnet — und der Schriftsteller oft kaum noch, was seine einigermaßen mörderische, selbstgewählte Aufgabe ist: nämlich in der Stille bis zur Vollendung auszubilden, was er zu sagen hat.

Dieses Ausbilden, Ausformen ist freilich hier und jetzt eine besonders

schwierige Sache. Als die Schriftsteller mit dem Aufräumen der Kriegserlebnisse und Trümmerfelder halbwegs fertig waren, fanden sie für ihre Weiterentwicklung etwas nicht vor, was ihren Vorgängern selbstverständlich erschien: gesellschaftliche Umstände, die ihnen genau genug bekannt waren, um als Material ihres Werkes zu dienen. Die Gegenwart, so verlockend und vielfältig, um sie zu beschwören, festzuhalten, zu spiegeln, vielleicht auch mit der Gewalt des Wortes zu ändern — diese Gegenwart war den Schriftstellern ebenso unbekannt und rätselvoll wie allen anderen Zeitgenossen. Das gesellschaftliche Gerüst, an dem der Schriftsteller seinen Hut aufhängen muß, war höchst wackelig, falls überhaupt vorhanden, und zudem fehlte in deutschen Landen nun völlig jener fruchtbare Nährboden, den jede ernst zu nehmende Literatur braucht: der Nährboden des in großen Mengen vorgelegten, ordentlich geschriebenen Gesellschafts- und Unterhaltungsromans. Der deutsche Schriftsteller im sechsten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts hing in der leeren Luft. Es ist ein Wunder, daß trotzdem so viele Schriftsteller von Böll bis Koepfen sich halbwegs festen Boden unter den Füßen geschaffen haben, um darauf einige Fundamente einer neuen deutschen Literatur zu legen.

VIII.

Wie sehen diese Fundamente nun aus? Bestehen sie nur aus Kritik an einem hart arbeitenden Volk, das sich an Feierabenden bisweilen von den Teufeln des Chauvinismus verlocken läßt? Bestehen sie nur aus Kritik an gesellschaftlichen Irrwegen, die vom wirtschaftlichen Wohlstand gepflastert worden sind? Sie bestehen nicht nur daraus, aber doch vorerst hauptsächlich daraus — aus Lehrbildern zur Mahnung und zur Warnung. Daraus erklärt sich — nebenbei bemerkt — auch, daß nahezu alle deutschen Schriftsteller unter fünfzig Jahren nach der politischen Ordnung ein wenig links von der Mitte zu finden sind: eine sozusagen konservative Literatur, die als Kunst ernst zu nehmen wäre, kann nicht entstehen,

wenn noch keine gesicherte Gesellschaftsordnung vorhanden ist, aus der sich konservative Gedanken entwickeln lassen, die Aussicht hätten, die Kunst zu befruchten.

Der Schriftsteller neigt nun weniger zum Neinsagen als zum begründeten Widerspruch. Er widerspricht zur Zeit in seinen Romanen nicht weniger als in seinen Gedichten, Hörspielen und Dramen dem Slang des Tages, den rasch eingeführten Regeln — und widerspricht dem Gerücht, die arbeitsbürgerliche Gesellschaft unserer Tage sei wirklich bereits eine Gesellschaft. Das ist zum mindesten ein Teil seiner Antwort darauf, daß er in einer Zeit seine Kunst und seine Entscheidungen formulieren muß, in der es so wenig Sicheres zu formulieren gibt — es sei denn die immer notwendige, nachdrückliche Ablehnung aller höllischen Kräfte aus einer barbarischen Vergangenheit. Der deutsche Schriftsteller lebt recht gut von diesem Widerspruch, zumal er häufig praktikable künstlerische Formen erarbeitet hat. Er existiert mit solcher Abwehr aber auch auf einem schmalen Grat, von dem er schnell in die Abgründe eines belanglosen Formalismus fallen kann — wenn er es nämlich, wie noch zur Stunde, beim interessant formulierten Widerspruch bewenden läßt, zu wenig darstellt, zu viel wiederholt und sich allzuoft mit Stoffen auseinandersetzt, die er nur flüchtig kennt. Der Mangel an Sach- und Lebenskenntnis ist ein Charakteristikum der jüngeren deutschen Literatur, das allmählich bedrohlich zu werden scheint. Es wimmelt in den Romanen der neuen Prominenz von Figuren, die in der Retorte entstanden sind.

Ich spreche ausdrücklich nicht von Fragen der literarischen Form, von Zeugnissen der literarischen Form — hier liegt zwischen der raffiniert gebändigten Naturkraft eines Grass und den köstlichen Wortkaskaden eines Koeppen, zwischen den unterkühlten und unterspielten Rhythmen eines Enzensberger und dem Weltgesang einer Ingeborg Bachmann allerlei vor, das Hoffnung macht und das Gesicht der Zeit mit prägen wird — obwohl es auch zahllose sprachliche Laboratoriumserzeugnisse gibt, die viel Chemie und wenig Leben enthalten.

IX.

Das wäre also in sehr groben Umrissen das Bild der zeitgenössischen deutschen Literatur. Man kann es gewiß in lichterem Farben malen, man könnte es auch noch viel düsterer entwerfen. Natürlich läßt sich eine nationale Literatur nicht daran messen, wie ihr Echo im Ausland ist — dieses Echo ist übrigens nicht so gering, wie es die Schwarzseher gern behaupten. Brauchbarer als Maßstab ist schon das allgemeine Unbehagen des deutschen Lesers — und wohl auch die Tatsache, daß bei Literaturgesprächen in Deutschland die Namen von Henry Miller, von Albert Camus, von Evelyn Waugh und manchen anderen viel häufiger als Hinweise benutzt werden als jene der Schriftsteller deutscher Zunge.

Daraus ergibt sich, so meine ich, die erste und eigentliche Aufgabe des deutschen Schriftstellers in unseren Tagen. Es ist die Aufgabe, noch gründlicher, noch geduldiger und noch genauer zu arbeiten als bisher, Widerstand zu leisten der hochindustrialisierten Produktionsmaschinerie, die nach neuem Futter giert, Widerstand auch zu leisten — in einem gewissen Umfang wenigstens — den Verlockungen der besonders kapitalkräftigen Publikationsmittel wie Rundfunk und Fernsehen.

Wie immer diese Aufgaben gestellt sind — mit Erfolg gelöst können sie nur dann werden, wenn der Mann des Wortes sich auch Gehör verschaffen kann. Und er wird sich nur dann Gehör verschaffen können, wenn die Gewähr besteht, daß er was zu sagen hat. Nicht Gewähr bei den vielen, die ohnehin zunächst nicht auf so eine merkwürdige Figur wie einen Schriftsteller hören, sondern die Gewähr bei den wenigen, auf die es ankommt, weil sie es sind, die mit dem Zuhören anfangen.

Der Schriftsteller hat eben nicht nur mit seinem Werk Zeugnis vor seiner Zeit und der Nachwelt abzulegen, sondern es ist ihm auch im übrigen untersagt, sich vor den Lebensfragen der Nation und der Völkergemeinschaft dieser Erde in sein Stübchen zurückzuziehen. Die Aufgabe des Schriftstellers, so ist es in unserem Land nun

seit einem Jahrzehnt und länger immer wieder sehr dringlich formuliert worden, sei zu sagen, was er denkt, zu warnen vor dem, was ihm gefährlich erscheint, Wege der Moral und Wege der Vernunft zu weisen, den Mund auch dann aufzumachen, wenn es gefährlich erscheint.

Um es vorher statt nachher zusammenzufassen: Es kann zu den Aufgaben des Schriftstellers gehören, sich außerhalb seines Werks zu bestimmten Fragen zu äußern, es muß aber nicht unbedingt dazugehören. Dies ist ein freies Land. Auch der Schriftsteller ist ein freier Bürger. Wenn er schweigt, wo der oder jener erwartet, daß er redet, so kann er nicht sogleich verdammt werden. Es wäre ja möglich, daß er Gründe hat, zu schweigen, und diese Gründe können von der Existenz naher Verwandter in der Zone reichen bis zur absoluten Unfähigkeit, anders als mit den Mitteln der Kunst für die Kunst zu formulieren. Der Grund kann natürlich auch Feigheit sein, aber er muß es nicht sein.

Die Aufgabe des Schriftstellers ist unter anderem sein Beitrag zur Verteidigung und Verkündung der Freiheit des Menschen — gewiß. Das ist jedes Bürgers Aufgabe. Der Schriftsteller aber entwickelt und besitzt besondere Fähigkeiten, dieser Aufgabe öffentlich gerecht zu werden. Die Frage jedoch, wie er es tut, sie muß von ihm selber beantwortet werden, und niemand hat das Recht, die Form seiner Antwort zu schmähen. Bekundet einer, er könne sich nur und er wolle sich nur mit dem Kunstwerk äußern, so sollte diese Bekundung geachtet werden.

Allerdings gibt es in diesen Zeiten der Unterdrückung und des Widersinns Situationen, in denen jeder Schriftsteller sich sehr ernsthaft überlegen muß, ob er sich nicht wenigstens eine Unterschrift unter Dokumente abringen soll, in denen gegen Gewaltmaßnahmen protestiert wird. Wir alle haben erlebt, wie die Bevölkerung der Zone mit Mauern und Todesstreifen noch mehr von uns getrennt wurde. Diese unsere Landsleute stehen seit vielen Jahren unter dem Druck gelenkter Kundgebungen. Sie brauchten in einem solchen Augenblick das Bewußtsein, daß

in unserem Lande freie Kundgebungen sich gegen die Gewalt aussprachen, auch solche der Schriftsteller. Nicht alle deutschen Schriftsteller haben sich geäußert, aber viele von ihnen taten, was notwendig war. Doch ich wiederhole: Es wäre abwegig, die Schweigenden zu verdammen.

Hier wie überall — bei einem Protest gegen Atombewaffnung, bei der Unterdrückung des freien Wortes in anderen Ländern, bei irgendeinem anderen Ereignis, zu dem Schriftsteller sich als Warner äußern, gegen oder für eine Regierung —, hier wie überall wird nicht nur das Nebeneinander von engagierter und nichtengagierter Literatur sichtbar. Es wirken tausenderlei andere Beweggründe mit, die die Allgemeinheit nicht kennt. Der Schriftsteller, engagiert oder nicht engagiert, muß hartnäckiger und komplizierter organisierter Individualist sein, oder er ist nicht. Ich werde jeden achten, der kompromißlos fordert, in allen Lebensfragen müsse der Schriftsteller seine Aufgabe unbedingt darin sehen, mit dem meinungstragenden und meinungsbildenden Wort an die Öffentlichkeit zu treten. Ich weiß auch, daß wir in der Vergangenheit zu viele schweigende und politisch verhängnisvoll meinungslose Schriftsteller gehabt haben, und ich weiß, daß ihr Schweigen dann und wann Böses angerichtet hat. Ich freue mich, daß die Schriftsteller mit einem Gefühl für politische Fragen und dem Mut, sich unpopulär zu äußern, heute viel häufiger anzutreffen sind als früher. Das ist gut, gesund und notwendig, auch dann, wenn die Arbeit der Schriftsteller noch da und dort zu wünschen übrig läßt. Soweit ich mich selber als Schriftsteller betrachte, zähle ich mich zu denen, die sich äußern. Aber ich werde immer und überall auch für jene einzutreten suchen, die sich nicht äußern. Das Recht, zu schweigen ist nicht minder stark als die Pflicht, zu reden.

Über Beweggründe kann niemals die Gegenwart richten — und ich zweifle im übrigen nicht daran, daß jeder Schriftsteller weiß, daß die Nachwelt morgen über ihn so ausführlich richten wird, wie sie es heute über jene bürgerlich meinungslosen Schriftsteller mit ihrem Schweigen in der jüngeren

Vergangenheit tut. Die Aufgabe des Schriftstellers ist nach meiner Meinung, seine Aufgabe selbst zu erkennen und dann danach zu handeln, ohne sich um den Druck publizistisch verbreiteter Meinungen zu scheren — im Guten wie im Bösen.

Einig werden wir darüber sein, daß wir es beim schreibenden Künstler mit einem Kind auf einem großen Spielplatz zu tun haben, einem Kind, das mit den Feengaben des Traums, der Analyse und der großen formenden Zauberei belehnt und beschwert ist —

einem Kind, das vielleicht das Weltall verändert, indem es sich einfach auf die Wippe setzt, oder aber gar nichts bewirkt, obwohl es riesige Burgen aus dem Sand buddeit. Niemand kann sagen, was das Kind im nächsten Augenblick tun wird, auch das Kind selber nicht. Vor ihm wie vor jedem Künstler ist ein Elektronenhirn nur Schrott. Das ist für das Kind nicht nur angenehm, es ist auch eine Lebensaufgabe — möglicherweise die schwerste, die sich denken läßt. In dieser Zeit, in allen Zeiten.

Renate Lepsius

IDYLLE ODER RESIGNATION?

In unserer Zeit der Vollbeschäftigung, des sogenannten „Wirtschaftswunders“, wird selbstverständlich vorausgesetzt, daß es heute den meisten Bevölkerungskreisen unseres Volkes wirtschaftlich wie nie zuvor gut gehe. Das ist sicherlich richtig; denken wir zumal an die Bedingungen, unter denen sich heute der einzelne sein Privat- und Freizeitleben einrichten kann und wie sein Arbeitsleben abläuft, so sind sie ganz unvergleichlich andere als jene des 19. Jahrhunderts. Das Konsumverhalten breiter Schichten hat sich in vielfältiger Weise einander angeglichen, eine anhaltende Arbeitsproduktivität wird den Druck in dieser Richtung noch verstärken. Der Kühlschrank, der Fernsehapparat oder das Auto — die auffälligsten Symbole der Wohlstandsgesellschaft —, sind sie nicht bereits im Besitz nahezu aller Bevölkerungskreise zu finden? Haben nicht jene Theoretiker und Politiker recht, die angesichts dieses sichtbaren

und unwiderlegbaren Zeugnisses den Zustand unserer Gesellschaft als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ behauptet haben? Einer mittelständischen Gesellschaft also, in der die verschiedenen Schichten eingeebnet, die Klassen aufgelöst erscheinen zugunsten eines „Einheitsbreis“ einer sich in ihren Wünschen und Bedürfnissen uniform verhaltenden mittelständischen Gesellschaft?

Ohne hier auf die wissenschaftlichen, noch lange nicht ausdiskutierten und hinreichend erforschten Grundlagen eingehen zu können, müssen wir herausstellen, daß gleichmäßiges Konsumverhalten nicht gleichbedeutend mit einer Harmonisierung und Konfliktentschärfung gesellschaftlicher Beziehungen ist, das heißt, noch lange nicht ausreichend, um die Existenz einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft zu begründen. Beispielsweise ist die Frage nach den Unterschieden zwischen der Schicht der Arbeiter und der der Angestellten

bisher keineswegs beantwortet. Vielfach mag es gewiß so erscheinen, als ob ihre Tätigkeitsmerkmale sich überschneiden, aber gilt dies auch überzeugend für das Verhalten beider Gruppen, für ihren Standort in unserer Gesellschaft und ihr Verhalten zu unserer Gesellschaft? Gibt es nicht vielmehr doch gewisse Anzeichen, die darauf schließen lassen, daß die Lage der Arbeiter in unserer Gesellschaft nach wie vor eigenen Gesetzen unterworfen ist, die zutiefst der Einebnungstheorie der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ widersprechen?

*

„Es gibt auch heute eine latente Unzufriedenheit unter den Arbeitern“, so meinte kürzlich in einem Gespräch ein Industriesozologe — eine Behauptung, die sehr schnell heftige Proteste, Verwunderung und die Beteuerung hervorrief, aber es geht den Arbeitern doch so gut wie nie zuvor, es gibt keine Arbeitslosigkeit, kein Elend, keine Not, warum sollten sie unzufrieden sein?

Lassen wir einmal junge Menschen zu Worte kommen, dreizehn- und vierzehnjährige Jungen einer Volksschule, die in Aufsätzen ihre Meinung über ihren eigenen Berufswunsch zum Ausdruck bringen sollten, zugleich aber auch ihre Ansichten über den Beruf ihrer Väter, in diesem Fall zumeist Arbeiter einer kleinen Arbeiterwohn-gemeinde in landwirtschaftlicher Um-gebung im Einzugsbereich einer Groß-stadt. Es ist nicht verwunderlich, daß in diesen Aufsätzen Vergleiche gezo-gen werden zwischen den eigenen Wünschen und der Realisierung und Desillusionierung väterlicher Hoffnung in dessen Berufsgang.

Die Bevorzugung technischer und kauf-männischer Berufe ist — zumal es sich um Wunschvorstellungen handelt — nicht außergewöhnlich. Auch spiegeln sich darin die umfangreichen Möglich-keiten, denen sich Jugendliche heute auf dem Arbeitsmarkt gegenübersehen. In einer zumeist noch kindlichen, aber nüchternen Distanzierung zum Beruf des Vaters werden hier eigene Lebens-ziele gesetzt, die sich deutlich von ihnen abheben, zugleich aber eine he-merkenswerte Schilderung der Arbeits-situation ihrer Väter geben. Ein Schü-

ler, der Postangestellter werden möchte schreibt über seinen Vater, einen Klein-lokalfahrer bei der Bundesbahn: „Mein Vater sagt, ich soll den Beruf nicht er-lernen, denn dieser Beruf ist keine schöne Arbeit. In Sturm und Regen muß er fahren. Und immer ist er schmutzig und stinkt nach Petroleum.“ Ein anderer berichtet über seinen Va-ter, einen Betonarbeiter: „Man muß sehr aufpassen, daß nichts passiert fast jeden Tag gibt es ein Unglück im Werk. Das ist lebensgefährlich.“ Und schließlich noch ein Beispiel von einem Schüler, dessen Vater als Schneider in einem Fabrikationsbetrieb arbeitet „Ich will diesen Beruf nicht erlernen erstens weil im Sommer die Tempera-tur in der Fabrik auf 35 Grad steigt und zweitens manche Schneider, die längere Zeit in der Fabrik arbeiten und immer Dampf einatmen, Herzbeschwer-den bekommen.“

Faßt man zusammen, was die Schüler in immer wiederkehrenden Formulie-rungen an Positivem und Negativem über Beschäftigung und Beruf ihres Va-ters zu berichten wissen, so ergebet sich für eine positive Bewertung fol-gende Merkmale: geregelte Arbeitszeit und Urlaubszeit, freier Samstag, früher Arbeits-schluß, Aufstiegsmöglichkeiten, gute Bezahlung, keine Berufskleidung, ein warmes Zimmer, in dem der Tätig-keit nachgegangen werden kann. — Negativ hingegen werden herausge-stellt: Schichtarbeit, Akkordarbeit, Nachtarbeit, hohe Unfallhäufigkeit, Gesundheitsschäden (Lebensgefahr!), schlechte Arbeitsbedingungen wie Ab-hängigkeit vom Wetter, hohen Tempe-raturen, Hitze, Dampf und Schmutz, langer Anmarschweg zum Arbeitsplatz und schließlich sogar heute die Sorge vor einer möglichen Arbeitslosigkeit.

Nun wollen wir diese teils naiven, noch weitgehend kindlichen Meinun-gen gewiß nicht überbewerten. Und doch ist das eigentlich Fesselnde dieser Beschreibung der Arbeitssituation ihrer Väter das unbewußt mitgeteilte, in der Unbefangenheit von Kindern sich wi-derspiegelnde erregende Bild einer frustrierten und unterprivilegierten ge-sellschaftlichen Position der Väter, einer Arbeitslage, die ich mit den Wor-ten „proletarische Situation“ umschrei-ben möchte.

Sicher gibt es Arbeiter, für die die Mehrzahl der oben angeführten unterprivilegierten Tätigkeitsmerkmale nicht zutreffen mag. Vielleicht bezeichnet diese Beschreibung auch nicht die Lage des qualifizierten Facharbeiters, der — womöglich an einer hochmodernen automatisierten Anlage arbeitend — sich ein neues Leistungs- und Selbstbewußtsein in seiner Stellung zum Betrieb (und zur Gesellschaft?) erworben hat. Aber, so müssen wir trotz des in der Industriegesellschaft angelegten Trends zur spezialisierten und gelerten Facharbeit fragen, wird nicht doch die Situation einer Mehrzahl der Arbeiter auch heute durch Merkmale gekennzeichnet, die sie noch immer in „schicksalhaftgebundener“ Weise von weitgehend unberechenbaren Kräften abhängig machen? Muß sich nicht diese im persönlichen Bereich erfahrene Arbeitssituation auf Verhältnis und Einstellung der Arbeiterschaft zur Gesellschaft, zum Staat, zur Politik beispielsweise, in irgendeiner Weise niederschlagen? Leider wissen wir darüber nicht viel.

*

Zwar gibt eine Untersuchung über „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“¹⁾ einige interessante Aufschlüsse, die in diese Richtung weisen. Sie sollten aber nicht überschätzt werden, da sie sich auf die Situation (und im Querschnitt einer Meinungsbefragung ausschließlich) von Hüttenarbeitern und ihre Stellung im Betrieb beziehen, das heißt vom Betrieb her alle weiteren Folgerungen, also auch auf die Gesellschaft, gezogen werden. Bemerkenswert ist in unserem Zusammenhang allerdings die aus dieser Untersuchung zu folgernde grundsätzlich andere Einstellung von Arbeitern und Angestellten zum Betrieb und ihre darauf aufbauende Einstellung zur Gesellschaft. Während die breite Schicht der Angestellten ihren gesellschaftlichen Standort weitgehend in eine hierarchische Stufenordnung einbaut, hierin auch ihr Aufstiegs- und ihre Aufstiegsmöglichkeit (?) zum Ausdruck kommen mag, durchzieht die Ordnungsvorstellungen der Arbeiterschaft (der befragten Hüttenarbeiter) eine deutliche Zäsur in der Resignation

zwischen einem „Oben“ und einem „Unten“. Die Klassenlage des im „Unten“ unserer Gesellschaft Verhaftetseins, einer Zweiteilung unserer Gesellschaft also, erscheint allerdings insoweit entschärft, als nur ein Teil der in dieser Untersuchung Befragten diesen Zustand als vorgegeben und unabänderlich hinnimmt. Dem stehen die evolutionären Vorstellungen von einer zweigeteilten (dichotomischen) Gesellschaft gegenüber, die durch ausgleichende Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite eine beständige Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft für möglich halten.

Erinnern wir uns an die Äußerungen der Schüler über ihre Berufswünsche, so zeigt sich in der Gegenüberstellung mit dem Gesellschaftsbild der Arbeiter die bemerkenswerte Tatsache der persönlichen Aufstiegs- und Aufstiegshoffnung junger Menschen und der in der Zweiteilung zum Ausdruck kommenden Resignation des Arbeiters in seiner gesellschaftlichen Eingliederung. Als Merkmal der sozialen Lage des Arbeiters kann man wohl eine individuelle Aufstiegs- und Aufstiegshoffnung zusammen mit einer kollektiven gesellschaftlichen Resignation und sozialen Unterprivilegiertheit ansprechen.

*

Es dürfte deutlich geworden sein, daß es nach wie vor eine Arbeitssituation der Arbeiterschaft gibt, die sich speziell nur auf sie bezieht und die in ihren äußerlichen Merkmalen selbst dann weitgehend unabänderlich sein wird, wenn die sozialen Bedingungen etwa durch Tarifverträge der Gewerkschaften und weiterreichende Besserungen künftig verändert werden können. Auf die Einstellung gegenüber der Gesamtgesellschaft projiziert, mag diese den Arbeitern auch bewußte spezifische Arbeitslage im dichotomischen Denken einer Zweiteilung der Gesellschaft zum Ausdruck kommen.

Es ist also festzuhalten, daß sich die Arbeiterschaft weiterhin in einer unterprivilegierten Position befindet und daß das Wissen um diese „proletarische“ Lage auch im Blendlicht der Hochkonjunktur nichts an Aktualität verloren hat. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, anzunehmen, daß ausge dehnter, umfangreicher Konsum diese

1) Von H. Popitz, Behrdt, Jüres, Kesting, Tübingen 1957.

abhängige soziale Situation entscheidend verändern könnte oder aus der Welt geschafft hätte. Anders gesagt bedeutet es, daß eine „Nivellierung“ gegenüber anderen Schichten und eine Konfliktentleerung nicht eingetreten ist, auch wenn die Gesamtsituation zur Zeit entschärft und überdeckt erscheinen mag. Fraglich ist auch, ob rein technische Änderungen, wie etwa die Aufgabe der Berufsbezeichnung „Arbeiter“ zugunsten der eines „Angestellten“, an der wirklichen sozialen Situation etwas ändern werden. Was in Wirklichkeit droht, ist die Resignation der Arbeiter angesichts ihrer kollektiven Abhängigkeit von einer unterprivilegierten Situation, zumal das im 19. Jahrhundert bestehende Arbeiterbewußtsein mit dem Glauben an eine klassenlose Zukunftsgesellschaft untergegangen ist. Denken wir an dieses Leitbild des selbstbewußten Proletariats, so erscheint es uns bedanklich, den sozialen Status des Arbeiters innerhalb der Gesamtgesellschaft in den eines „bequemen“ Mittelkläßlers umzuinterpretieren, oder „dem, der einen sozialen Status im Rahmen der Gesamtgesellschaft haben will, den Status

eines Kleingärtners zu geben“²⁾. Die These der nivellierten Mittelstandsgesellschaft ist angesichts dieser Tatsachen nicht nur falsch, sondern gefährlich, weil sie mit einer kleinbürgerlichen Idylle die eigentlichen Probleme der demokratischen Gesellschaft verschleiert. Wir sollten uns vielmehr fragen: Was ist das eigentlich für eine Gesellschaft, in der ein Großteil der Bevölkerung im Laufe ihres Lebens feststellen muß, daß sie trotz aller Anstrengungen und Hoffnungen das Ziel, Vollbürger unserer Gesellschaft zu werden, nicht erreichen kann?

Mag auch vieles dafür sprechen, daß die in unserer Gesellschaft scheinbar bestehende Spannungsarmut zu einem großen Teil durch die wachsende Massenproduktion und Konsumausweitung erreicht worden ist, so sollten wir uns doch davor hüten, diesen Zustand mit einer Harmonisierung des sozialen Gesellschaftsgefüges gleichzusetzen. Die Integration des Arbeiters in die Gesamtgesellschaft läßt sich nicht durch steigenden Konsum erkaufen.

²⁾ Helga Gröning: „Frühzeit und Demokratie in der modernen Industriegesellschaft“, „Gleichheit“, Heft 10, 1961.

Erörterungen im Konjunktiv

Präsident Kennedy hat seine Neujahrsrede dazu benutzt, einem Vorwurf entgegenzutreten, der ihm in den letzten Monaten oft zur Last gelegt wurde: Der Westen hätte das, was am 13. August und danach in Berlin geschehen ist, verhindern können, wenn er einfach den Stacheldraht wieder eingerissen und die Mauer geschleift hätte. Dieser Vorwurf war deshalb nicht ungefährlich, weil er durchaus geeignet gewesen wäre, das Vertrauen innerhalb des westlichen Bündnisses und innerhalb des amerikanischen Volkes zu untergraben. Als General Lucius D. Clay ihn im November zum ersten Mal öffentlich aussprach, da war in Westberlin die Erinnerung an jenen Augenblick kurz nach dem 13. August, in dem die Berliner von einem gefährlichen Gefühl der Einsamkeit erfaßt worden waren, noch nicht ausgelöscht. Clays Urteil deckte sich mit dieser — von den Berlinern eigentlich schon überwundenen — Empfindung; und da der Abwehrgeist der Berliner ein entscheidender Eckpunkt im Verteidigungsbündnis des Westens ist, war die wohlgemeinte Kritik Clays schon deshalb unbedacht.

Die Bemerkungen Kennedys in seiner Neujahrsansprache haben hoffentlich diese

unglückliche Diskussion beendet. Gegen seinen Hinweis, Ulbricht hätte im Falle eines Eingreifens der Westtruppen ja jederzeit die Mauer ein paar hundert Meter zurückverlegen können, wird es kaum einen Einwand geben.

Im übrigen ist es in der Tat keineswegs ausgemacht, wie sich die Sowjets bei einem solchen Zusammenstoß verhalten hätten. Die Verantwortung hätte letzten Endes niemand dem amerikanischen Präsidenten abgenommen. Daß es eine so drückende Verantwortung hätte werden können, kann man gerechterweise nicht ihm anlasten, sondern das geht wohl eher zu Lasten früherer westlicher Versäumnisse.

Die Dinge zwischen Ost und West waren bereits vor Kennedys Amtsantritt so verfahren, daß man allein mit dem Schwert militärischer Bravour den gordischen Knoten nicht mehr durchhauen konnte. Der Zorn mag so heilig sein wie bei Clay, oder so scheinheilig wie bei einigen seiner Nachsprecher: Das alles ändert nichts daran, daß jetzt eine eherner Diplomatie das Wort hat und nicht stählerne Panzer. Erörterungen im Konjunktiv sind nicht nur ohne Nutzen, sie sind schädlich. kv

Information von außen

Im November vorigen Jahres hatte Präsident Kennedy einen seltenen Besuch. Adschubej, Schwiegersohn Nikita Chruschtschows, Chefredakteur der sowjetischen regierungsmittlichen „Iswestija“ und designierter Leiter der Redaktion der parteiamtlichen „Prawda“, kam für ein paar Stunden ins Weiße Haus und veranstaltete mit dem mächtigsten Mann des westlichen Lagers ein ausführliches Interview. Die Tatsache des Interviews und seiner sehr breiten Wiedergabe wenige Tage später in der „Iswestija“ ist im Westen mit einer ungerechtfertigten Selbstverständlichkeit aufgenommen worden. Dann eben darin liegt das Novum: Das sowjetische Regierungsorgan, eine Zeitung, die sich in der Sowjetunion jedermann kaufen kann, die für viele Funktionäre so-

gar Pflichtlektüre ist, verbreitete die Meinungsäußerungen des großen Gegenspielers wörtlich und in einer erstaunlichen Breite! Jedermann in der Sowjetunion konnte also nachlesen, warum Kennedy an Berlin festhält und wie der amerikanische Präsident den Ost-West-Gegensatz überhaupt sieht. Mit anderen Worten: Jedermann in der Sowjetunion konnte sich mit den politischen Gedankengängen des amerikanischen Präsidenten vertraut machen, unzensuriert und nicht im Zerrbild der Propaganda. Man stelle sich vor, so etwas wäre von zehn oder elf Jahren geschehen, beispielsweise vor dem Hintergrund des Koreakonfliktes. Undenkbar!

Aber jetzt ist es geschehen. Und das nennen wir — trotz aller Rückfälle und Ent-

täuschungen — ein gutes Symptom für den Einbruch der Information von außen in einen Teil der Welt, der zwar noch den Anschein eines monolithischen Blocks erwecken möchte, aber längst kein in sich geschlossener Block mehr ist. Das schließt für die Hauptmacht des Ostblocks die Notwendigkeit ein, die Auseinandersetzung mit dem Gegenspieler in einer weniger orthodoxen Weise auszutragen als früher. Wer den „Wahlkampf um die Welt“ ausfechten will, der muß wohl früher oder später auch die Informationssperre gegenüber den „eigenen“ Massen ein wenig lockern.

Wir meinen, der Westen sollte diesen Prozeß nicht dem Zufall überlassen. Er sollte Moskau gerade auf dem Sektor der Information immer wieder herausfordern, und er sollte sozusagen im Ausgleich seine eigenen Informationsmittel dieser Auseinandersetzung öffnen. Das geht bei uns natürlich nur durch die freie Entscheidung der Presse. Aber warum sollten z. B. die Verantwortlichen der „New York Times“ sich vor der Veröffentlichung von Chruschtschow-Interviews fürchten, wenn damit die Kennedy-Veröffentlichung in der „Iswestija“ weitere Fortsetzungen finden könnte? kv

Nehru nicht Nero

Nach Nehrus Aktion gegen Goa haben eine deutsche Tageszeitung in einer Karikatur und eine Illustrierte in dem, was sie ihren „Leitartikel“ nennt, einer unerlaubten Alliteration gefront und Nehru mit Nero verglichen. Aber auch abgesehen von solchen Entgleisungen hat Nehrus Goa-Aktion in der westlichen Welt ein wenig verständiges Echo ausgelöst.

Obwohl Nehru bereits bei seinem Amtsantritt vor vierzehn Jahren wie in seiner 1936 veröffentlichten Autobiographie mit aller Deutlichkeit klargemacht hat, daß er Machtenwendung bei der Wahrnehmung staatlicher Interessen keineswegs ausschließt, und obwohl Kaschmir, Halderabad und Junaghad bereits historische Beweise dafür sind, wurde der indische Premierminister auf Ghandis Ahimsa, d. i. Politik der Gewaltlosigkeit, fixiert. Und das geschah in einer merkwürdigen Mischung von Idealisierung und Ironisierung.

Die Überraschung und das Übermaß der Bestürzung, als Nehru dann seine Truppen in Goa einmarschieren ließ, verraten nicht zuletzt eine ungenaue Information über fernöstliche Vorgänge. Der Einmarsch erfolgte am 18. Dezember 1961. Aber schon am 11. Dezember hatte Nehru die NATO ersucht, daß sie Lissabon zur Zurückziehung seiner Truppenverstärkungen in Goa veranlasse. Am 14. Dezember hatte Nehru den zur Vermittlung bereiten Amerikanern erneut versichert, daß er die „kulturelle und religiöse Eigenständigkeit“ Goas gewährleisten werde.

Vermittlungsversuche der Briten aller-

dings waren Nehru eher wie Versuche erschienen, Zeit für diejenigen zu gewinnen, die Goa zu einer Festung auf indischem Boden zu machen bestrebt waren. So hatte sich neben anderen NATO-Mächten vor allem Spanien in „iberischer Solidarität“ dazu bereit erklärt, ebenso wie kurz zuvor nach Angola jetzt auch nach Goa Lastkraftwagen, Munition und andere Rüstungsgüter zu senden. Noch Mitte Dezember, als der portugiesische Staatspräsident Franco besuchte, war davon in der spanischen Presse die Rede. Am 14. Dezember 1961 wies Indiens UNO-Botschafter in einer Pressekonferenz auf die portugiesischen Maßnahmen einiger NATO-Länder hin. Am selben Tage forderte Lissabons Außenminister die gleiche westliche Solidarität in Goa wie in Berlin.

Dies alles konnte, ja mußte bekannt sein. Aber die Urteile, die man nach dem 18. Dezember hörte, schienen von wenig Sachkenntnis bestimmt zu sein.

Stichhaltig war allein der Hinweis, daß Nehru, bevor er zur Selbsthilfe schritt, die UNO hätte anrufen sollen. Adlai Stevenson sagte im Sicherheitsrat mit Recht, daß auch aus einer Gewaltanwendung gegen bestehenden Kolonialismus ein Weltkrieg entstehen könne. Aber Nehru hat später in einer Pressekonferenz betont, daß Portugal auf ein Ersuchen des UNO-Generalsekretärs U Thant, Verhandlungen über Goa mit Indien aufzunehmen, antwortete, die portugiesische Souveränität über Goa stehe außer Diskussion. So nahmen dann die Dinge ihren Lauf. id

Ein zweiter Frühling?

Der erste polnische Frühling fiel in den Oktober des Jahres 1956, Stalins Denkmäler wurden damals zwar nicht demonstrierter, aber sein Geist des Dogmatismus ver-

schwand aus der polnischen Politik und noch mehr aus der Wissenschaft des Landes. In den folgenden Jahren mußten manche individuelle politische oder wissen-

schaftliche Regungen der außenpolitischen Staatsräson Polens geopfert werden, aber jetzt besteht Aussicht, daß der zweite polnische Frühling mit der passenden Jahreszeit des Jahres 1962 zusammenfällt. Während in Ostberlin die Stalinmonumente stürzen und der Stalinismus weiterlebt, bleibt der rote Zar in Polen immer noch auf seinen Zementsockeln stehen, dieweil einzelne Wissenschaftler Fragen aufwerfen, die für das Selbstverständnis des Kommunismus von großem Gewicht sind.

So hat Professor Stanislaw Ehrlich in der Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ das Problem erörtert, wie es denn mit der Suche nach der wissenschaftlichen Wahrheit im heutigen Polen bestellt sei. Er schreibt: „Man spricht oft vom Prinzip der Parteilichkeit in der Wissenschaft, aber was soll das bedeuten? Nichts anderes als kompromißloses Engagement auf der Seite der wissenschaftlichen Wahrheit... In einem katholischen Lande war und ist die Toleranz für das katholische Denken richtig und nötig. Nur blinde Eiferer wollen nicht zugeben, daß die Toleranz auch für das marxistische Denken unerlässlich ist wie die Luft, das Brot und das Wasser.“ Einen Forscher, so schreibt Professor Ehrlich weiter, dürfe man nicht wie einen Scharfschützen behandeln, der immer ins Schwarze treffen müsse. Die Wahrheit entspringe allein aus dem Zusammenprall der

Meinungen, aber nicht aus dem Zusammenprall der Wissenschaft und ihrer Verwaltungsinstanzen.

Wofür sich hier ein polnischer Gelehrter ausspricht, ist kein auf den Westen beschränkter Freiheits- und Wissenschaftsbegriff, sondern bezeichnet den einzigen möglichen Inhalt einer freien Wissenschaft. Es ist bemerkenswert, daß Hand in Hand mit einer größeren geistigen Weite das Verhalten der polnischen Studenten sich zu verändern beginnt. Die Zahl derjenigen, die für eine „Sache“ — sei es nun der Kommunismus, die Kirche oder das Vaterland — ihr Leben einsetzen wollen, schwindet. Größer wird die Schar der Studenten, die sich von der Politik fernhalten und sich ein privates Lebensgehäuse zurechtzimmern möchten. Ähnliche Beobachtungen machen wir seit langem bei vielen Studenten in der Bundesrepublik. Die Resultate solcher Beobachtungen mögen die politischen Statistiker verdräßen, die da glauben, daß ein jeder die Pflicht habe, sich im Sinne des herrschenden ideologischen oder staatlichen Leitbildes zu verhalten. Diese Pflicht hat der einzelne nur in der Diktatur, nirgendwo sonst. Daß Polen sich auf diesem Wege der Freiheit weiter vorzuwagen scheint, ist ein gutes Zeichen. Wir sollten es begrüßen — ungeachtet der Tatsache, daß sich solche Wandlungen unter dem Banner des Kommunismus anbahnen. —r.

Die „Union der Europäischen Völker“

Wir stehen am Beginn einer neuen Phase der Einigungsbestrebungen in Europa. Die sechs Außenminister der EWG wollen ihre Bestrebungen zur Schaffung einer „Union der Europäischen Völker“ fortsetzen. Optimisten glauben, daß schon im Jahre 1962 die Geburtsstunde der neuen Union schlagen werde. Nach der Gründung der Montanunion im Jahre 1951 und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 wird dann also auch eine politische Gemeinschaft der Völker der EWG bestehen.

Doch nicht alle überzeugten Europäer sehen in diesen drei Phasen der europäischen Integration eine Aufwärtsentwicklung. Fest steht nämlich, daß der Vertrag zur Konstituierung der Montanunion noch unmittelbares supranationales Recht schuf. Der EWG-Vertrag stellte dagegen nur mehr Verfahrensregeln auf, nach denen die Nationalstaaten Supranationalität schaffen sollen. In der „Union der Europäischen Völker“ wird jedoch nicht einmal das mehr anvisiert. Ihre Paten, vor allem de Gaulle, wollen in ihr nicht mehr ein vereinigtes Europa, sondern das „Europa der Vaterländer“ verwirklichen.

Supranationalität in der Montanunion und in der EWG heißt nun aber nicht nur Bil-

dung eines geeinten Europas, sondern auch gleichzeitig besonderer Schutz der Kleinen, der Benachteiligten, und überproportionale Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Vertreter beim Aufbau Europas. Das wird bei der Sitzverteilung im Europäischen Parlament und den Exekutiven wie bei den vorgeschriebenen Abstimmungsmodalitäten im Ministerrat deutlich. Auch damit will der jetzt vorliegende französische Plan aufräumen. Der Ministerrat der „Union der Europäischen Völker“, der in der Union eine gemeinsame Außenpolitik, eine enge kulturelle und geistige Zusammenarbeit und eine gemeinsame Verteidigungspolitik schaffen soll, wird Mehrheitsentscheidungen fällen können, die nur für die Befürworter verbindlich werden. Staaten, die mit „Nein“ oder „Enthaltung“ gestimmt haben, sind nicht gebunden. Diese Prozedur erscheint auf den ersten Blick unanwendbar, aber demokratisch. Faktisch stellt sie die Ungleichwertigkeit der Staaten der EWG fest, indem sie den „Großen“, vor allem Frankreich, ein Veto einräumt. Ist es denn vorstellbar, daß ein Beschluß über eine gemeinsame Außenpolitik der EWG-Staaten ohne Frankreich praktiziert werden kann? Oder ist es denkbar, daß sich eines oder

mehrere der Beneluxländer einem sonst einstimmigen Beschluß zur Verteidigungspolitik widersetzen, ohne in eine untragbare Isolierung gedrängt zu werden? Auch aus diesem Grunde finden sich die Gegner dieser Neugründung vor allem in den Niederlanden und Belgien. Hier sieht man das wachsende Gewicht der „Achse“ Bonn—Paris, und deswegen versucht man, unter Hinweis auf den kommenden Beitritt Großbritanniens zur EWG Zeit zu gewinnen. Doch selbst wenn Frankreich diesen neuen Plan mit dazu benutzen sollte, England den Weg nach Europa zu erschweren, verliert die belgisch-holländische Argumentation schon deshalb an Gewicht, weil sich die Regierung Macmillan selbst für ein „Europa der Vaterländer“ und damit auch positiv für diesen Unionsplan ausgesprochen hat.

Vor allem die Vertreter der Bundesregierung haben schon eine Reihe von Abänderungswünschen zu dem ursprünglichen, von einer Arbeitsgruppe erarbeiteten und nach ihrem französischen Präsidenten genannten „Fouchet-Plan“ angemeldet; andere werden folgen. Trotzdem bleiben zwei prinzipielle Bedenken gegen die „Union der Europäischen Völker“ bestehen. Es handelt sich einmal um die Zukunft der bestehenden Gemeinschaften. Die Kapitulation der EWG-Kommission vor dem Ministerrat bei der Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik und der damit verbundene Abbau supranationaler Regelungen machen deutlich, wie schwach doch eigentlich die EWG-Exekutiven in Brüssel sind. Ein politischer Zusammenschluß der sechs EWG-Länder mit seinem Sitz in Paris nach dem Prinzip althergebrachter Allianzen der Nationalstaaten muß die EWG-Kommission noch weitgehen-

der ihrer Möglichkeiten berauben, supranationale Lösungen für die Probleme der ökonomischen Integration zu entwickeln. Eine Koordinierung der nationalen Volkswirtschaften allein wird die EWG andererseits aber mit Sicherheit zum Scheitern bringen.

Viel gefährlicher könnte die „Union der Europäischen Völker“ aber noch für unsere gemeinsame atlantische Verteidigung werden. Die vielbeachtete Straßburger Rede de Gaulles vom November 1961, die wiederholten Stellungnahmen Premierminister Debrés machen deutlich, daß Frankreich unverändert an einer nationalen Verteidigungspolitik und an einer nationalen Atomstreitmacht festhält. Wenn Frankreich gleichzeitig diese „Union der Europäischen Völker“ mit Nachdruck fordert, dann sicherlich nicht zur Stärkung der NATO. Sieht man diese Überlegungen im Zusammenhang mit Plänen der deutschen Bundesregierung zur Etablierung einer besonderen NATO-Atommacht, so deuten sich ernste Probleme für die westliche Einheit an.

Tritt England aber der EWG bei und damit auch der „Union der Europäischen Völker“, dann fragt man sich wirklich, weshalb wieder einmal eine europäische Institution geschaffen werden soll; sind doch die „Sechs“ und Großbritannien bereits heute Mitglied der WEU, die sich sehr leicht ausbauen ließe, ohne der EWG das Wasser abzugraben. Auf diese Weise wäre die politische Union auch nicht ganz von nationalen und besonders von französischen Interessen geprägt, und eine enge Zusammenarbeit mit und für die NATO wäre zu sichern.

H. A.

Regierung und Opposition

Einen Tag lang nur hatte die Debatte des Bundestages über die Regierungserklärung gedauert, und man konnte in diesem Falle nicht einmal sagen, daß in der Kürze ja schließlich die Würze liege. Wir wollen hier nicht noch einmal die Argumente und Gegenargumente festhalten, die sich Regierung und Opposition lieferten. Aber ein Wort ist zu sagen zu dem Standort, den die Aussprache über die Regierungserklärung in der Geschichte des Bundestages möglicherweise gewinnen wird.

Die CDU/CSU-Fraktion hat offenbar weiterhin die Absicht, sich als parlamentarische Exekutive der Regierung zu begreifen. Zwar bemühte sich der neue Vorsitzende der größten die Regierung tragenden Fraktion um Noblesse gegenüber der Opposition und unterdrückte kaum seine Abneigung gegenüber dem Koalitionspart-

ner, der FDP, aber mit Ausnahme seiner Warnung vor isolierten Berlinverhandlungen ließ auch von Brentano nicht erkennen, wo die CDU/CSU die angekündigten eigenen Akzente in der Politik setzen will. Die kleine Koalition von CDU/CSU und FDP, so hörte man von ihm und anderen Abgeordneten, sei deshalb notwendig gewesen, weil nur so eine starke Opposition hätte erhalten werden können, die ja ihre Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung erfüllen müsse. Die Koalitionspartner gaben damit unfreiwillig zu, daß sie diese Kontrollaufgabe selber weitgehend vernachlässigen werden, da sie eben nichts anderes und nicht mehr sein wollen als der verlängerte Arm der Regierung. Daß das Parlament als Ganzes die Kontrollinstanz der Regierung ist, haben sie übersehen.

Es war schade, daß der Präsident des Parlaments, Gerstenmaier, es unterließ, gerade in dieser Debatte für die Aufgaben und Pflichten des ganzen Bundestages ein klärendes Wort zu sagen. Die Gelegenheit dazu wurde so auch von denen versäumt, die es vermeiden wollten, das Parlament als eine Stätte der unverbindlichen Rede-

reien abwerten zu lassen. Immerhin sollte man dem gewandelten Selbstverständnis der die Regierung bildenden Fraktionen nun dadurch Rechnung tragen, daß man die Mitglieder der Regierung in der ersten Reihe der CDU/CSU und der FDP, aber nicht ihnen gegenüber Platz nehmen läßt. —r.

Die Bedingungen des Widerstandes

Hitler kommt zu spätem Ruhm: Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat ihm bescheinigt, daß die in „Mein Kampf“ aufgestellte These vom Recht zum Widerstand gegen die Staatsgewalt richtig sei. — Dort hieß es: „Wenn durch die Hilfsmittel einer Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern auch Pflicht. — Die Frage aber, wann ein solcher Fall gegeben sei, wird entschieden durch ... die Gewalt und den Erfolg.“

Man findet keinen wesentlichen Unterschied, wenn der BGH heute entscheidet, daß der gegen eine Unrechtsherrschaft geleistete Widerstand nur dann als rechtmäßig angesehen werden könne, wenn er „nach seinen Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten als ein ernsthafter und sinnvoller Versuch zu werten“ sei, „den bestehenden Unrechtszustand zu beseitigen und eine allgemeine Wende zum Besseren herbeizuführen“. Zwar müsse der Erfolg nicht unmittelbar sichtbar werden, aber der Versuch müsse doch einen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich tragen, um als Recht gegenüber dem Unrecht erscheinen zu können.

Es geht hier nicht um den konkreten Fall (ein Arbeiter hatte im September 1939 seinen Gestellungsbefehl zerrissen, weil er aus seiner sozialdemokratischen Überzeugung heraus das Hitler-Regime und den von ihm provozierten Krieg ablehnte; dafür war er bestraft worden und machte nun Entschädigungsansprüche wegen der rechtswidrigen Freiheitsentziehung und der erlittenen Gesundheitsschäden geltend), es geht vielmehr um den „lebens- und entwicklungsfähigen Keim“ eines demokratischen Staatsbewusstseins, der durch dieses Urteil gefährdet wird; es geht um den Schutz der Gewissensfreiheit des einzelnen Bürgers gegenüber der Allmacht des Staates. Es ist nicht die inhaltliche Identität von BGH und Hitler, die empört, sondern vielmehr der Maßstab des Widerstandserfolges, den beide für das Urteil über das Widerstandsrecht setzen.

Die Anschauung vom Widerstand als einem Recht entspringt der Überzeugung, daß es

eine elementare Rechtsordnung gebe, die den Herrscher in seiner Macht nur so lange legitimiert, als er das Recht achtet und dem Gemeinwohl dient; verletzt er diese Pflicht, so ist der Bürger der Treuepflicht entbunden und zum Widerstand gegen den Rechtsbrecher berechtigt. Es ist eine Umkehrung dieser Anschauung, wenn am Erfolg des Widerstandes gemessen werden soll, ob ein ihn legitimierender Rechtsbruch des Herrschers vorgelegen hat.

So wird mit Recht in den zahlreichen Prozessen unserer Jahre gegen Hitlers Handlungsgehilfen deren Argument vom Befehlsnotstand in aller Regel abgelehnt; das heißt aber doch, daß die Richter von den Tätern verlangen, sie hätten Befehlsverweigerung, also Widerstand, leisten sollen, weil sie hätten wissen müssen, daß z. B. Erschießungsbefehle unrechtmäßig waren.

Im Widerspruch dazu urteilt der Zivilsenat des BGH, wobei er sich offenbar an ein Gutachten seines früheren Präsidenten Weinkauff stützt: Passiver Widerstand sei unrechtmäßig, angesichts des totalen Unrechtsstaates, dessen Macht ja wesentlich auf dem totalen Gehorsam der Unterworfenen beruht, sei der einzelne Jedermann zu diesem Kadavergewissam verpflichtet.

Ein Recht zum — aktiven — Widerstand wird nur denen „gewährt“, die den notwendigen Überblick über die Gesamtlage haben; das sind aber in einem solchen totalen Staat nur Personen, die hohe Machtpositionen innehaben, die dann aber auch regelmäßig eifrige Anhänger dieses Regimes sind. So wird nachträglich ein Widerstandsmonopol für die Männer des 20. Juli errichtet, denn nur sie hatten solche Machtpositionen inne, obwohl sie Gegner des Regimes waren. Aber die Akteure des 20. Juli rechtfertigten ihr Vorhaben ja gerade nicht aus den Erfolgschancen, sondern mit dem Ziel, vor der Welt und der Geschichte die Identität zwischen Hitler und dem deutschen Volk zu zerreißen.

U. K.

Ein Ministerium zu wenig

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Hess, hat in Übereinstimmung mit den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft und der Westdeutschen Rektorenkonferenz zur Frage der Errichtung eines „Wissenschaftsministeriums“ Stellung genommen. Hess kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Ministerium nützlich sein könnte. Er führt dafür vier Gründe an. Erstens entspreche die Vertretung der wissenschaftlichen Forschung im Bundeskabinett der Bedeutung der Forschung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Zweitens wachse die Zahl und das Gewicht der Probleme, die in der Forschung überregionalen Charakter gewinnen und eine intensive Beobachtung und Behandlung unter dem Aspekt des Bundesinteresses verlangen. (Als Beispiel führt Professor Hess hier die Weltraumforschung an.) Drittens könne nur ein Regierungsvertreter von Gewicht Verhandlungen führen und die Bundesrepublik repräsentieren. Viertens schließlich sei es an der Zeit, den Widerstreit der Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Bundesressorts im Forschungsbereich zu beseitigen und die gesamten Forschungsmaßnahmen zu ordnen. Wir möchten Professor Hess auch folgen, wenn er sich einem Argument von Theodor Eschenburg anschließt. Der Tübinger Gelehrte meint, es sei gut, zunächst eine Art Rahmenstelle zu schaffen (was durchaus ein Ministerium sein kann) und diesen Rahmen erst nach gründlicher Vorbereitung auszufüllen. Es gibt eine Reihe von offenen Problemen, die einer sorgfältigen Diskussion und Klärung bedürfen. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, wie der Selbstverantwortung der Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und des Wissenschaftsrates entsprochen werden kann.

Auf ein anderes Problem hat Ministerpräsident Kiesinger hingewiesen. Den Ländern liegt daran, daß ein solches Bundesministerium zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung nicht zu einer konkurrierenden staatlichen Instanz wird, die unmittelbarer Gesprächspartner der Hochschule wäre. In der Tat wäre ein Dualismus zwischen dem Forschungsministerium und den Kultusministerien der Länder nicht nur verfassungsrechtlich höchst problematisch, sondern er würde vor allem zu unfruchtbaren Auseinandersetzungen über Zuständigkeitsfragen führen. Schließlich müßte auch von vornherein Klarheit darüber geschaffen werden, daß die vor allem in manchen Reden des Bundesverteidigungsministers spürbaren Tendenzen zu einer Verstärkung der staatlichen Auftragsforschung nicht überhandnehmen.

Auf der anderen Seite wäre es sinnlos, ein Ministerium zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zu einer Art von staatlicher Propagandastelle in Sachen Wissenschaft zu degradieren. Insbesondere das Bundesinnenministerium, aber auch andere Bundesressorts müßten ihre bisherigen Zuständigkeiten auf diesem Gebiet tatsächlich abgeben und auf das neue Ministerium übertragen. Das mag in der Ministerialbürokratie in Bonn nicht überall mit Sympathie gesehen werden. Aber acht Jahre Erfahrung berechtigen wohl zu dem Urteil, daß das jammervolle und beziehungslose Nebeneinander der Arbeit der einzelnen Ministerien auf diesem Gebiet in dem vorhandenen institutionellen Rahmen nicht beseitigt werden kann. Zu denken ist dabei zum Beispiel auch an die Forschungsaufgaben, die sich im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe seit langem abzeichnen. Wir haben in Bonn mindestens vier Ministerien zu viel, aber eines zu wenig.

—I.

Zehn Jahre Mitbestimmung

Die deutschen Gewerkschaften feierten das zehnjährige Jubiläum der Mitbestimmung bei Kohle und Stahl ohne ihre Sozialpartner. Damals, 1951, war den Gewerkschaften die Mitbestimmung auch nicht in den Schoß gefallen. Aber angesichts eines möglichen großen Streiks erklärte sich die erste Regierung Adenauer bereit, entsprechende Zugeständnisse an die Arbeitnehmer zu machen.

Zwei Jahre vorher — 1949 — hatte der Bochumer Katholikentag sich einmütig für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ausgesprochen. 1950 legte Hans Böckler

seinen Plan zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft vor. Er plante die Mitbestimmung auf allen drei Ebenen; in den großen Betrieben, in den Kammern der Landwirtschaft, des Handwerks und der Industrie und in einem Bundeswirtschaftsrat. Alle diese Pläne drohen Makulatur zu werden, weil die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik sich anders entwickelt haben.

Das Deutsche Industrie-Institut hat sich beilei, die vom DGB im Rahmen einer Tagung der Hans-Böckler-Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung gesetzte Mitbestimmung abzulehnen. Würde man dem Wunsch nach

einer Ausweitung der Mitbestimmung auf Wirtschaftsbereiche außerhalb von Kohle und Stahl folgen, so ließ sich das Institut vernehmen, dann lähme man die Verantwortungsfreudigkeit und Entscheidungsfreiheit der Betriebsleitungen. Das aber sei mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. Nun haben sich die Großbetriebe der Kohle- und Stahlindustrie in den letzten zehn Jahren ausgezeichnet entwickelt, obwohl wir dort seit 1951 die Mitbestimmung haben. Wieso sollte es in anderen Industriebereichen anders kommen?

Dabei sollte man daran erinnern, daß die Politik der Mitbestimmung für die Gewerkschaften die Preisgabe alter Klassenkampfpositionen bedeutete. Mitbestimmung hieß und heißt sozialer Ausgleich, Zusammenarbeit, Partnerschaft, gemeinsame Verantwortung aller für die Wirtschaft und ihre Entwicklung. Wer zu diesem Programm

nein sagt, der will die Wirtschaftsführung zu einem antidemokratischen Residuum in einer freiheitlichen Gesellschaft machen. Die Gegner der Mitbestimmung arbeiten den Kommunisten in die Hände, weil sie die demokratische Alternative zu den autoritären Formen der Wirtschaftsführung in kapitalistischen und kommunistischen Systemen ablehnen.

Unsere Gewerkschaften werden sich darüber klar sein müssen, daß die Pläne ihres Gründers Hans Böckler in den Archiven verstauben werden, wenn es nicht gelingt, die politischen Gewichte in der Bundesrepublik entscheidend zu verändern. Die Vereinbarung, die die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden mit ihrem Verhandlungspartner erzielen will — sie ist tatsächlich vom Geist einer fairen Zusammenarbeit geprägt —, mag man zwar begrüßen. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

—r.

Kosten und Erfolgsaussichten der Entwicklungshilfe

Von Prof. Dr. Dr. h. c. Fritz Baade, MdB, Kiel

I.

Mit der Hilfe für die Entwicklungsländer haben die Industrieländer der westlichen Welt im allgemeinen und die Bundesrepublik Deutschland im besonderen ein Unternehmen begonnen, von dessen Größenordnung die wenigsten wohl eine richtige Vorstellung haben. Es ist daher dringend nötig, Klarheit darüber zu schaffen, was dieses Unternehmen „Entwicklungshilfe“ einmal insgesamt kosten wird und wie es um die Erfolgsaussichten bestellt ist.

Den ersten Versuch einer Abschätzung der Gesamtkosten der Entwicklungshilfe hat Paul G. Hoffman, der frühere Administrator des Marshallplanes und heutige Direktor der International Development Association (IDA), in seiner Schrift „Hundert Länder, einvierthel Milliarde Menschen“¹⁾ gemacht. Er versucht eine Globalschätzung mit folgender Methode: Man kann annehmen, daß für eine bestimmte Erhöhung des Volkseinkommens in einem Land eine entsprechende Erhöhung der Ersparnisse und der Investitionen notwendig ist. Paul G. Hoffman rechnet dabei, daß für je 1 v.H. der Erhöhung des Volkseinkommens 3 v.H. des Volkseinkommens zusätzlich gespart und investiert werden müssen, d. h. er rechnet mit dem „Kapitalfaktor“ 3. Auf Grund dieser Rechnung schätzt er, daß die Entwicklungsländer zu der jetzt bereits laufenden Hilfe von etwa 4 Md. \$ jährlich eine zusätzliche Hilfe von 3 Md. \$ bekommen müssen, damit das Einkommen in diesen Ländern, das z. Z. nur um 1 v.H. jährlich je Kopf der Bevölkerung steigt, auf einen Steigerungssatz von 2 v. H. gebracht werden kann. Nach seiner Rechnung würden also die Kosten dieser zusätzlichen Hilfe, wenn sie zehn Jahre aufgebracht werden muß, 30 Md. \$ betragen.

Eine ähnliche Rechnung hat Prof. Jan Tinbergen, der der langjährige Leiter des niederländischen Planungsamtes und dann zwei Jahre Chefberater der Weltbank war, zusammen mit dem französischen Minister Pierre Moussa aufgestellt, und zwar in einer Denkschrift, die für eine in

Bari im Oktober 1961 veranstaltete Konferenz über die Politik der EWG gegenüber den Entwicklungsländern vorbereitet wurde. Tinbergen und Moussa schätzen hier, daß für eine Steigerung des Sozialeinkommens in den Entwicklungsländern um 2 v.H. je Kopf der Bevölkerung ein zusätzlicher „Außenbeitrag“ von 7,5 Md. \$ benötigt würde, für eine Steigerung des Je-Kopf-Einkommens um 4 v.H. ein solcher von 15,2 Md. \$. Sie stellen dabei fest, daß eine Steigerung des Je-Kopf-Einkommens um 4 v.H. immer noch etwas unterhalb des Steigerungssatzes in dem größten Teil der entwickelten Industrieländer liegen würde und infolgedessen eigentlich das Minimum des Wünschenswerten darstellt. Würde man diese Zahl ebenso wie die Zahl von Hoffman mit zehn multiplizieren, so käme man zu einem Betrag an erforderlicher Entwicklungshilfe von 150 Md. \$.

Der Verfasser hat der Konferenz von Bari Thesen eingereicht, in denen er darlegt, daß sowohl die Schätzung von Paul G. Hoffman wie die von Tinbergen und Moussa zu niedrig ist, weil die Verwendung des „Kapitalfaktors“ im Fall der meisten Entwicklungsländer eine höchst problematische Angelegenheit ist. Mit einer Steigerung der Ersparnisse und Investitionen um 3 v. H. läßt sich nur in Ländern, deren Struktur ausgeglichen und in Ordnung ist, eine Zunahme des Volkseinkommens um 1 v.H. erreichen, nicht aber in Ländern, die, wie gerade die größten und volkreichsten Entwicklungsländer, an einer schweren strukturellen Erkrankung ihres volkswirtschaftlichen Fundaments leiden. Diese Erkrankung ist insbesondere überall dort gegeben, wo die Bevölkerung rascher steigt als die Nahrungsmittelproduktion. Daraus ergibt sich der paradoxe Zustand, daß Länder, die 70 bis 80 v. H. ihrer nationalen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, d. h. in der Nahrungsproduktion, beschäftigten, nicht einmal imstande sind, sich selber zu ernähren, und daß sie, um nicht zu verhungern, Nahrungsmittelgeschenke bekommen müssen von einem Land, das — wie die Vereinigten Staaten — nur 10 v.H. seiner nationalen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft einsetzt. Diese 10 v.H. der nationalen Arbeitskräfte sind in den Vereinigten Staaten imstande, nicht nur die eigene Bevölkerung reichlich, ja überreichlich zu

¹⁾ Paul G. Hoffman: „One hundred countries — one and one quarter billion people“, Washington. — Ausgewählte Übersetzt: „100 Länder — einvierthel Milliarde Menschen. Bescheinigung ihres und unseres wirtschaftlichen Wachstums in dem Jahrzehnt nach 1960.“ (Deutsches Institut für Entwicklungsdokumente zur Sozialökonomie, H. 3.) Köln 1960.

ernähren, sondern sogar noch Nahrungsmittelgeschenke für Agrarländer aufzubringen, die sich selber nicht ernähren können. Dieser Zustand kann selbstverständlich nicht unbegrenzt lange andauern.

Eine Abschätzung des wirklichen Bedarfs an Entwicklungshilfe muß also mit der Analyse dieser kranken Volkswirtschaften beginnen. Die „Globalanalyse“ von Hoffman, Tinbergen und Moussa muß, so wie wir es in der ökonomischen Forschung allgemein gewohnt sind, noch durch eine Sektorenanalyse ergänzt und berichtigt werden, eine Sektorenanalyse, die mit dem entscheidenden Sektor Ernährung und Landwirtschaft zu beginnen hat.

Diese Analyse wird im folgenden anhand der drei Länder durchgeführt, in denen ein besonders katastrophales Mißverhältnis zwischen der Steigerung der Bevölkerungszahl und der Steigerung der Nahrungsproduktion besteht, nämlich der Länder Türkei, Pakistan und Indien.

II.

Vorher aber wollen wir noch einen Blick auf das große Unternehmen werfen, das bereits einmal durchgeführt wurde, um mit Krediten und Geschenken eines reichen Landes Ländern zu helfen, die sich in Not befanden, nämlich den Marshallplan. Das Prinzip des Marshallplans bestand darin, den europäischen durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse in Not geratenen Völkern so zu helfen, daß sie sich einmal selber helfen können. Es war geschätzt worden, daß das Unternehmen „Marshallplan“ 29 Md. \$ kosten würde, diese Schätzung konnte später auf 17 Md. \$ herabgesetzt werden, effektiv sind nur 13 Md. \$ ausgegeben worden, von denen die europäischen Länder inzwischen bereits 2 Md. \$ zurückgezahlt haben. Die geringsten Erfolgsaussichten bestanden eigentlich für die Bundesrepublik Deutschland, die zu ihrer schon vorher dichten Bevölkerung noch zehn Millionen Heimatvertriebene und später noch zweieinhalb Millionen Flüchtlinge aufgenommen hatte. Gerade im Falle der Bundesrepublik Deutschland aber hatte das Unternehmen „Marshallplan“ einen besonders glänzenden Erfolg: Die Bundesrepublik wurde mit dieser Hilfe instand gesetzt, sich selber zu helfen. Das Defizit ihrer Dollarbilanz verwandelte sich bald in einen Überschuß. Sie konnte den Teil der Marshallplanhilfe, der nicht als Geschenk, sondern als Darlehen gegeben worden war, sogar vor dem versprochenen Termin zurückzahlen und damit dem Schenker einen wesentlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten leisten.

Nichts von diesen glänzenden Erfolgen des Marshallplans ist im Falle des Unternehmens Entwicklungshilfe zu erwarten. Die

Zeit, in der die Länder diese Hilfe benötigen, wird ungemein lang sein. Im Falle der Länder Türkei, Pakistan und Indien wäre es bereits ein sehr gutes Ergebnis, wenn man das Ernährungsdefizit dieser Länder in einem Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Jahren beseitigen kann. Der Mechanismus des Kapitalfaktors kann erst zu spielen anfangen, wenn der außergewöhnliche Krankheitszustand an der Basis der Volkswirtschaft, nämlich der Ernährungsbilanz, beseitigt ist.

Warum das Unternehmen Entwicklungshilfe soviel schwieriger und kostspieliger und soviel weniger erfolgversprechend ist, als es das Unternehmen Marshallplan war, ist leicht einzusehen. Die europäischen Völker, denen geholfen wurde, standen auf einem hohen Bildungsniveau. Es gab keine Analphabeten mehr, auch in der Landwirtschaft war ein erhebliches Maß von Fachbildung vorhanden, ganz zu schweigen von der Industrie, in der sie über eine hochqualifizierte Facharbeitskraft und ein Unteroffiziers- und Offizierskorps von hoher Qualität verfügten, vom Vorarbeiter über den Werkmeister, den Ingenieur, den Diplomingenieur bis zum Fabrikdirektor und Konzernleiter. Dazu waren diese Länder trotz aller Kriegszerstörungen mit Kapitalgütern gut ausgerüstet. Sie besaßen Landstraßen, wenn auch verbesserungsbedürftige, sie besaßen Eisenbahnen, wenn auch reparaturbedürftige, und sie besaßen Fabriken und Kraftwerke, die im Falle der Bundesrepublik Deutschland durch den Bombenkrieg zwar angeschlagen waren, aber mit verhältnismäßig erträglichem Aufwand wieder in volle Produktion gebracht werden konnten. Zu all dem ist im Falle der Entwicklungsländer zu sagen: „Fehl-anzeige“.

III.

Und nun zur Spezialanalyse des Sektors Ernährung und Landwirtschaft in den drei Ländern Türkei, Pakistan und Indien.

Diese Länder haben mit einer Bevölkerung von etwa 550 MILL. Menschen fast die Hälfte der Bevölkerung der gesamten Entwicklungsländer. Die Steigerung der Bevölkerung ist in diesen Ländern der Steigerung der Nahrungsproduktion weit vorausgeeilt und wird ihr aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren noch voraus-eilen. Heute wird das Ernährungsdefizit dieser Länder durch Subventionen der Vereinigten Staaten auf Grund des Gesetzes 490 gedeckt. Indien erhält auf diese Weise jährlich etwa 4 MILL. t Getreide, Pakistan 1 MILL. t Getreide und die Türkei $\frac{1}{2}$ MILL. t Getreide. Das Verfahren besteht darin, daß diese Länder landwirtschaftliche Überschussprodukte der USA gegen ihre weiche Währung kaufen und daß die dabei entstehen-

den Gegenwertfonds ihnen von den USA für Investitionszwecke kreditiert werden. Da zum Getreide noch andere landwirtschaftliche Überschussprodukte hinzukommen, insbesondere auch Fette, in manchen Fällen sogar Fleisch (gefrorenes Geflügel), betragen die Zuwendungen an diese drei Länder im Jahre 1960 mit über 600 Mill. \$ die Hälfte der Gesamtzuwendungen, die von den Vereinigten Staaten gegeben wurden.

Das auf diese Weise gedeckte Ernährungsdefizit ist nicht ein statisches, sondern ein dynamisches Defizit. Es wird mit aller Sicherheit noch auf eine ganze Anzahl von Jahren hinaus stark steigen. Die Kommission der Ford Foundation²⁾, die im Jahre 1959 die Lage in Indien studiert hat, schätzt, daß das indische Ernährungsdefizit bis zum Ende des dritten Fünfjahresplanes von heute 4 Mill. t Getreide auf 28 Mill. t steigen wird. Eine Kommission der Weltbank hält diese Schätzung für übertrieben pessimistisch, aber auch wenn man sie sehr stark nach unten korrigiert, bleibt die Tatsache übrig, daß das indische Nahrungsdefizit in den nächsten fünf bis sieben Jahren auf das Drei- bis Vierfache des gegenwärtigen steigen wird. Bezüglich der Türkei ist es völlig sicher, daß ebenfalls im Laufe der nächsten fünf bis sieben Jahre eine Steigerung des Nahrungsdefizits auf das Drei- bis Vierfache erfolgen wird³⁾. Auch in Pakistan wird das Nahrungsdefizit von heute 1 Mill. t auf ein Mehrfaches steigen.

Die Gesamtheit dieser drei Länder wird daher in fünf bis sieben Jahren ein Defizit von 16 bis 22 Mill. t Getreide haben, dazu kommt ein Defizit an Fetten und tierischem Protein, so daß der gesamte Wert des Defizits dann 2 Md. bis 2,5 Md. \$ betragen dürfte.

Die Aufbringung solcher Mengen an Nahrungsmitteln bedeutet ein sehr schweres Problem. Es ist fraglich, ob es möglich ist, diese Mengen allein aus den Überschüssen der USA aufzubringen. Auch die westeuropäischen Länder, insbesondere die EWG-Länder, werden eventuell dazu beitragen müssen.

²⁾ Report on India's Food Crisis and Steps to meet it. By the Agricultural Production Team sponsored by the Ford Foundation. Issued by the Government of India, Ministry of Food and Agriculture and Ministry of Community Development and Cooperation, April 1959.

³⁾ Der Verfasser war zwölf Jahre, von 1934 bis 1946, in der Türkei, zunächst als Berater der Regierung und dann als privater Wirtschaftsberater. Seit 1946 war er zehnmal wieder in der Türkei, und davon im Jahre 1959 als Leiter des Teams der FAO, das den Länderbericht "Türkei" im Rahmen der großen Mittelmeer-Enquete der FAO bearbeitet hat, und im Jahre 1960 als Chef der Mission der European Productivity Agency, die eine Studie über die Verbesserungsmöglichkeiten der türkischen Deviseneinnahmen durchgeführt hat.

Die Vereinigten Staaten sind heute schon dabei, ihre Agrarpolitik neu zu überdenken, und zwar in dem Sinne, daß sie ihre Produktion an unverkäuflichen Überschüssen nach Möglichkeit auf solche Erzeugnisse konzentrieren, die in den Entwicklungsländern zum Kampf gegen den Hunger benötigt werden. Sie prüfen, ob nicht die Aufhebung mancher Anbaurestriktionen angesichts der Situation in den Entwicklungsländern erforderlich ist. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Bereitstellung zusätzlicher Überschüsse an Nahrungsmitteln für die Entwicklungsländer sind sehr niedrig, da ja sowohl bereits verfügbarer Boden wie Maschinen und größtenteils verfügbare Arbeitskräfte hier zum Einsatz kommen würden. Die fiskalischen Kosten sind natürlich hoch, aber sie müssen auf jeden Fall aufgebracht werden, wenn die Entwicklungshilfe nicht ein Mißerfolg werden soll.

Die Entwicklungsländer können und wollen nicht dauernd von Subventionen an Nahrungsmitteln leben. Auch diese Hilfe muß den Charakter der Marshallplanhilfe bekommen. Eines der wichtigsten Mittel dazu ist der schrittweise Ersatz des Schenkens von Nahrungsmitteln durch das Schenken von Produktionsmitteln für Nahrung. Unter diesen Produktionsmitteln ist der Handelsdünger bei weitem das wichtigste. Japan hat Reiserträge von 40 bis 50 dz/ha und einen Stickstoffverbrauch von 100 kg N/ha. Ägypten hat Reiserträge von 50 dz/ha und einen Stickstoffverbrauch von 50 kg N/ha. Die Türkei, Pakistan und Indien haben aber nur einen Stickstoffverbrauch von weniger als 1 kg N/ha und deshalb Reiserträge von nur 8 bis 12 dz/ha. Das Schenken von Handelsdünger ist im Vergleich sehr viel billiger als das Schenken von Getreide. Während eine Tonne Getreide frei Empfangsland etwa 80 \$ kostet, kostet die zur zusätzlichen Produktion von einer Tonne Getreide erforderliche Handelsdüngermenge nur 20 \$. Noch größer sind die Ersparnisse, wenn man nicht Getreide oder Handelsdünger, sondern Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel schenken würde. Die Kosten für die Menge an solchen Mitteln, die erforderlich ist, um eine Tonne Getreide entweder zusätzlich zu produzieren oder alle vor dem Zugrundegehen zu bewahren, betragen weniger als 1 \$, also nur den achtzigsten Teil dessen, was das geschenkte Getreide kosten würde.

Das Schenken von Produktionsmitteln für Nahrung könnte in einer Form erfolgen, die der Konstruktion des amerikanischen Gesetzes 480 ähnlich ist. Die dabei entstehenden Gegenwertfonds sollten in erster Linie für solche Zwecke verwandt werden, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen

Produktion führen, insbesondere für Versuchs- und Mustergüter, Demonstrationsparzellen und die Ausbildung von Personal für das landwirtschaftliche Beratungswesen (Extension Service).

Der Zeitraum, für den solche Hilfe gegeben werden muß, ist aber sehr lang. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß in den drei Ländern Türkei, Pakistan und Indien praktisch keine Reserven an Land bestehen, das mit einfachen Mitteln zusätzlich in Kultur genommen werden könnte. Im Gegenteil: In der Türkei wird, wie der FAO-Bericht⁴⁾ feststellt, die gepflügte Fläche um 20 v. H. reduziert werden müssen, um die Erosion zu stoppen. Außerdem sind weite Gebiete bewässerten Landes von Versalzung bedroht. Diese Gefahr besteht insbesondere in Pakistan, teilweise auch in Indien.

In allen drei Ländern kann die Steigerung der Nahrungsproduktion praktisch nur durch Erhöhung der Hektarerträge erfolgen. Die Bewässerung allein genügt hier nicht. Der Bericht der Ford Foundation über Indien stellt fest, daß in Indien durch Bewässerung durchschnittlich nur eine Steigerung der Hektarerträge um 25 v. H. erfolgt; bei „integraler“ Bewässerung dagegen, d. h. bei richtiger Herrichtung des Landes, richtiger Verteilung des Bewässerungswassers, richtiger Drainage, richtiger Fruchtfolge und richtiger Düngung, wären Steigerungen um 200 bis 300 v. H. möglich. Das Wirksamwerden dieser Maßnahmen erfordert aber viele Jahre in Ländern, in denen der größte Teil der Dorfbevölkerung Analphabeten sind und in denen ein Beratungsdienst, der die 40 000 Dörfer in der Türkei, die 100 000 Dörfer in Pakistan, die 400 000 Dörfer in Indien erreichen sollte, nur in den bescheidensten Anfängen vorhanden ist.

Unter Würdigung dieser Tatsachen kann geschätzt werden, daß die Periode bis zum Unabhängigwerden dieser Länder von weiterer Auslandshilfe fünfzehn bis zwanzig Jahre beträgt. Es wäre ein guter Erfolg, wenn erreicht würde, daß nur während des ersten Drittels dieser Periode das Defizit an Nahrung noch wächst, um dann das oben geschätzte Maximum zu erreichen. Im zweiten Drittel der Periode wird es vielleicht möglich sein, ein Gleichgewicht zwischen dem Anwachsen der Bevölkerung und der Steigerung der Nahrungsproduktion und damit ein Stabilhalten des Defizits zu erzielen. Erst im letzten Drittel der Periode wird es möglich sein, das Defizit schrittweise abzubauen, insbesondere durch die Umschaltung vom Schenken von Nahrungsmitteln auf das Schenken von Produktionsmitteln.

Multipliziert man die oben geschätzten Zahlen des nach fünf bis sieben Jahren zu erwartenden Maximums des Defizits von 2 Md. bis 2,5 Md. \$ jährlich mit einer Periode von fünfzehn bis zwanzig Jahren, so ergibt sich eine Gesamtleistung in der Größenordnung von 30 Md. bis 50 Md. \$.

Diese Summen kommen zu den von Jan Tinbergen und Pierre Moussa geschätzten Summen mindestens für diese drei Länder überwiegend noch hinzu. Die Deckung des Nahrungsdefizits ist die unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß irgendwelche Ersparnisse und Investitionen überhaupt zur Steigerung des Nationaleinkommens führen können. Die Gegenwartsfonds werden zwar weitgehend für Investitionen zur Verfügung stehen; diese Investitionen werden aber ihrerseits ganz überwiegend in Infrastruktur-Investitionen bestehen müssen, die notwendig sind, um das Nahrungsdefizit schrittweise zu überwinden. Man wird also richtig tun, diesen Betrag für diese Länder den auf Grund der Globalanalyse geschätzten Beträgen hinzuzufügen.

Diese Notwendigkeit ergibt sich insbesondere aus einer Analyse der Zahlungsbilanz der Türkei, wie sie kürzlich durch die OEEC in Paris⁵⁾ erfolgt ist. Es wird hier festgestellt, daß die Türkei in den Jahren 1958, 1959 und 1960 Auslandshilfen im Betrage von 230 Mill., 231 Mill. und 207 Mill. \$ erhalten hat. Das war eine Auslandshilfe von etwa 5 bis 6 v. H. des Nationaleinkommens der Türkei. Es ist aber keine Rede davon, daß dadurch nun eine entsprechende Vergrößerung des Nationaleinkommens erfolgt wäre. Die Produktion der wichtigsten Industrieprodukte, wie Steinkohle, Braunkohle, Rohöl, Benzin, Papier, Wollgarne, Baumwollstoffe und Baumwollgarne, war im Jahre 1960 nicht größer, sondern kleiner als in den vorangegangenen Jahren, die Produktion an Eisenerz und Chromerz war sogar erheblich niedriger. Lediglich bei Roheisen, Stahl, Zement und Zucker sowie in der Elektrizitätserzeugung war eine Produktionssteigerung zu verzeichnen. Dies sind sämtlich Industriezweige, bei denen sich in den Vorjahren begonnene Fabrikkbauten im Jahre 1960 in dem Produktionszahlen ausgewirkt haben. Insgesamt ist das Nationaleinkommen der Türkei im Jahre 1960 nicht oder kaum höher gewesen als in den vorangegangenen Jahren, je Kopf der Bevölkerung ist es bestimmt zurückgegangen, da die Bevölkerung in der Türkei jährlich um 3 v. H. steigt, in diesen drei Jahren also um 9 v. H. gestiegen ist. Das ist wohl ein absolut

⁴⁾ Turkey. Country Report. (FAO, Mediterranean Development Project.) Rom 1959.

⁵⁾ Turkey 1961. (Economic Conditions in Member and Associated Countries of the OEEC. EC [61] 17.) Published by the Organisation for European Economic Co-operation. Paris, Table 9, S. 27.

schlüssiger Beweis dafür, daß ein irgendwie geartetes Wirksamwerden des „Kapitalfaktors“ erst dann beginnen kann, wenn die strukturelle Erkrankung in der Basis der betreffenden Volkswirtschaft, insbesondere im Sektor Ernährung und Landwirtschaft, geheilt ist.

Die Bevölkerung der Länder Türkei, Pakistan und Indien macht etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer aus. Wieweit auch bei anderen Entwicklungsländern Zuschläge zu dem Betrag an Auslandshilfe, der sich auf Grund der Globalanalyse (Kapitalfaktor) ergibt, erforderlich sind, wäre noch zu prüfen.

Aber selbst eine Auslandshilfe in diesem „astronomischen“ Ausmaß ist nicht imstande, diese Länder aus ihrer Deszitalage herauszuführen, wenn nicht die Kräfte dieser Länder selbst unvergleichlich viel wirksamer mobilisiert werden als bisher. Die Mobilisierung der brachliegenden männlichen Arbeitskräfte auf den Dörfern ist hier das entscheidende. Im FAO-Bericht „Türkei“ ist festgestellt worden, daß die nötigen Investitionen in der Infrastruktur: Erosionsbekämpfung, Wiederaufforstung und „integrale“ Bewässerung, nur erfolgreich sein können, wenn eine militärisch organisierte zivile Arbeitsdienstpflicht eingeführt wird.

Andere einschneidende Maßnahmen, die getroffen werden müssen, bestehen in der Abschaffung des übermäßigen Viehbestandes, der, statt einen produktiven Beitrag zu liefern, die Ernährungsbilanz belastet. In der Türkei müssen nach den Empfehlungen des FAO-Berichtes die Ziegen fast völlig abgeschafft werden; für Indien empfiehlt der Bericht der Ford Foundation die Verringerung des Rinderbestandes um ein volles Drittel.

Angesichts dieser Situation ist ein Erfolg der Entwicklungshilfe nur möglich, wenn die Entwicklungsländer Regierungen haben, die imstande sind, auch unpopuläre Maßnahmen durchzuführen.

Außerdem müssen die gebenden Länder in die Planung der empfangenden Länder mit

eingeschaltet werden. Es besteht die ernste Gefahr, daß, wenn dies nicht geschieht, die aufzuwendenden Mittel schließlich die Finanzkraft und sogar die materielle Kraft der gebenden Länder übersteigen und daß das Unternehmen „Entwicklungshilfe“ dadurch ein Mißerfolg wird. Das wäre eine Katastrophe sowohl für die gebenden wie für die empfangenden Länder. Um diese Gefahr zu vermeiden, muß im Rahmen von langfristigen, von den Geber- und Empfängerländern gemeinsam aufzustellenden Plänen eine Konzentration der Mittel auf die rentabelsten und für die Wirtschaftsentwicklung wichtigsten Investitionen sichergestellt werden.

Dies ist im Falle der Marshallplanhilfe mit voller Zustimmung der empfangenden europäischen Länder mit bestem Erfolg durchgeführt worden; es muß auch im Falle der Entwicklungsländer so gehandhabt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß ohne eine viel stärkere Mobilisierung der Leistungskraft und des Leistungswillens der Entwicklungsländer ein völliger Bankrott der Entwicklungshilfe nur eine Frage der Zeit ist. Wenn es gelingt alle die Maßnahmen durchzusetzen, die hier als lebenswichtig dargelegt wurden, so bleibt die Entwicklungshilfe immer noch ein Unternehmen von einer atemberaubenden Größenordnung. Sie wird mehr kosten, als der erste Weltkrieg gekostet hat, vermutlich etwas weniger als der zweite Weltkrieg, bestimmt aber weniger, als ein dritter Weltkrieg in seiner ersten Stunde kosten würde.

Ein Bankrott des Unternehmens „Entwicklungshilfe“ wäre eine unausdenkbare Katastrophe für alle Beteiligten: für die Schenker sowohl wie für die Beschenkten. Wir sitzen alle in einem Boot. Das erste, was notwendig ist, um einen Bankrott zu verhindern, ist, daß man illusionslos die wirkliche Größenordnung des Problems, die wirklichen Kosten und Erfolgsaussichten der Entwicklungshilfe erkennt. Dazu sollte hier ein kleiner Beitrag geliefert werden.

Die Zeit nach Stalin

Wolfgang Leonhard: „Kreml ohne Stalin“, Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1959, 646 S., 21,80 DM.

Das zuweilen verwirrend anmutende Spiel rivalisierender Gruppen, widersprüchlicher Prozesse und einschneidender Reformen im nachstalinischen Rußland hat dem Westen nicht weniger Rätsel aufgegeben als die — sorgfältig gegen jede Einsicht von außen abgeschirmte — Sowjetführung zu Lebzeiten des Diktators. Leonhards Buch ist ein vorzüglich Beitrag dazu, das „Rätsel Rußland“ durch eine Fülle gesicherter Einblicke und Erkenntnisse zu entwirren. Der Verfasser untersucht den Zeitraum zwischen Stalins Tod und dem XXI. Parteitag 1959 — sechs Jahre, in denen die Erben Stalins das sowjetische Herrschaftssystem durch zahlreiche Reformen modernisierten: Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung, Vereinfachung des Planungssystems, Reform des landwirtschaftlichen Erfassungswesens, Auflösung der Motortraktorenstationen zugunsten der Kollektivwirtschaften, Neulandgewinnungsaktion, Vermehrung der Rechte der Betriebsdirektoren und Kolchosvorsitzenden, Reaktivierung der Gewerkschaften als Gegengewicht zum industriellen Management, Bildungsreform, Veränderungen des Strafrechts und des Strafvollzugs, Einschränkung der Allmacht des Staatssicherheitsdienstes, Wandlungen der Nationalitätenpolitik, Umschichtungen im Partei- und Staatsapparat, zunehmende Verflechtung der osteuropäischen Volkswirtschaften, Uminterpretation der Sowjetideologie, die keineswegs — etwa einer Neigung zu pragmatischer Politik folgend — abgewertet, sondern in neuer Form systematisiert wurde.

Leonhard betrachtet die politische Führung der Sowjetunion nicht als einen monolithischen Block, der zweiseitig und unbeeinträchtigt einer vorgegebenen Linie folgt, sondern fährt die Entwicklung nach dem Tode Stalins auf Widersprüche zwischen den fünf „tragenden Säulen“ des Herrschaftssystems zurück: Partei, Wirtschaftsbürokratie, Staatsfunktionäre, Armeeführung und Staatssicherheitsdienst. Er unterscheidet nach ihren politisch-ideologischen Zielsetzungen drei Hauptgruppen innerhalb dieser Apparate: die jeder Veränderung sich widersetzenen Stalnikisten, die zu weitreichenden Wandlungen entschlossenen Reformern und die vorsichtiger taktierende

Mittelgruppe, die das Herrschaftssystem an die Bedingungen einer komplizierten Industriegesellschaft anpassen wollte, ohne die Allmacht der Partei zu gefährden. In dieses „zweidimensionale“ Schema ordnet Leonhard eine Reihe von Sowjetführern ein: Malenkow etwa gilt als Exponent des Staatsapparates und der „Reformgruppe“, Chruschtschow als Repräsentant der Partei und der „mittleren Linie“, Schukow als Führer jenes Teils der Generalität, der in der Abkehr vom Stalinismus die Position Chruschtschows übertreffen wolle.

Das Buch ist in der Auswahl seiner Quellen und in seiner Fragestellung, die teilweise auch die nichtrussischen kommunistischen Parteien in die Analyse einbezieht, breiter angelegt als die Studien Boris Meissners, mit dem Leonhard ansonsten in vielen Punkten übereinstimmt. Sein zusammenfassendes Urteil, daß „Liberalisierung“ und „Demokratisierung“ in der Sowjetunion — jedenfalls bisher — nur als ungewollte Nebenprodukte der von der Partei angestrebten „Modernisierung“ aufgetreten seien, bleibt hinter der optimistischeren Prognose Ruth Fischers zurück. Im Gegensatz zu Erik Boettcher glaubt Leonhard, daß die Ideologie ihre Funktion und Bedeutung auch unter dem „Praktiker“ Chruschtschow behalten habe.

Er wendet sich in seiner Studie bewußt an den „Nicht-Experten“ im Westen, der mit den Methoden der Sowjetforschung vertraut gemacht werden soll — Methoden des abwägenden Vergleiches und der kritischen Wertung sowjetischer Quellen, in denen sich interne Vorgänge verborgen andeuten, die aber dennoch einen größeren Erkenntniswert besitzen als unüberprüfbare Berichte von Nachrichtendiensten. Wenn Leonhard in diesem einleitenden Kapitel die Widersprüche zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit aufzeigt und dabei auf die Rolle des Parteipräsidiums der KPdSU als des entscheidenden Gremiums hinweist, so wird diese Strukturanalyse an späterer Stelle vertieft: so, wenn z. B. die Vorgänge auf dem Juliplenum des ZK (1957) dargestellt werden, auf dem der Sturz der „partei feindlichen Gruppe Malenkow, Molotow, Kaganowitsch, Schepilow“ erfolgte. Nach Leonhard verflüchtete diese Gruppe im Präsidium des ZK über eine Mehrheit

gegen Chruschtschow, die dieser nur dadurch überwinden konnte, daß er seine Anhänger im Parteiapparat auf der Plenartagung zusammenzog und die Mehrheit zurückgewann (nicht zuletzt mit Hilfe der Armeeführung unter Schukow).

Den Mechanismus der politischen Willensbildung in der Parteispitze will Leonhard auch mittels einiger Strukturskizzen verdeutlichen. Sie zeichnen den Partei- und Staatsaufbau, das landwirtschaftliche Erfassungswesen, die wichtigsten Siebenjahrespläne, den Aufbau des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und erleichtern (wie die in den Text eingefügten Tabellen, eine 54 Seiten starke Chronik der wichtigsten Ereignisse in Rußland zwischen dem 5. März 1953 und Ende Mai 1956, eine Bibliographie mit mehreren hundert Titeln, die für sowjetische Quellen meist eine Übersetzung ins Deutsche nachweist, und ein Register) gerade dem „Nicht-Experten“ den Zugang zu einer Materie, die sich dem Leser z. T. in einer spannenden Form darbietet: der Sturz Berijas, die neuerliche Abkehr vom Malenkowschen „Neuen Kurs“, die Konsolidierung der Chruschtschow-Gruppe ab August 1954, die Geheimrede auf dem XX. Parteitag, deren Auswirkungen in den Volksdemokratien sehr rasch der Kontrolle der Partei entglitten, die Abbremsung der Entstaatlichung auf politisch-ideologischem Gebiet bei Fortsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen unmittelbar nach dem Posener Aufstand, das Kräftepiel zwischen der Tagung des ZK im Dezember 1956 (auf der Schepilow, damals noch zur Chruschtschow-Gruppe gehörend, aus dem Sekretariat entfernt wurde) und dem kurz darauf folgenden Januarplenium (auf dem Schepilow wieder ins Sekretariat zurückkehrte), die Dezentralisierung im Frühjahr 1957, die zu dem Zweckbündnis zwischen den Stalinisten (Molotow, Kaganowitsch) und den „Reformern“ (Malenkow) und zum Sturz beider Gruppierungen führte, schließlich die Ausschaltung Schukows und Bulganins, der beginnende Konflikt mit China, der neuerliche Angriff gegen Jugoslawien und zuletzt der XXI. Parteitag 1959, der nach Leonhard eine offensichtliche Abkehr von der auf dem XX. Parteitag beschworenen „kollektiven Führung“ darstellt. Leonhard verkennt dabei nicht, daß auch der XX. Parteitag bestimmte Grenzen keineswegs überschreiten wollte: „Das Bekenntnis zu Lenin bedeutet noch keineswegs die Rückkehr zu den Gepflogenheiten und Methoden der Lenin-Ära (S. 202).“ In seinen abschließenden „10 Thesen“ gibt Leonhard ein sehr vorsichtiges Urteil über die Entwicklung seit Stalins Tod ab: Die innenpolitischen Änderungen seien zwar

weit mehr als bloße Taktik, sie seien indessen „noch keine Demokratisierung oder Liberalisierung, sondern vielmehr eine Modernisierung des Systems unter der Kontrolle des Parteiapparates (S. 504).“ Der Parteiapparat unter Chruschtschow habe sich gegenüber den anderen Säulen des Herrschaftssystems durchsetzen können. Immerhin seien in der Sowjetunion unterschiedliche politische Strömungen zutage getreten. „In der sowjetischen Politik spielt die neue Oberschicht eine immer größere Rolle (S. 513).“

Welche Motive diese „Oberschicht“ im Gegensatz zur Partei bewegen, bleibt in Leonhards Buch im großen und ganzen unbeantwortet. „Der Wunsch nach Ruhe und Sicherheit“ (S. 61, 76), von dem Leonhard im Zusammenhang mit der Situation der Stalinischen Führung bei der Vorbereitung des XIX. Parteitages 1952 spricht, erscheint als nicht ausreichend zur Erklärung ihres Verhaltens. Innerhalb jener „Oberschicht“ dürfte es höchst unterschiedliche Interessen und Widersprüche geben.

Im übrigen hat die weitere Entwicklung seit 1959 den Thesen Leonhards recht gegeben: Die Chruschtschow-Gruppe erscheint gefestigt. Woroschilow, der zu den Schwankenden in der Julikrise 1957 zählte, ist als Staatsoberhaupt durch Breschnew abgelöst und wegen seiner von Leonhard zutreffend eingeschätzten Position während des Juli-Plenums schließlich auf dem XXII. Parteitag scharf kritisiert worden. Die von Leonhard geschilderten Versuche der Partei, ihre Funktionäre zu schulen und so den Einfluß auf Staatsapparat und Wirtschaft zu erhalten, sind durch Berichte über die „Verjüngung und Akademisierung“ leitender Parteiorgane bestätigt worden. Mängel bei der Koordinierung der Volkswirtschaftsräte haben im Sommer 1960 zu einer gewissen rückläufigen Bewegung geführt. Die ein Jahr darauf — 1961 — verfügte Strafung der Kontrollinstanzen soll die Schönfärberei der Planstatistiken durch die Betriebe — eine alte Sorge der Planungsbehörden — unterbinden. Der Konflikt zwischen Moskau und Peking ist deutlicher geworden und hat sich von den Volkskommunen auf außenpolitische Fragen (Krieg und Koexistenz, Politik gegenüber den „Nationaldemokratien“ usw.) verlagert. Die Systematisierung der Ideologie ist durch die Veröffentlichung des „Lehrbuches des Marxismus-Leninismus“ (1960) vollendet worden.

Leonhard hat die sowjetische Außenpolitik weitgehend ausgeklammert, soweit sie nicht die Ostblockstaaten und die internationale kommunistische Bewegung angeht. Diese Beschränkung erscheint logisch, zumal das Primat der Innenpolitik im Sowjetstaat ausdrücklich hervorgehoben wird.

Immerhin erwähnt das Buch, daß Berija s Deutschlandpolitik konzessionsbereiter gewesen sei und daß zwischen ihm und der Zaisser-Herrnstadt-Gruppe in der SED 1953 Beziehungen bestanden hätten. Es wäre interessant zu erfahren, inwieweit die Schirdewan-Wollweber-Ziller-Gruppe 1956/57 ähnliche Kontakte zu einem Teil der Moskauer Führung unterhalten hat.

Leonhard warnt vor den Gefahren einer Fehlanalyse der sowjetischen Politik durch den Westen und fordert Sachkenntnis als Voraussetzung der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Sein Buch ist ein Beitrag dazu.

Manfred Rexin, Berlin

Auf den Geist zurückgeworfen

Günther Herzberg: „Die Große Kontroverse, Studien zum Ost-West-Problem“, Westkulturverlag Anton Hain, Meisenheim-Wien, 1961, 71 S., 4,20 DM.

Der Ost-West-Konflikt ist die härteste Nuß, welche die Menschheit in diesem Jahrhundert zu knacken hat. Es besteht die Gefahr, daß sie sich an ihr die Zähne ausbeißt. Erweisen sich diese jedoch stärker als die Schalen der Nuß, so könnten sich Möglichkeiten wie die Abschaffung des Krieges eröffnen, von denen wir vorerst nur zu träumen wagen.

Gewiß ist dies: „Die mit der ideologisch-politischen Gegnerschaft von West und Ost entstandene Lage stellt den menschlichen Geist, sein Streben nach Erkenntnis und seinen Willen zur Verwirklichung vor eine Kraftprobe von weltgeschichtlicher Einmaligkeit.“ So beginnt Günther Herzberg seine interessante Studie über die „Große Kontroverse“. Dieser Anfang schlägt zugleich den Grundakkord an, denn der Geist ist nach Meinung des Autors in der großen Auseinandersetzung unserer Zeit noch gar nicht bemüht worden. Beide Seiten gingen von Zerrbildern des Gegners aus, die keinen Erkenntniswert besaßen.

Den Westen deutet Herzberg als eine konservative Kraft, deren Urteil über den Osten wesentlich defensiv, gefühlbetont und mit Ressentiments beladen sei. Der Osten urteile über den Gegner zwar „insgesamt realistischer“, was durch seine kritische Ausgangsstellung bedingt sei und dem Bruch mit irrationalistischen Traditionen entspreche, doch zwingt er menschliches Wesen in das Prokrustesbett einer starren Theorie und negiere in der westlichen Mentalität auch, „was an Empfindungen, Regungen und Bedürfnissen dem Menschen als solchem angehört und unveräußerlich bleibt.“ Voneinander abgestoßen und ohne Kontakt, verkenne man sich gegenseitig, wobei dann moralische Kategorien wie „gut“ und „böse“ in die Urteile

eingeflochten würden. In Wahrheit stünden sich aber nicht Wert und Unwert, sondern Wert und Wert gegenüber. Es sei daher nötig, die Zerrbilder zu korrigieren.

Herzberg weist mit Recht darauf hin, daß der Ost-West-Konflikt „vielschichtig“ ist. Es handelt sich keineswegs um ein ausschließlich politisches Problem. Der Blick in die Zusammenhänge und Hintergründe legt metaphysische Wurzeln frei.

Der Osten habe sich der „Allheit“ oder Gemeinschaft, der Westen dem Individuum verschrieben. Auf beiden Seiten führe die Überbetonung des jeweiligen Grundwertes zu einer Entartung: im Osten zum Kollektivismus, der über den einzelnen im angeleglichen Interesse des „höheren Ganzen“ hinwegschreite, im Westen zu einem Individualismus, der sich der Gemeinschaft nicht mehr verpflichtet fühle. Die östliche Welt als „geschichtlich jüngere Kraft“ verkörpere die Gegenbewegung zum unfruchtbaren Individualismus. Es gelte, zu einer Synthese zu kommen — zu einer Synthese der Werte (nicht der politischen Systeme!), die, wie wir meinen, bereits im demokratischen Sozialismus keimt.

Leider sieht der Autor die Grenzen zwischen Ost und West zu starr, beinahe nur geographisch. Verläuft sie nicht in Wahrheit quer durch die Völker, ja quer durch den Menschen? So, daß die gegensätzlichen Systeme in gewissem Sinne nur erhöhte Richtpunkte sind?

Die Situation des Westens schätzt Herzberg zweifellos zu negativ und pessimistisch ein. Die Idee der Freiheit — selbst agitatorisch verwendet — hat keineswegs eine nur „vermeinernde Funktion“. Sie beherrscht auch die in den Untergrund getriebene öffentliche Meinung in den kommunistischen Staaten.

Herzbergs Denkstil bewegt sich im Banne eines imaginären Status quo. Er verkennt die Dynamik der östlichen Welt, die unaufhörlich wie eine Brandung über ihre Ufer schlägt, um neues Land zu gewinnen. Dennoch ist die Studie ein fruchtbarer Denkansatz zur Lösung jenes Problems, das seit Jahrzehnten die Welt bewegt und den Menschen, nachdem sich der Krieg als absurd erwiesen hat, auf den Geist zurückwirft.

Günther Bartsch, Darme

Mehrheitswahlrecht

Thomas Oppermann: „Britisches Unterhauswahlrecht und Zweiparteiensystem“, Band 15 der Freiburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Abhandlungen, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1961, XIII u. 151 S., 15,— DM.

Der Autor dieser im Detail sehr präzisen Arbeit ist aus der „Freiburger Schule“ von Prof. Grewé hervorgegangen. Die Arbeit

Ist 1955 in der Bibliothek von Nuffield College, Oxford, begonnen und 1959 abgeschlossen worden; sie ist in ihren Gedankengängen D. E. Butler, M. Duvenger und — in kritischer Auseinandersetzung — auch Carl Schmitt verpflichtet. Die unerschöpflichen Nuffield Surveys und R. T. McKenzies Standardwerk über „British Political Parties“ haben Material und Anregungen geliefert.

Der erste, historische Teil enthält eine kurze, aber genaue Darstellung des britischen Wahlrechts und Wahlverfahrens bis zur Gegenwart, wobei Oppermann offenbar das Universitätsstimmrecht nicht so leichten Herzens der Vergangenheit zurechnet wie das Geschäftsstimmrecht der City. Die Universitätsitze für Oxford und Cambridge sind allerdings zeitweise von Männern wie Peel und Gladstone, Isaac Newton, dem jüngeren Pitt und Palmerston besetzt worden. Für das Geschäftsstimmrecht der City wird kein Name genannt.

Der zweite, soziologische Teil untersucht Gewählte, Wähler und ihre Beziehungen zueinander. Oppermann legt mit Recht Wert auf die berufliche Zusammensetzung der beiden Seiten des Hauses: Anwälte, pensionierte Offiziere, Direktoren größerer Gesellschaften und Landbesitzer auf konservativer Seite, Arbeiter (zugleich Gewerkschaftsfunktionäre), Lehrer und Journalisten auf den Bänken der Opposition. Ein Abgeordneter im Hause von 1955 repräsentierte symbolisch Disraelis „Tory working man“.

Die Untersuchung des Verhaltens der Wähler ist überzeugend: Auch wenn man nur in sehr beschränktem Maße von bewußtem Klassenkampf sprechen kann, ist doch der entscheidende Faktor für die Wahlentscheidung in Großbritannien regelmäßig die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Klasse. Der Kampf der Parteien geht um die „lower middle class“. So bedeutsam die Persönlichkeit des Kandidaten ist, sein Parteizitkett ist durchweg entscheidend für Erfolg oder Niederlage, die besonders für nicht parteigebundene Kandidaten mit merklichen finanziellen Einbußen verbunden ist.

Der dritte, politische Teil wertet das relative Mehrheitswahlssystem insbesondere in seiner Beziehung zum Zweiparteiensystem. Hier gibt es bei aller Wissenschaftlichkeit keine politische Neutralität. So sehr der Autor schon in der Einleitung auf die Gefahren eines mechanischen „export of electoral systems“ hinweist, so kann es doch nicht ausbleiben, daß der deutsche Leser die geschilderten Vorzüge des relativen Mehrheitswahlsystems mit einem Seitenblick auf die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik liest. Dazu besteht um so

mehr Anlaß, als das Grundgesetz eine den Artikeln 17 I und 22 I der Weimarer Reichsverfassung entsprechende Entscheidung für das Verhältniswahlssystem nicht ausdrücklich getroffen hat. Oppermann schließt sich der wachsenden Zahl von Anhängern des Mehrheitsystems an, an deren Spitze Hermens und Unkelbach stehen. Er enthält sich populärer und unbeweisbarer Generalisierungen, nach denen die Weimarer Republik ebenso wie die IV. Republik in Frankreich am Verhältniswahlrecht zugrunde gegangen sein sollen; der Anhänger der Verhältniswahl sieht sich aber doch in der mißlichen Position eines altmodisch-rationalen, wenn auch ehrenwerten Prinzipienreiters, der den Strukturwandel von der liberalen Honoratiorendemokratie zur plebiszitären Massendemokratie verschlafen hat, so wie etwa Thomas Mann die Entwicklung vom Bürger zum Bourgeois verschlafen haben soll. Das mit der relativen Mehrheitswahl verbundene „Wahlrecht“ (Löwenstein) sei bisweilen in allzu schwarzen Farben gemalt worden. Immerhin hat der „Verstärkungseffekt“ den Wählerwillen 1931 dahin korrigieren können, daß die Nationalliberalen mit 2,3 Millionen Stimmen 72 Sitze, Labour dagegen mit 6,99 Millionen Stimmen nur 65 Sitze erhielt. Auch das Verhältniswahlrecht sei nicht völlig „gerecht“, und schließlich komme es in der modernen Massendemokratie mehr auf politische Willensbildung als auf ein statistisches Messen der Meinung der Wähler an.

Daß Wahlrechtsfragen politische Machtfragen sind, illustriert Oppermann selbst treffend am Beispiel des Kampfes um die funktionalen Mehrstimmenrechte der Universitäten und der City. Man kann dem Autor nur zustimmen in seiner Warnung vor dem Export dieses Systems. Neben der Regierungsbildung muß das Wahlsystem die Existenz einer funktionsfähigen Opposition gewährleisten. Was ein Fehlen der Landeslisten für die Arbeit des 3. Deutschen Bundestages bedeutet hätte, bedarf keiner Erläuterung.

Martin Bloch, Hamburg

Kritik aus verletztem Stolz

Gerhard Zwergenx: „Argernisse von der Maas bis an die Memel“, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1961, 341 S., 16,80 DM.

Die konformistische Kritik in der Bundesrepublik hat sich angewöhnt, den Werken der Nonkonformisten Beifall zu zollen. Das Buch von Gerhard Zwergenx wird ihr aber eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung nicht leicht machen. Zwar sind die Äußerungen in diesem „Tagebuch“ bewußt aus subjektiver Sicht getroffen, doch tref-

fen sie den Kern des gesamtdeutschen Schlendrians so genau, daß der Mitbürger, der diese Welt für die beste aller Welten hält, hier einem Schriftsteller begegnet, der weder in Ost noch in West das Ideal einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung sieht.

„Mein hier vorliegendes Tagebuch entstand in den Jahren 1957—1960. Es ist der Versuch, das deutsche Geschehen ‚zusammenzudenken‘. Aus dem Erlebnis des Grenzübertritts von Ost nach West soll das gedachte Erlebnis der Zusammengehörigkeit resultieren. Wenn dies zu gewissen provokanten Feststellungen führen mußte, so liegt die Schuld weniger bei mir als an den Umständen.“ Diese Feststellungen reichen von Beobachtungen in Westberlins Flüchtlingslagern und von den Erlebnissen in der ersten Bleibe, einer Gartenlaube am Rhein, bis zu der Speißbürglichkeit Ulbrichts, seinem Terrorsystem sowie der unterentwickelten westlichen Entwicklungshilfe, die immer wieder durch kolonial-kapitalistisches Denken gehemmt wird.

Im Rahmen des locker geführten Tagebuches kann Zwerezynski viel Wahres zur geistigen und sozialen Lage Deutschlands sagen, ohne den Ton einer soziologischen Untersuchung oder eines moralischen Lehrbuches anzuschlagen. Einige seiner Äußerungen grenzen an Plattheiten, andere könnten Binsenwahrheiten sein, aber sie sind meist für den Bundesbürger provozierend. „Nein, hier in eurem bundesrepublikanischen Deutschland hat sich längst wieder eine wilhelminische Selbstgefälligkeit breitgemacht, derzufolge die Dinge nicht bei ihrem Namen genannt werden sollen.“

„Sie sehen nicht, daß im Kommunismus der ganze Zorn einer enttäuschten und enttäuschenden Welt aufblitzt.“ — „Der Stolz, der verletzte Stolz bringt mich wieder auf die Frage meiner Ulbricht-Feindschaft. Ich sage gern, daß ich gegen Ulbricht bin, gegen Stalin und sein System. Ungern erkläre ich, gegen den Kommunismus zu sein.“ — „1956, im schönsten Tauwetter —: sogar in dieser Zeit verstanden wir uns eher mit Polen und Tschechen als mit Westdeutschen.“ Dies Todesurteil über das verengte und verarmte westdeutsche Geistesleben wird jeder unterschreiben, der mit wachen Augen unsere Akademiker, Publizisten und Oberschüler in Diskussionen mit mitteldeutschen Intellektuellen und Funktionären erlebt hat.

„Die deutsche Rechte, meinten wir, sei historisch falliert. Die deutsche Linke war uns zu mies, zu wenig links und zu wenig antikommunistisch.“ Gleichzeitig zu wenig links und zu wenig antikommunistisch!

Darin liegt die Schwäche der deutschen Linken. Wird sie antikommunistisch, ist sie sofort in Gefahr, auch nach „rechts“ zu gehen und ihre liberale Grundhaltung sowie ihr sozialistisches Gedankengut zu vergessen. Wenn sie sich aber echter „linker“ Kritik zuwendet, versteht sie es häufig nicht, sich entschieden von Ulbrichts Anhang zu distanzieren, „weil die bundesrepublikanische Linke oft eine Politik zu treiben scheint, die sich nicht nachdrücklich genug gegen die Ulbrichtischen Unterdrückungen wendet. Weil es zum Beispiel überhaupt nicht vorkommt, daß westdeutsche linke Autoren und Publizisten für ihre in der ‚DDR‘ inhaftierten Berufskollegen eintreten.“ Ihnen scheint eben die Einsicht ‚Zwerezynski‘ zu fehlen, daß es sich bei Stalin und Ulbrichts Gefolgsleuten in Wirklichkeit um eine „rote Rechte“ handelt.

Dies Buch sollte man lesen, nicht als Lehrbuch — „Ideologie ist Denkfaulheit“ —, sondern als Anekdote zum eigenen Denken. Doch besteht für Zwerezynski Werk an vielen Stellen die gleiche Gefahr wie für jene Dichter, die er selbst tadelt, weil sie lediglich noch für Dichter verständlich schreiben — die Gefahr, daß es nur von Kennern der ost-westlichen „Emigration“ verstanden wird. Dennoch: Wer hier schockiert wird — Zwerezynski scheut keinen Angriff auf Tabus —, der hat den Schock nötig. Denn „Niederlagen, Unterlassungen und Dummheiten des Westens werden von seinen Vertretern gern mit dem Hinweis auf seinen Pluralismus kommentiert. Mir kommt dies immer vor wie die Ausrede eines Mannes, der seine Impotenz mit der Erklärung zu entschuldigen sucht, seine drei Brüder seien ebenfalls impotent.“

Manfred Turlach, Hamburg

Bestandsaufnahmen

Peter Rassow: „Die geschichtliche Einheit des Abendlandes — Reden und Aufsätze“, Böhlau Verlag, Köln/Gratz 1960, 463 S., brosch. 32 DM, geb. 36 DM.

Dies ist die Abschnitte „Gegenwart“, das „19. Jahrhundert“, „Mittelalter“ und „Persönlichkeiten“ gegliederte Sammlung geht davon aus, daß das Abendland kein machtpolitischer Begriff war, sondern ein kultureller Komplex, dem jeweils sehr verschiedene politische Konstellationen C. anten.

Rassows Bemühungen gelten nun vor allem der Analyse solcher Konstellationen, die eng mit den Problemen unserer Gegenwart verknüpft sind und noch auf sie einwirken. Auf die heutige Konstellation blickend, entwickelt er die Auffassung, daß neben den beiden beherrschenden Weltmächten

die meisten heutigen Staaten nur noch ein staatlähnliches Leben führen. Sie würden — anders als der historische Materialismus es weissagt — langsam ihres Staatscharakters entkleidet. All diese Staaten ständen nicht mehr allein in der Politik und könnten ihre Grenzen nicht mehr verteidigen. Sie müßten sich daher wie Nicht-mehr-Staaten verhalten, brächten aber andererseits nur ungern das Opfer an „veralteter“ Staatlichkeit, um dadurch ihr Leben auf höherer Ebene zu erhalten und zu sichern.

In der vorliegenden Sammlung wird keineswegs nur deutsche Geschichte behandelt. Die wechselvolle deutsche Geschichte wird von Rassow vielmehr als Element der abendländischen Geschichte begriffen. Gerade deshalb hat auch jene tausendjährige gemeinsame Schulzeit des Abendlandes — das Mittelalter — mit seiner besonderen Form des Solidaritätsbewußtseins seinen besonderen Stellenwert in dieser Sammlung. Der zugleich naturwissenschaftlich und kausalfach verhärtete Zyklengedanke Oswald Spenglers, der in der fragwürdigen und heute beinahe nur noch von östlichen Ideologen geglaubten These vom „Untergang des Abendlandes“ gipfelt, wird entkräftet. Die Kultursubstanz des Abendlandes ist weder vernichtet noch tödlich bedroht. Die Kräfte, die die betroffenen Völker angesichts der heutigen Herausforderung durch den Osten einzusetzen vermögen, können um so fruchtbarer sein, je mehr sie sich der in aller Mannigfaltigkeit historisch begründeten Einheit des Abendlandes bewußt werden.

In den der unbewältigten Gegenwart geltenden Vorträgen klingt immer wieder die erregende und kaum zu beantwortende Frage nach wissenschaftlicher Wertung und geschichtlicher Schuld auf, Rassow, der dem Historiker einerseits den Akt der Wertung zuerkennt, wehrt sich andererseits entschieden gegen die Auflösung der Geschichtsbetrachtung in Schuldfragen, wie es nach 1945 auf dem Hintergrund der Kollektivschuldproblematik gelegentlich geschah. Seiner These, daß die Schuldfrage nicht in den Bereich des Historikers gehöre, weil das Kleid des historischen Schicksals aus Persönlichkeiten und epochalen Gestirnen und anderen kollektiven Mächten gewoben werde, vermag sich der Rezensent nicht anzuschließen, zumal Rassow auch selbst geschichtlich wertende Urteile ausspricht, die sich als Antworten auf die Schuldfrage erweisen, wie etwa die Charakterisierung der preussisch-deutschen Politik, die von einem zynisch einsichtigen Wort Friedrichs II. ausgeht, der einmal sagte: „Das Wappentier Preußens sollte ein Affe sein, denn Preußen ahmt andere Großmächte nur nach, ohne selbst Großmacht zu sein.“

Selbst in Bismarcks Rückversicherungspolitik sei die Erkenntnis, lediglich eine nichteigenständige Anlehnungspolitik betreiben zu können, lebendig gewesen. Jener Kanzler, der das untrügliche Gefühl für internationale Abhängigkeiten besaß, habe es jedoch verstanden — und darin liege seine Größe —, das bis 1871 zweit-rangige Preußen und danach das preussisch-deutsche Reich in eine Lage zu bringen, in der es bei aller äußeren Lebensbedrohung den Anschein einer Großmacht erweckte. Das sei nach Bismarck leichtthin aufs Spiel gesetzt worden. In der Krise von 1914 schließlich habe dann die deutsche Politik vor der Frage gestanden, ob Deutschland eine der europäischen Großmächte sein könne, die auch als Weltmacht aufzutreten berechtigt sei.

Der Historiker meint, es wäre richtig gewesen, einen aussichtslosen Krieg nicht zu riskieren und freiwillig in die Reihe der europäischen Mächte zurückzutreten, die nicht gleichzeitig Weltmächte waren. Daß diese Lösung ein Wutgehen aller der Rechten und den Konservativen zuneigenden Gruppen ausgelöst hätte, ist Rassow klar. Nach der Phase der Weimarer Republik, die ein Deutschland im zweiten Rang der Weltmächte aufzubauen versuchte, geriet Deutschland dann unter Hitler auf den gänzlich mißverstandenen politischen Wegen Bismarcks in einen aussichtslosen Kampf um Größe und Stärke, aus dem die Bundesrepublik — der größere Teil des ehemaligen Reiches — als Macht mittleren Ranges hervorging und in die neue Weltepoche eintrat.

Um diese selbstkritischen Thesen Rassows, die gewiß noch zu diskutieren sein werden, dürften weder das zur Bewältigung der Vergangenheit aufgerufene Geschichtsbewußtsein noch die die Zukunft Deutschlands sichernde Politik herum können.

Dr. Hans J. Haferkorn, Bremen

Gefährliche Parallelen

George F. Kennan: „Amerika und die Sowjetmacht“, 2. Bd.: „Die Entscheidung zur Intervention“, Steingrüben Verlag, Stuttgart 1960, 480 S., 30,— DM.

In dem zweiten Band seines großen Werkes über „Amerika und die Sowjetmacht“ berichtet George F. Kennan, der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau und jetzige Botschafter seines Landes in Belgrad, über die Entscheidung zur militärischen Intervention der USA im Juli 1918 in Archangelsk und Sibirien. Wiederum ist, wie schon bei der Besprechung des ersten Bandes (DIE NEUE GESELLSCHAFT V, 1960), die erschreckende Parallellität weniger der Ereignisse, wohl aber der der Psychologie und Ideologie der handelnden Politiker zu unserer Zeit festzustellen.

Und wieder müssen wir mit Kennan einsehen, daß die amerikanische Diplomatie (wie in den vorausgegangenen Monaten vom November 1917 bis März 1918 auch zwischen April und Juli 1918 „verwirrt, zögernd, schlecht informiert“) um politisch irrelevanten militärischer Erwägungen willen die Chance, die revolutionären Ereignisse in Rußland mäßigend zu beeinflussen, vergeben hat.

Wie im ersten Band gelingt es Kennan, mit künstlerischer Meisterschaft Ereignisse und Akteure auf der historischen Bühne aufzubauen. Da sind die offiziellen und die halboffiziellen Vertreter einer amerikanischen Politik der Unterstützung der Bolschewiki, die eine Intervention, wenn überhaupt, nur mit Zustimmung der Sowjets befürworten. Da sind jene, die so kompromißlos in ihrem Gegensatz zu den Kommunisten sind, daß sie ungeeignet sind zur Erörterung praktischer Probleme auch zwischen ideologischen Gegnern. Da sind wieder andere (unter ihnen der sachlich und auch menschlich nicht ausreichend qualifizierte Botschafter der USA in Rußland, Francis), unterstützt von der offiziellen englischen und französischen Politik, die in den Bolschewisten deutsche Agenten sehen und deren einziges Bemühen ist, die Kräfte in Rußland zu stärken, die bereit sind, weiter gegen Deutschland zu kämpfen, um die Alliierten an der Westfront zu entlasten. In sicherlich weit geteilter Fehleinschätzung der revolutionären Ziele der Bolschewiki war man hier der Meinung, „daß die Probleme Rußlands — wie des eigentlichen Europas — mit dem Sieg der Alliierten über Deutschland automatisch ihre Lösung finden würden“ (S. 16). Da sind nur wenige (unter ihnen der amerikanische Generalkonsul in Moskau, DeWitt C. Poole), die jene „Mischung aus Humor, Skepsis, Derbheit, Geduld, überwiegender Verzweiflung und verborgener Hoffnung“ aufweisen, „die immer überaus nützlich ist, wenn man die Verbindung zwischen großen politischen Einheiten herzustellen hat, die sich zwar theoretisch gegenseitig die vollkommene Vernichtung wünschen, aber dennoch gezwungen sind, wegen der praktischen Probleme der Gegenwart miteinander in Verbindung zu bleiben“ (S. 282).

Unter ihnen allen nimmt Präsident Woodrow Wilson eine merkwürdige Position ein. Mit einem Minimum an Kontakt zu seinen höchsten Beratern in Washington, aber auch zu den offiziellen und halb-offiziellen Vertretern seines Landes in Rußland faßte er im wahrsten Sinne des Wortes einsame Beschlüsse: Auf das Drängen seiner Kriegspartner, der Engländer und Franzosen, entschloß er sich zu einer Art militärischer Intervention, von der er hoffte, daß sie keine sein möge. Mit der

Begründung, die — gemessen in der Realität — nur ein Vorwand sein konnte, die Kriegsmaterialvorräte in den russischen Häfen nicht in deutsche Hände fallen zu lassen, einen deutschen Angriff auf die nordrussischen Häfen zu verhindern und der Gefahr, daß bewaffnete deutsche Kriegsgefangene Sibirien für die Mittelmächte erobern könnten, zu begegnen, ließ er in Archangelsk, Murmansk und Wladivostok winzige amerikanische Truppenkontingente einsetzen.

Und das Ergebnis? Auch die gemäßigten Vertreter der sowjetischen Politik, wie Tschitscherin (seine Politik: „das Gleichgewicht zu wahren und gleichermaßen Kontakt mit den Alliierten und den Deutschen, wirtschaftlich ebenso wie politisch, zu halten und jegliche aktive militärische Operation auf den letztmöglichen Augenblick zu verschieben“ (S. 287), wurden nun in die revolutionäre Aggressivität gezwungen. Dabei hatte sich gerade zwischen ihm und Poole eine Verbindung angeknüpft, die sich vielleicht „in einen ordentlichen Kommunikationsprozeß zwischen beiden Regierungen“ verwandelt hätte. „Vor allem hätte“ — und darin sieht Kennan die Chance der Sommermonate 1918 — „eine lange Reihe von handfesten und offenen Gesprächen, geführt von Männern, die bereit waren, die persönlichen Gefühle bei der nützlichen Funktion, die sie erfüllten, beiseite zu lassen, und die auch ein gewisses Maß an Objektivität den von ihnen vertretenen Regierungen gegenüber aufbrachten, vielleicht im Lauf der Zeit diese Regierungen zu einem etwas realistischeren Verständnis der geistigen Welt und der Probleme der anderen gezwungen“ (S. 289).

Statt dessen hatte die amerikanische Politik des Sommers 1918 ein sicher ungewolltes, aber dennoch trauriges Ergebnis, das nach den Worten eines Anhängers der Politik der Intervention (allerdings einer militärisch wirkungsvollen), des britischen Vertreters in Moskau, Lockhart, so aussah: „Es war ein böser Schmitzer... Er erweckte Hoffnungen, die nicht erfüllt werden konnten, er verschärfte den Bürgerkrieg und schickte Tausende von Russen in den Tod. Mittelbar war er der Grund für den Terror. In seiner unmittelbaren Auswirkung lieferte er den Bolschewisten einen billigen Sieg, gab ihnen neues Selbstvertrauen und schwelgte sie zu einem starken und unerbittlichen Organismus zusammen“ (S. 433).

Als Zeitgenosse des Jahres 1961 verfolgt man diesen zweiten Akt des Dramas über die Frühzeit der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen mit gespannter Aufmerksamkeit und am Ende beinahe atemlos. Beruhigen kann nur die Tatsache, daß der

Chronist dieses Dramas heute auf einem entscheidenden Posten der amerikanischen Diplomatie steht.

Dr. Helga Grebing, München

Die 2. Hälfte des Jahrhunderts

Fritz Sternberg: „Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?“, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin, 368 Seiten, 18,50 DM.

Von den Büchern, die der jetzt 65jährige Sozialist Fritz Sternberg in den Nachkriegsjahren veröffentlichte und die teilweise in 15 Sprachen übersetzt wurden, hat das vor einigen Monaten erschienene auch in Deutschland von rechts bis links großen Widerhall gefunden. War jedes Buch von Sternberg bei seinem Erscheinen aktuell, weil er vermutlich unfähig und unwillig ist, über Dinge zu schreiben, die ihm nicht auf den Nägeln brennen — dieses letzte Buch ist es auf eine besondere Weise. In manchen Abschnitten scheint er von Unmut und Ungeduld beflügelt, zwischen den Zeilen liest man die berechtigten Vorwürfe gegen die europäische, besonders die deutsche Publizistik heraus, die sich weithin mit dürftiger, tendenziöser, oberflächlicher Berichterstattung über das begnügt, was weit hinter der Türkei, z. B. in China oder Indien vor sich geht. Eine Reihe von bemerkenswerten Büchern über die neueste Entwicklung in Asien sind in englischer Sprache in den letzten Jahren erschienen, aber weder ins Deutsche übersetzt noch in unserer Presse ausgewertet worden. Daher mußte Sternberg diesmal seine eingewurzelte Abneigung überwinden, die Bücher anderer Autoren für das eigene auszuschlachten, statt wie sonst nur Produktionsstatistiken und anderes statistisches und dokumentarisches Material zu analysieren. Vielleicht hat sein Buch an Lebendigkeit und Überzeugungskraft dadurch noch gewonnen: In den geschickt und eindrucksvoll gewählten Zitaten aus Benton, Lindsay, Rostow, Kennan u. a. kommen nun auch die individuell getönten Meinungen anderer kluger Leute zur Geltung, nicht nur die freilich meist wohlbegründeten Schlussfolgerungen, die Sternberg aus den analysierten Statistiken, Reports und Hearings zieht. Die bibliographischen Hinweise im Anhang sind reichhaltig und interessant.

Es wäre reizvoll, die stattliche Reihe der Bücher, die Sternberg in den letzten 40 Jahren veröffentlicht hat, kritisch miteinander zu vergleichen. Sicher würde sich dabei herausstellen, daß manche seiner Prophezeiungen nicht eingetroffen sind und daß manche seiner heutigen Thesen im Widerspruch stehen zu früheren, ebenso temperamentvoll vorgetragenen Be-

hauptungen. Gleichviel: „Wer seine Überzeugung niemals ändert, der mag ein Charakter sein, als Intelligenz kann ich ihn nicht besonders hoch einschätzen!“ — Dieser klassische Ausspruch Maximilian Hardens hat heute wie je Gültigkeit, ganz besonders für einen unabhängigen Kopf wie Sternberg, dem nur Tatsachen imponieren und der aus neuen Fakten ohne Scheu neue Schlüsse zieht. Dazu kommt, daß er im vorliegenden Buche seine Prognosen mit aller erdenklichen Vorsicht formuliert: „Das kann so sein, das muß nicht so sein“ ist eine immer wiederkehrende Wendung.

Sternberg ist ein Rationalist in jenem edlen Sinne, daß er seine Mitmenschen anregt, anfleht, zwingt, ihren Verstand zu gebrauchen, die Trägheit des Dankens und Fühlens zu überwinden und aus den Tatsachen die notwendigen praktischen Folgerungen zu ziehen. Dieses politische Ethos durchdringt alle seine Bücher, am meisten wohl dieses letzte mit der inhaltsschweren Frage: Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts? Die einfache Antwort lautet: Niemand, keine einzelne Macht wird herrschen, so wenig wie in früheren Jahrtausenden je eine Macht die Erde beherrschte. Sehr viel komplizierter, alle geistigen und moralischen Energien anfeuernd, die Gefahren und die Chancen unseres Zeitalters beleuchtend, lautet die Alternative: die Hoffnung auf eine künftige pluralistische Ordnung der Welt, auf ein — wenn auch labiles — Gleichgewicht der Mächte, wie es in Europa jahrhundertlang bestand und wie es heute noch zwischen der Sowjetunion und den USA besteht.

Diese pluralistische Ordnung wird uns nicht geschenkt; sie setzt, so meint Sternberg, ein gründliches Umdenken in der westlichen Welt, vor allem in Europa, voraus. Daß man heute erstmals mit Recht von „Weltgeschichte“ sprechen kann, daß die Epoche des Kolonialismus unwiderruflich zu Ende geht und dem Herrschaftsanspruch des weißen Mannes in Asien und Afrika jede Grundlage entzogen wird — diese Tatsachen müssen mit all ihren Konsequenzen von den westlichen Völkern nicht nur intellektuell eingesehen, sondern moralisch und politisch anerkannt und beachtet werden. In ihrem eigenen vitalen Interesse sollten sie die Unterlassungssünden des imperialistischen Zeitalters wiedergutmachen und eine Entwicklungshilfe für die früher unterdrückten und ausgebeuteten Völker leisten, die über das Materielle weit hinausgeht und in einer „koordinierten Planung“ die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Entwicklungsländer berücksichtigt. Auch die materiellen Anstrengungen könnten, wie Sternberg nachweist,

ein Vielfaches der bisherigen betragen, ohne die Wirtschaftskraft der hochindustrialisierten Länder des Westens zu überfordern.

Man könnte sagen, dies seien keine großen Neuigkeiten, da ja allenthalben bis zum Überdruß von Entwicklungshilfe und Entwicklungsländern die Rede sei. Dennoch wird sich kein Leser der eigentümlichen Kraft und Eindringlichkeit verschließen können, mit der Sternberg argumentiert und schließlich fordert. Mutig und geschickt geht er gangbaren Vorurteilen zu Leibe, bekämpft das verbreitete Wunschdenken und zeigt die schöpferischen Möglichkeiten, die sich aus einer realistischen Betrachtungsweise ergeben können. Das gilt ganz besonders für den wichtigen dritten Teil des Buches, in dem die politisch-ökonomische Entwicklung der letzten Jahre in China und in Indien anschaulich dargestellt und gedeutet wird. An diesen beiden großen Beispielen wird klargemacht, wie verschieden das Tempo und die Art des Fortschritts in solchen Ländern sein kann, trotz ähnlicher Ausgangsbasis: In beiden volkreichsten Ländern der Erde betrug im Jahre 1948 das jährliche Einkommen pro Kopf 60 bis 100 Dollar! Gemeinsam ist beiden Ländern auch die gebieterische Notwendigkeit, die landwirtschaftliche und die industrielle Entwicklung gleichzeitig vorwärts zu treiben — im Gegensatz zum Westen, wo die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden erst viel später modernisiert und intensiviert wurden als die industriellen. Andererseits kann die Entwicklung in Asien (und Afrika) erleichtert und beschleunigt werden, wenn der Westen seine Erfahrungen, seine Maschinen und seine Experten loyal zur Verfügung stellt. Dies ist offenbar auch bisher der Weg gewesen, auf dem die Sowjetunion dem kommunistischen China geholfen hat: sehr viel weniger durch Investitionskredite, die nur 3 v. H. der Gesamtinvestitionen in Rotchina betragen, als durch Entsendung von Technikern und von Fachleuten einer modernen Planwirtschaft.

Hier ist einer der zentralen Punkte in Sternbergs Beweisführung: die nachdrückliche Widerlegung des westlichen Vorurteils, daß es nur totalitäre Planwirtschaften geben könne. Im Zusammenhang damit steht der andere verhängnisvolle Irrtum von der simplen Alternative totalitär — demokratisch. In den meisten Entwicklungsländern sind aber — nicht ohne Schuld der ehemaligen Kolonialmächte — die sozialen Voraussetzungen für eine westliche Demokratie, die ja Jahrhunderte zur Entfaltung brauchte, keineswegs vorhanden. Immerhin versucht Indien eine Demokratie im westlichen Sinne zu sein; daher bezeichnet Sternberg den ersten in-

rororo

Romane 1,90

Truman Capote
Frühstück bei Tiffany

François Mauriac
Das Gewand des Jünglings

Vladimir Nabokov
Gelächter im Dunkel

• Ernst von Salomon
Die Geächteten

Kriminalromane 1,90

Nicholas Blake
Schluß des Kapitels

Klassiker 1,90

Thukydides, Geschichte des
Peloponnesischen Krieges
[Dreifachkarte]

Wissenschaft 2,20

Albert Lauterbach, Psycho-
logie des Wirtschaftslebens

Monographien 2,50

ARTHUR RIMBAUD

• Doppelbände

Prospekte direkt vom Rowohlt Taschen-
buch Verlag, Reinbek bei Hamburg

In jeder Buchhandlung

Neu im Januar

dischen Fünfjahresplan von 1951 als einen Markstein in der Geschichte; er zeige, daß es Planwirtschaft auf demokratischer Basis geben könne und sollte. Da aus einer Reihe von sachlichen Gründen die Entwicklungshilfe an Indien und andere Länder zu einem erheblichen Teil von Staat zu Staat, weniger vom Privatkapital geleistet werden sollte, ergebe sich die Notwendigkeit, auch in den westlichen Ländern zu einer neuen „Beziehungsgesetzlichkeit“ zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Staatsausgaben und privatem Konsum zu gelangen und mit größerer Unbefangenheit planwirtschaftliche Elemente auf breiter Basis einzubauen. Dies käme der nötigen Neugestaltung der westlichen Erziehungssysteme im Konkurrenzkampf mit der Sowjetunion ebenso zugute wie der Integration Europas und der koordinierenden Kraft der Vereinten Nationen. Was die an Indien zu leistende Hilfe angeht, so verweist Sternberg nachdrücklich auf die beispielhafte Wirkung, die ein Erfolg oder Mißerfolg N e h r u s auf andere volkreiche, noch neutrale Länder Asiens und Afrikas ausüben müsse.

Als einziger Einwand gegen die Darstellung der Entwicklung in Rotchina und Indien könnte vielleicht geltend gemacht werden, daß Sternberg offenbar die Gefahr der „Bevölkerungsexplosion“ in diesen Ländern unterschätzt. Wohl nennt er Zahlen, aus denen hervorgeht, daß selbst erfolgreiche Fünfjahrpläne mit der Bevölkerungervermehrung nur knapp Schritt halten können. Aber — ähnlich wie Fritz Baade — glaubt er so unerschütterlich an die unerschöpflichen wirtschaftlichen Energien und Rohstoffquellen auf der Erde, daß es für ihn nur eine Frage der Technologie und der politischen Organisation bedeutet, immer neue Milliarden zu ernähren, auszubilden und zu beschäftigen. Für den ernsthaften Bevölkerungspolitiker gibt es dagegen keinen Anhaltspunkt zu solchem Optimismus: Er hält alle Anstrengungen, den Völkern Asiens zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen, für nutzlos veran, wenn es nicht gelingt, nicht nur dem Tod Schach zu bieten und die Lebenserwartung zu erhöhen, sondern auch die Geburten wirksam zu kontrollieren. Und zwar muß das annähernde Gleichgewicht zwischen Geburt und Tod erheblich schneller erreicht werden als in den westlichen Ländern, die fast das ganze 19. Jahrhundert dazu benötigten.

Ist Sternberg überhaupt zu optimistisch? Seit dem 13. August 1961 hat sich der weltpolitische Horizont wieder so sehr verdüstert, daß man versucht sein könnte, die Frage zu bejahen. Mit gleichem Recht läßt sich aber auch sagen, daß es nun um so nötiger und dringlicher ist, dieses Buch zu

lesen und zu beherzigen und sich nicht von Verzweiflung oder Resignation den Blick in eine veränderte, sich täglich mehr verändernde Welt trüben zu lassen.

Dr. Margarete von Eynern, Berlin

In Asien geht es um uns alle

Heinrich Bechtoldt: „Indien oder China — Die Alternative in Asien“, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1961, 332 S., 19,80 DM. Von Zeit zu Zeit wird die Welt daran erinnert, daß es neben den Auseinandersetzungen zwischen den beiden Blöcken, dem Tauziehen in der UNO oder den „heißen“ Kämpfen an manchen Schauplätzen einen Gegensatz gibt, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Bismarck wurde dieser Gegensatz meist noch hinter geschlossenem Vorhang ausgetragen: das Ringen zwischen Indien und China. Wie sehr uns die Auseinandersetzung zwischen jenen beiden gewaltigen Völkerkolossen angeht, an der mehr als eine Milliarde Menschen direkt beteiligt ist, das hat Bechtoldt in seinem Buch ins rechte Licht gerückt.

Der Autor bestätigt, daß China statistisch in seiner Wirtschaftsentwicklung wesentlich schneller vorankommt als Indien. Maos ebenso durchgreifende wie erschreckende Methode der Despotie, durch kommandierte Massenbewegungen China am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen, haben das bewirkt — wenn auch längst nicht alle Blütenessräume gereift sind und wenn auch sehr viele Planzahlen unerfüllt geblieben sind.

Indien hat sich dagegen von Anfang an bescheidenere Planziele gesetzt. Der sonst so nebulöse N e h r u -Sozialismus ist in dem einen Punkt klar umrissen: Der „Fortschritt“ darf nicht auf Kosten der Menschen gehen. Im Gegenteil, er ist das Mittel, den Menschen zu dienen. Eben deshalb hat er nur einen Sinn (und ist nicht auf Sand gebaut), wenn er nicht zuletzt auch ein Ergebnis des Versuchs ist, den heute im indischen Volk noch weitgehend schlummern den Willen der einzelnen zum Aufbau in der Gemeinschaft — beispielsweise in den dörflichen Genossenschaften — zu wecken. Maos Politik ist Despotie, das geht schneller. N e h r u s Politik ist Pädagogik, das dauert seine Zeit.

Der eigentliche Wert des Buches liegt darin, daß es die Beziehungen des Geschehens in Indien und China zu der großen Weltpolitik mit manchmal verblüffender Logik aufdeckt. So schildert der Autor, daß es China immer wieder darauf ankam, innerhalb des kommunistischen Blocks — mindestens ideologisch — einen Kurs gegen Moskau zu steuern. Am Anfang, als Moskau noch eine dogmatische Linie verfolgte, gab sich

Maos System möglichst undogmatisch. Später, als Chruschtschow die Koexistenzthese feierte, schwenkte Peking nach „Linksaußen“ und schwor auf die Unvermeidbarkeit des Krieges.

Der Autor schildert, wie erbittert die — gewissermaßen mit dem Rücken an China gefesselten — Sowjets darum ringen, Boden bei den Entwicklungsvölkern zu gewinnen, und wie dieser Boden ihnen — gerade in Asien und besonders in Indien — immer wieder durch Chinas militantes Auftreten unter den Füßen weggezogen wird. Bechtoldt findet in diesem Zusammenhang einleuchtende Erklärungen für manche von Nehrus außenpolitischen Äußerungen und Maßnahmen, die auf den ersten Blick im Westen Befremden hervorgerufen haben. Indien und China sind durch den Griff des Mao-Staates nach Tibet eng aneinandergerückt. Am Himalaja hat dies gefährliche Reibungen zwischen den beiden nicht zu vereinbarnden Systemen erzeugt.

Aber Nehru will diesen Krieg unbedingt vermeiden. Der ungewisse Waffengang am Himalaja ist für sein Land, das jetzt aus der Phase der schlimmsten Not herauskom-

men muß, wenn sein demokratisches Experiment überhaupt gelingen soll, einfach undenkbar. Er würde Indien tödlich zurückwerfen.

Wer kann da Nehrus Unternehmen, Moskau für den Frieden am Himalaja zu engagieren, nicht begreifen — Unternehmen, die hierzulande manchmal als „Schaukelpolitik“ verächtlich gemacht werden? Wer versteht nicht, daß Nehru China in die UNO hineinziehen möchte, damit Maos Staat vor einem internationalen Forum zur Verantwortung gezogen werden kann? Wohl gemerkt: Man kann verschiedener Meinung sein, ob das gelingen würde, aber man muß doch das Motiv verstehen!

Indien ist nicht unser Verbündeter, aber doch ist Indien unser Mitspieler. In Indien entscheidet sich, ob es für Asien und Afrika ein demokratisches Vorbild für Entwicklungsländer gibt. Präsident Kennedy hat das begriffen. In allen westlichen Hauptstädten muß es begriffen werden. Davon hängt der Ausgang des großen Ringens um die Seele Asiens ab.

Klaus Voigt, Bielefeld

Für das nächste Heft dieser Zeitschrift
sind folgende Beiträge vorgesehen.

Heinz Kühn, MdB:

Kulturpolitische Aspekte der Entwicklungshilfe

Prof. Dr. Richard Löwenthal:

Rußland und China

Dr. Heinz Pächter:

Die Zukunft der UNO

Prof. Dr. Golo Mann:

Gedanken zur deutschen Außenpolitik

NN:

Ist die Hallstein-Doktrin zeitgerecht?

Michael Mauks:

Spengler und seine Nachfahren

Prof. Dr. Alfred Kantorowicz:

Heinrich und Thomas Mann

DIE AUTOREN DIESES HEFTES

Dr. Ilse Eisner studierte Volkswirtschaft in Hamburg und promovierte 1936. Bis zu ihrer Verheiratung im Jahre 1943 war sie in der Privatwirtschaft tätig. 1946 nahm sie dann die journalistische Arbeit auf, zuerst als Redakteurin beim „Hamburger Echo“, seit 1951 an der Zeitung „Die Welt“. Seit 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Dr. Gerhard Szczyzny studierte von 1937—1940 Philosophie, Literaturgeschichte und Zeitungswissenschaft in Königsberg, Berlin und München. Zu lebhaften Diskussionen gab sein 1960 erschienenes Buch „Die Zukunft des Unglaubens“ Anlaß. Von 1947—1961 leitete Szczyzny das „Nachtstudio“ des Bayerischen Rundfunks. Er ist jetzt Vorsitzender der „Humanistischen Union“

Prof. Dr. Ralf Dahrendorf studierte Philosophie und klassische Philologie an der Universität Hamburg. 1953 wurde er als ordentlicher Professor an die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg berufen. Seit 1960 lehrt er an der Universität Tübingen und ist dort Direktor des Soziologischen Seminars.

Dr. Walter Detzer studierte von 1952—1956 in Würzburg Geschichte, Germanistik, Philosophie und Geographie. Seit 1957 ist er als Redakteur und freier Mitarbeiter bei Presse und Rundfunk tätig. Jetzt studiert er Psychologie in München und ist dort Vorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes.

Manfred Turlach studierte Politik, Geschichte und Deutsch an den Universitäten Hamburg und Marburg. Er arbeitet jetzt als Studienreferendar in Hamburg und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesarchiv in Koblenz.

Christian Ferber, bürgerlicher Name Georg Seidel, studierte Philologie an den Universitäten München und Münster. Nach 1945 arbeitete er als Lektor in einem Münchener Verlag; wurde später Journalist und freier Schriftsteller. Ferber gehört jetzt der Redaktion der Zeitung „Die Welt“ an.

Dr. Renate Lepsius studierte Geschichte in Freiburg und London; Promotion in Berlin. Von 1953—1958 Mitarbeit in kulturpolitischen Organisationen in Bonn. Jetzt Hausfrau in München.

Prof. Dr. Fritz Baade studierte in Göttingen, Berlin, Heidelberg und München. Von 1919 bis 1925 arbeitete er als Landwirt; danach war er einige Jahre Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in Berlin und später der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen. Nach 1933 betätigte sich Baade als Berater der türkischen Regierung. 1948 wurde er an die Universität Kiel berufen und war dann bis 1961 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Seit 1961 ist er Direktor des Forschungsinstituts für Wirtschaftstragen der Entwicklungsländer. Baade gehört dem Deutschen Bundestag an.

Eine vielbeachtete Neuerscheinung:

HANNAH VOGT

SCHULD ODER VERHÄNGNIS

Zwölf Fragen an Deutschlands jüngste Vergangenheit

256 Seiten, 128 Abbildungen, glasierter Pappband, 8,80 DM.

Das Schicksal des zweigeteilten Deutschland ist seit dem 13. August schlagartig wieder in den Mittelpunkt der Weltpolitik gerückt. Um so nachdrücklicher stellen junge Menschen sich selbst und der älteren Generation die bohrende Frage, ob das deutsche Volk durch eigene Schuld oder im Zuge einer zwangsläufigen Entwicklung in die gegenwärtige Lage geraten ist.

Auf diese Frage will das neue Buch eine Antwort geben. Es wendet sich also in erster Linie an den jugendlichen Leser. Aber auch alle diejenigen, welche die Jahre von 1914 bis 1945 ganz oder wenigstens zum Teil bewußt miterlebt haben, werden diese packende Schilderung mit Spannung lesen. Text und Illustration ergänzen sich hier zu einem eindrucksvollen Bild unserer jüngsten Vergangenheit.

Aus dem Inhalt:

1. War Deutschland schuld am ersten Weltkrieg? 2. Endete der erste Weltkrieg durch einen Dolchstoß? 3. War der Versailler Vertrag an allem schuld?
4. Warum scheiterte die Weimarer Republik? 5. Kam Hitler legal zur Macht?
6. Wer waren Deutschlands „Führer“? 7. Wie lebten die Menschen im „Dritten Reich“? 8. Wer war schuld am zweiten Weltkrieg? 9. War Hitler ein großer Feldherr?
10. Was geschah mit unseren jüdischen Mitbürgern?
11. Gab es ein Recht zum Widerstand? 12. Hätte Deutschland den Krieg gewinnen können?

VERLAG MORITZ DIESTERWEG

FRANKFURT AM MAIN · BERLIN · BONN